



UN-FORUM

National Model United Nations 2005

Dokumentation zur Teilnahme der Freien Universität Berlin

als Delegation der Republik Guatemala

vom 17. bis 26. März 2005 in New York



*"We are convinced of the need for a stronger collective capacity
to prevent and resolve conflicts."*

*Herr Oscar Berger
Präsident der Republik Guatemala
New York, September 2004*

PRÄSIDIUM

Axel Berg * Prof. Dr. Claudia von Braunmühl * Reinhard Führer * Bernhard Gertz * Wolf-Rainer Hermel * Prof. Dr. Klaus Hufner * Maybrit Illner * Prof. Dr. Eckart Klein * Prof. Dr. Philip Kunig * Dr. Kurt Kutzler * Wolfgang Lüder * Prof. Dr. Jürgen Mlynek * Matthias Platzeck * Prof. Dr. Albrecht Randelzhofer * Volker Rühle * Dr. Wolfgang Schäuble * Prof. Dr. Gesine Schwan * Dr. Hajo Vergau * Hans Wall * Klaus Wowereit

VORSTAND

Dr. Christine Kalb, Vorsitzende * Ralf Freiberg, Stellv. Vorsitzender * Sachka Stefanova, Stellv. Vorsitzende * Peggy Wittke, Stellv. Vorsitzende * Klaus Strakos, Schatzmeister

Christian Dietrich * Dr. Bardo Fassbender * Henni Hensen * Dr. Andreas Köhler * Timo Mahn * Oliver Maibaum * Hendrik Muschal * Dr. Carmen Thiele * Irene Weinz * Dr. Norman Weiß * Matthias Wellmann

GESCHÄFTSSTELLE

Geschäftsführung: Sachka Stefanova, Am Karlsbad 4-5, 10785 Berlin, Tel. (+4930) 261-91-19 * Fax: (+4930) 264 54 14 * email: dgvn-berlin@t-online.de

IMPRESSUM

Hrsg.: Dt. Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin-Brandenburg e.V.
Redaktion: Edgar Krassowski, Anita Kreutz und Peggy Wittke
Layout: Edgar Krassowski und Anita Kreutz
Fotos: Samuel Aebi, Patrick Uhrmeister, Sabine Wilke u.A.
Druck: druckhaus köthen

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die des Herausgebers wieder.

Schutzgebühr 3,00 Euro. Weitere Exemplare können über die Geschäftsstelle der DGVN, Landesverband Berlin-Brandenburg e.V., bezogen werden.

Oktober 2005
Kopien: 300
ISBN: 3-927 192-25-2

MITTEILUNGEN DES LANDESVERBANDES BERLIN-BRANDENBURG e.V.
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

National Model United Nations 2005

*Dokumentation zur Teilnahme der Freien Universität Berlin
als Delegation der Republik Guatemala
vom 17. bis 26. März 2005 in New York*

herausgegeben von

Anita Kreutz,
Edgar Krassowski
und
Peggy Wittke

im Auftrag des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der
Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

National Model United Nations 2005
Die Delegation der Republik Guatemala



Die Berliner Delegation vor dem Chagallfenster im UN Hauptgebäude, NY
Max Büge, Patrick Uhrmeister, Tine Verstergaard Jacobsen, Ann-Kristin Otto, Lucienne Damm, Mara Gobina, Catherine Dubreuil, Timo Mahn, Dominik Wehgartner, Christian Wussow, Edgar Krassowski, Samuel Aebi, Andreas Stolpe, Laura Grünewald, Sabine Domke, Carmen Dege, Kevin Radev, Çiğdem Ipek, Mareike Schüller, Sabine Wilke (von vorne links nach hinten rechts).

¡Vamos Guatemala!

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	53
1. Die National Model United Nations-Konferenz	86
2. Die Berliner NMUN 2005 Delegation.....	108
3. Die Vorbereitung der Delegation in Berlin.....	1715
3.1. Zu Besuch bei Prof. Dr. Tomuschat: Die Arbeit der Wahrheitskommission in Guatemala	1715
3.2. Besuch der guatemalteckischen Botschaft in Berlin.....	1917
3.3. Unter Diplomaten – ein Tag im Auswärtigen Amt, Berlin	2119
3.3.1. Briefing über die Menschenrechtskommission	2119
3.3.2. Briefing zur Situation in Guatemala.....	2220
3.3.3. Briefing zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption	2321
3.4. Baden-Württemberg Model United Nations in Tübingen	2523
3.5. Koordination ist alles - NMUN 2005 und die Macht der Task Forces.....	2725
3.6. Vamos! Liebe auf den ersten Blick.....	2826
4. Die UN-Study-Tour: 17. – 23. März 2005.....	2927
4.1. Kofi, Kaffee und die Kunst der Diplomatie	3028
4.1.1. Briefing zu den Vereinten Nationen im neuen Millennium.....	3129
4.1.2. Briefing zum Thema nachhaltige Entwicklung	3230
4.1.3. Briefing zum Thema humanitäre Hilfe.....	3432
4.1.4. Briefing zu Kindern in bewaffneten Konflikten.....	3634
4.1.5. Briefing zur UN Flüchtlingskommission (UNHCR)	3735
4.1.6. Briefing zu den Peacekeeping Operationen der Vereinten Nationen.....	3937
4.1.7. Briefing zum internationalen Terrorismus	4038
4.1.8. Briefing zum Irak	4240
4.1.9. Briefing zum Thema indigene Völker.....	4442
4.1.10. Briefing zu der Reform der Vereinten Nationen	4543
4.1.11. Briefing zum Thema wirtschaftliche Entwicklung.....	4745
4.1.12. Briefing zum Thema Massenvernichtungswaffen	4947
4.2. Zu Besuch bei der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York	5149
4.3. Zu Besuch bei der Ständigen Vertretung Guatemalas bei den Vereinten Nationen in New York	5351
5. Die Republik Guatemala – Ein Überblick	5553
6. Die Republik Guatemala auf der NMUN-Konferenz 2005	5755

6.1 Guatemala in der Generalversammlung (Plenary).....	5957
6.2 Guatemala im Sechsten Ausschuss der Generalversammlung.....	6058
6.3. Guatemala im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC).....	6562
6.4. Guatemala in der Menschenrechtskommission (CHR).....	6765
6.5. Guatemala im Forum für Indigene Völker (UNPFII).....	7068
6.6. Guatemala auf dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS).....	7270
6.7. Guatemala in der Weltgesundheitsorganisation (WHO).....	7472
6.8. Guatemala auf der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD).....	7774
6.9. Guatemala in der Organisation für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO).....	7977
6.10. Guatemala in der Interparlamentarischen Union (IPU).....	8180
6.11. Guatemala in der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS).....	8482
7. Die Berliner Delegation gewinnt die Auszeichnung "Honorable Mention".....	9089
8. Pressespiegel.....	9291
8.1. Diplomaten auf Probe.....	9291
8.2. Die Vereinten Nationen zwischen Macht und Ohnmacht.....	9392
8.3. Vom Hörsaal in die UN-Vollversammlung.....	9493

Vorwort

In einer Zeit großer Reformbemühungen der Vereinten Nationen, in der die Organisation ihre Ziele neu definiert und ihre Strukturen überdenkt, um sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen, war es für die diesjährige Delegation der Freien Universität Berlin besonders reizvoll, Ende März 2005 in New York am *National Model United Nations* teilzunehmen. Die Bedeutung des *High-Level Panel* Berichtes für den Reformprozess, der nur wenige Monate vor der NMUN-Konferenz veröffentlicht wurde, war den Studierenden stets präsent. Die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen an das *High-Level Panel* gerichtete zentrale Frage, wie im Rahmen der Vereinten Nationen ein effektiver Mechanismus geschaffen werden könne, um die neuen globalen Gefahren zu bewältigen, beschäftigte auch die Studierenden sowohl bei der Vorbereitung als auch während der Konferenz.

Mit viel Einsatzbereitschaft und Enthusiasmus vertrat die Berliner Delegation in diesem Jahr die Republik Guatemala. Selbstbewusst und überzeugend traten die Berliner Repräsentanten für *ihr Land* auf und propagierten wie *ihr Präsident*, Herr Oscar Berger, bei den Vereinten Nationen im September 2004 *"the need for a stronger collective capacity to prevent and resolve conflicts."* Die guten bilateralen Beziehungen zwischen Guatemala und Deutschland, die geprägt werden durch Deutschlands Beiträge zur Friedenssicherung und Konfliktprävention in Guatemala und Deutschlands Position als wichtigster Handelspartner Guatemalas in Europa, kamen der Delegation bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu Gute. Für ihre Leistung auf der Konferenz erhielt die Delegation von der Konferenzleitung die Auszeichnung *„Honorable Mention“* (dritter Platz).

Die diesjährige Delegation setzte sich aus 20 Berliner Studierenden zusammen, die unterschiedlichen Fachbereichen angehören. Politologie, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Internationale Beziehungen, Soziologie, Psychologie, Mathematik und Informatik sind ihre Studienfächer. Hervorzuheben ist außerdem die Vielzahl der unterschiedlichen Nationalitäten der Delegierten. Das interdisziplinäre und interkulturelle Arbeiten stellte einen großen Gewinn für alle Beteiligten dar.

Die wissenschaftliche Vorbereitung und Leitung oblag Peggy Wittke und Anita Kreutz, M.A., die am Fachbereich Rechtswissenschaft arbeiten und unterrichten, und Herrn Professor David Frolick von dem *Political Science Department* des *North Central College* in Illinois, der in Berlin ein Forschungsjahr machte. In der sechsmonatigen Vorbereitungszeit erwarben die Studierenden durch ein intensives Programm Kenntnisse über Geschichte, Kultur, Wirtschaft und Politik der Republik Guatemalas und machten sich mit dem System der Vereinten Nationen vertraut. Darüber hinaus erhielten sie ein Training in Rhetorik, Verhandlungstechniken, Verhandlungsstrategien, diplomatischem Verhalten, dem Schreiben von Resolutionen und den formalen Regeln der Konferenz. Auf zwei Probesimulationen in Berlin und Tübingen konnten die jungen Delegierten ihr neu erworbenes Wissen mit praktischen Erfahrungen anreichern. Auf einer dreitägigen Studententour bei den Vereinten Nationen in New York erhielten sie die Möglichkeit, mit UN-Diplomaten über unterschiedliche Themenbereiche internationaler Politik zu diskutieren.

An dieser Stelle sei all denjenigen gedankt, die die FU-Delegation bei ihrer Teilnahme am *National Model United Nations* unterstützt haben. Besonderer Erwähnung bedarf die fortgesetzte Förderung und inhaltliche Vorbereitung durch das Auswärtige Amt. Dem Deutschen Akademischen Austauschdienst danken wir für seine langjährige finanzielle Unter-

stützung, wie auch dem Außenamt der Freien Universität, ohne dessen Förderung das Projekt nicht hätte durchgeführt werden können. Besonders freue ich mich außerdem über die finanzielle Unterstützung des Programms durch ehemalige NMUN-Teilnehmer und den in diesem Jahr erstmalig geleisteten finanziellen Beitrag des Fachbereiches Politikwissenschaft. Für die inhaltliche Vorbereitung schulden wir in erster Linie den Herren Nelson Olivero und Rodriguez Contreras sowie Frau Karin Beeck Dank, die sich einen Nachmittag über Zeit für die Delegation in der guatemalteckischen Botschaft in Berlin nahmen. Darüber hinaus danken wir Herrn José Alberto Briz Gutiérrez von der Ständigen Vertretung Guatemalas in New York für die geduldige Beantwortung vieler Fragen, Herrn Prof. Dr. Tomuschat, dem ehemaligen Leiter der Wahrheitskommission in Guatemala, Frau Dr. Katharina Spiess von Amnesty International und Frau Annika Wandscher vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ein besonderer Dank gilt schließlich Frau Swati Dave, UN Department of Public Information, die mit der vielseitigen und informativen Studientour bei den Vereinten Nationen in New York für einen Höhepunkt des NMUN-Programms gesorgt hat.

Die NMUN-Konferenz war auch in diesem Jahr ein besonderer Gewinn für alle diejenigen, die teilnehmen durften. Unsere Delegierten haben New York mit Eindrücken und Erfahrungen verlassen, die prägend sein werden für ihren zukünftigen Werdegang.

Prof. Dr. Philip Kunig

**Sponsoren der Berliner Delegation bei der
National Model United Nations Konferenz 2005**

Wir bedanken uns bei den folgenden Personen, Unternehmen und Institutionen für ihre finanzielle und/oder ideelle Unterstützung unserer Teilnahme am *National Model United Nations 2005*:

Auswärtiges Amt, Berlin

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD), Bonn

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Lv. Berlin-Brandenburg e.V.

Freie Universität Berlin

Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin

Frau Swati Dave, United Nations Department of Public Information, New York

Botschaft der Republik Guatemala, Berlin

Ständige Vertretung Guatemalas bei den Vereinten Nationen, New York

Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen, New York

Ständige Vertretung der Europäischen Kommission bei den Vereinten Nationen, New York

Herrn Erik Kurzweil, Leiter des Besucherzentrums, Auswärtiges Amt, Berlin

Frau Sabine Koch, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Auswärtiges Amt, Berlin

Herrn Prof. Dr. Christian Tomuschat

Dr. Hans-Joachim Vergau, Botschafter a.D., Berlin

Frau Dr. Katharina Spiess, Amnesty International

Frau Annika Wandscher

Dr. Werner Pfennig, Freie Universität Berlin

Frau Elke Löschorh, Außenamt der Freien Universität Berlin

Dr. Wedigo de Vivanco, Außenamt der Freien Universität Berlin

Lufthansa City Center, AP Reiseservice Pankow

UN-Dokumentationsstelle, Universitätsbibliothek der FU Berlin

UNi-Gruppe der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Berlin

Frau Pera Wells, World Federation of United Nations Associations, New York

Frau Henriette Litta

Frau Verena Loch

Herrn Alexander Pfennig

Herrn Felix Marklein

Herrn Tobias Kunow

Unser besonderer Dank geht an Geneviève Libonati für ihre nie endende Unterstützung!

1. Die National Model United Nations-Konferenz

Das *National Model United Nations* (NMUN) wurde 1946 als Nachfolger des 1923 gegründeten *Model League of Nations* ins Leben gerufen. Diese Programme wandten sich zunächst an Universitätsstudenten mit dem Ziel, durch eine möglichst authentische Simulation des Völkerbundes bzw. nunmehr der Vereinten Nationen den Studierenden die Arbeit und Funktionsweisen der Internationalen Organisationen näher zu bringen. Die Popularität der Model United Nations-Programme ist über die Jahre kontinuierlich gestiegen. Inzwischen werden Planspiele dieser Art auch an Schulen abgehalten. Allein in den Vereinigten Staaten nehmen jährlich mehr als 60.000 Schüler und Studenten an UN-Simulationen teil. Diese Entwicklung ist aber nicht auf die Vereinigten Staaten begrenzt: In mehr als 25 Staaten dieser Welt werden heute Simulationen veranstaltet. In Berlin findet bereits seit einigen Jahren das BERMUN an der John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf statt. Die Freie Universität Berlin veranstaltet, u. a. mit verschiedenen Kooperationspartnern wie dem Auswärtigen Amt und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Berlin-Brandenburg e.V., mehrmals im Jahr Model United Nations Konferenzen in Berlin.

Das *National Model United Nations* in New York ist die größte Simulation der Vereinten Nationen der Welt. Jährlich nehmen rund 3.400 Studierende aus Nordamerika, Kanada und Asien, aber auch aus Europa an der Konferenz teil. Veranstalter des NMUN ist die 1946 gegründete *National Collegiate Conference Association, Inc.*, die eng mit den Vereinten Nationen zusammenarbeitet und seit 1995 als *Non-Governmental Organization* (NGO) anerkannt ist. Das *Board of Directors* koordiniert und überwacht die Simulationen. Die eigentliche Vorbereitung der Konferenz übernimmt ein studentisches Organisationskomitee, das jeweils für ein Jahr gewählt wird. An der Spitze dieses Organisationskomitees steht der NMUN *Secretary-General*, unterstützt von einem *Director-General* und einem *Chief of Staff*.

Jede teilnehmende Hochschule vertritt auf der Konferenz einen zuvor ausgewählten Mitgliedstaat der Vereinten Nationen. Angelehnt an die Realität sind die Mitgliedstaaten in unterschiedlichen Gremien der Vereinten Nationen und Fachorganisationen vertreten. Im Vorfeld der Konferenz besteht die Aufgabe der zukünftigen Delegierten darin, sich detailliert in die Politik und Geschichte „ihres“ Landes einzuarbeiten, um möglichst wirklichkeitsgetreu während der Konferenz auftreten zu können. Darüber hinaus ist die intensive Erarbeitung der „eigenen“ Position zu den in den *Committees* jeweils behandelten Themen notwendig. Hilfreich erweist sich diesbezüglich die enge Zusammenarbeit mit der Botschaft und der Ständigen Vertretung (*Permanent Mission to the United Nations*) des vertretenen Staates in New York, die den Studierenden die Gelegenheit gibt, weitere Hintergrundinformationen von ranghohen Diplomaten zu erhalten.

Während der fünftägigen NMUN-Konferenz wird in den einzelnen *Committees* um die Ausarbeitung von Resolutionen und Berichten gerungen. Hierbei wird deutlich, dass die Vorbereitung sich nicht nur auf das zu vertretende Land beziehen darf. Vielmehr müssen auch Informationen über „Freunde und Feinde“ zusammengetragen werden, um bei den Verhandlungen die richtigen Partner für Gespräche gewinnen zu können. Die Delegierten werden als aktive Diplomaten gefordert, die ihre Position darstellen und durchzusetzen versuchen. Sie müssen natürlich auch – stets unter Wahrung der besonderen Interessen des vertretenen Staates – Kompromissen zugänglich sein. Nicht zuletzt wird hier der größte

Reiz der NMUN-Konferenz deutlich: der einzelne Delegierte muss sich und die Interessen „seines“ Landes in die Debatte einbringen und erfährt durch die Reaktion der anderen Delegierten sofort das Resultat seiner Bemühungen. Die zuvor erarbeiteten Kenntnisse werden umgesetzt und der Lerneffekt wird sichtbar gemacht. Den Abschluss der Konferenz bilden die Abstimmungen der Generalversammlung bzw. des Wirtschafts- und Sozialrates über ausgewählte Resolutionen, die im Gebäude der Vereinten Nationen stattfinden. Die angenommenen Resolutionen werden anschließend dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, als Ergebnis der *National Model United Nations Conference* überreicht.

Peggy Witke



Faculty Advisor Anita Kreutz und Peggy Witke

2. Die Berliner NMUN 2005 Delegation

Samuel Aebi, geboren 7.10.1980 in Bern, aufgewachsen in der Schweiz und in Montreal (Kanada), studiert seit 2002 Jura an der Freien Universität in Berlin. Bei NMUN 2005 vertrat Samuel zusammen mit Mara Guatemala in der *Menschenrechtskommission (CHR)*.



Max Büge, geboren am 13.05.1979, begann nach einem Friedensdienst in Belgien und einem Praktikum im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in Thailand sein Studium der Politikwissenschaft in Berlin. Parallel dazu studierte er im Rahmen des deutsch-französischen Doppeldiplomstudiengangs Handelsbeziehungen am Pariser *Institut d'Etudes Politiques*, wo er im vergangenen Sommer absolvierte. Seine Studienschwerpunkte sind Weltwirtschaftsrecht, politische Ökonomie, Theorie von Transformationsprozessen und Internationale Beziehungen mit Regionalfokus Mittlerer Osten. Momentan verfasst Max Büge seine Diplomarbeit am Berliner *Jean Monnet Centre of Excellence* zu regionalen Handelsabkommen im Rahmen der Euromediterranen Partnerschaft. Max Büge vertrat gemeinsam mit Christian Wusow Guatemala in der *Generalversammlung (Plenary)*.

Lucienne Damm, geboren am 05.08.1982, studiert Politologie an der Freien Universität Berlin, mit den Schwerpunkten Internationale Beziehungen, Entwicklungs- und Umweltpolitik sowie *Global Governance*. Im letzten Sommer absolvierte sie ein Praktikum bei einem Bundestagsabgeordneten. Neben dem Studium arbeitet Lucienne Damm als studentische Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle für Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik des Otto-Suhr-Instituts und schreibt für das Online-Portal *europa-digital* zu europapolitischen Themen. Durch ihre Teilnahme am NMUN 2005 wollte sie ihren „Traumberuf“ bei den Vereinten Nationen „kennen lernen“ und sich gleichzeitig kritisch mit den dortigen Arbeitsbedingungen auseinander setzen. Auf der Konferenz hat Lucienne Damm zusammen mit Dominik Wehgartner Guatemala auf der *UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD)* vertreten.





Carmen Dege, geboren am 29.10.1981, studiert Politikwissenschaften und Psychologie an der Freien Universität in Berlin mit den Schwerpunkten Internationale Beziehungen, Friedens- und Konfliktforschung, Kulturpsychologie und politische Psychologie. Bevor Carmen Dege mit dem Studium begann, arbeitete sie für ein halbes Jahr in Israel. Politisch aktiv ist sie beim Onlinemagazin „Europaspiegel“ und der Werkstatt für innovativ nachhaltige Konzepte (Wink). Beim NMUN 2005 hat Carmen Dege Guatemala im *Forum der Vereinten Nationen für Indigene Völker (UNPFII)* die Maya-Frau Otilia Lux de Coti vertreten.

Sabine Domke, geboren am 24.08.1979 in Aachen, studiert Internationale Beziehungen im Master-Programm der Freien Universität Berlin / Universität Potsdam und verfasst derzeit ihre Masterarbeit zum Thema Entwicklungsländer in der Welthandelsorganisation. 2003 erwarb sie einen Master in *International Business Studies* an der Universität Maastrich. Wertvolle praktische und Auslandserfahrungen sammelte sie bei diversen Praktika und Arbeiten im Ausland, u.a. in Japan und Neuseeland. Durch ihre Teilnahme am *Vienna Model United Nations 2003* und aufgrund ihres Wunsches nach einer beruflichen Laufbahn in einer internationalen Organisation entschied Sabine Domke sich für die Teilnahme am NMUN 2005. Auf der Konferenz vertrat sie gemeinsam mit Tine Jacobsen Guatemala auf dem *Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS)*.



Catherine Dubreuil, geboren am 20.05.1983 als französische und amerikanische Staatsbürgerin in Wien (Österreich), studiert Politikwissenschaft in Lyon und ist zurzeit Erasmus Stipendiatin am Otto-Suhr Institut der Freien Universität Berlin. Für das akademische Jahr 2005/06 hat sie sich für einen Master in *International Business* beworben. Die ersten Jahre ihres Lebens verbrachte Catherine Dubreuil in einem internationalen Umfeld in Wien, wo ihr Interesse an den Vereinten Nationen schon früh geweckt wurde. Ihr berufliches Ziel ist es, einen eigenen Beitrag zur weltweiten Umsetzung von Menschenrechten zu leisten. Beim NMUN 2005 hat Catherine Dubreuil mit Laura Grünewald Guatemala in der *UNESCO* vertreten.

Mara Gobina, geboren am 21. 07. 1975 in Münster, studiert seit dem WS 2001 Politikwissenschaft auf Diplom an der Freien Universität Berlin. Davor studierte sie ein Jahr lang Islamwissenschaft als Hauptfach und lernte intensiv arabisch. Mara Gobina hat verschiedene Praktika in Lettland und Palästina absolviert. Ihr regionaler Studienschwerpunkt liegt auf den Nahen Osten, wo sie seit mehreren Jahren ehrenamtlich Projekte organisiert. Beim NMUN 2005 hat Mara Gobina zusammen mit Samuel Aebi Guatemala in der *Menschenrechtskommission (CHR)* vertreten.



Laura Amely Grünewald, geboren am 18.09.1982 in Berlin, studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und im akademischen Jahr 2005/2006 in Buenos Aires (Argentinien). Diverse interkulturelle Kompetenzen hat sie beim Schüleraustausch in Vancouver, Washington (USA), bei der Arbeit auf Obstplantagen und in Aufforstungsprojekten in Queensland (Australien) und als Reporterin in Córdoba (Argentinien) erworben. Durch ihre Teilnahme am NMUN 2005 hat sie einen bleibenden Eindruck von der Universalität und stellenweisen Unzulänglichkeit des Systems der Vereinten Nationen gewonnen. Nun hofft sie auf die Möglichkeit einer weiteren diplomatischen Erfahrung durch ein Praktikum bei einer deutschen Botschaft in Südamerika. Beim NMUN 2005 hat Laura Grünewald zusammen mit Catherine Dubreuil Guatemala in der *UNESCO* vertreten.

Çiğdem İpek, geboren 1979 in Berlin, studiert seit 2000 an der Humboldt-Universität zu Berlin Diplom-Sozialwissenschaften. Von 2002 bis 2003 hat sie ein akademisches Austauschjahr (DAAD) an der New School University in New York verbracht. Seit 2004 arbeitet sie neben ihrem Studium als Programmassistentin an der *Berlin Graduate School of Social Sciences (BGSS)* und engagiert sich im StipendiatInnen-Rat der Heinrich-Böll-Stiftung. An NMUN reizte Çiğdem İpek die Aussicht, sich mit anderen Studierenden intensiv den Inhalten und Zielen der Vereinten Nationen zu widmen und durch den *learning by doing* Ansatz im Universitätsalltag seltene Erfahrungen zu sammeln. Beim NMUN 2005 hat Çiğdem İpek zusammen mit Andreas Stolpe Guatemala im *Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)* vertreten.





Edgar Krassowski, geboren am 25.06.1978, hat Rechtswissenschaft in Gdansk (Polen) studiert und einen LL.M. an der Freien Universität Berlin erworben. Seit letztem Jahr promoviert er im Bereich des öffentlichen Rechts und arbeitet auf Auftragsbasis für eine deutsch-polnische Anwaltskanzlei. Derzeit absolviert er ein Praktikum in einer britischen Wirtschaftskanzlei. Seit Aufnahme seines LL.M. Studiums nahm Edgar Krassowski an zahlreichen Planspielen der Freien Universität teil. Er war Mitglied der NMUN 2004 Delegation der Freien Universität. Beim NMUN 2005 hat Edgar Krassowski zusammen mit Patrick Uhrmeister Guatemala in der *Generalversammlung (Sixth Committee)* vertreten. Er war *Head Delegate* der Berliner Delegation.

Timo Mahn, geboren am 30.09.1981 in Berlin, studiert am Otto-Suhr Institut der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft im Diplomstudiengang. Im Wintersemester 2003/04 hat er sein Vordiplom abgeschlossen. Seine Interessenschwerpunkte liegen im Bereich Vereinte Nationen, Internationale Beziehungen und Korruptionsbekämpfung. Als Mitglied der UNi-Gruppe der DGVN hat Timo Mahn an mehreren UN-Planspielen teilgenommen und diese teilweise mitorganisiert. Längere Auslandsaufenthalte absolvierte er in den USA (Schulzeit) und Kanada. Sein berufliches Ziel ist es, für die Vereinten Nationen tätig zu werden. Zurzeit arbeitet Timo Mahn als studentische Hilfskraft bei einem Bundestagsabgeordneten. Beim NMUN 2005 hat er zusammen mit Kevin Radev Guatemala in der *Inter-Parliamentary Union (IPU)* vertreten.



Ann-Kristin Otto, geboren am 02.04.1981, studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und hat ein Jahr in Madrid (Spanien) Politik und Lateinamerikastudien studiert. Studienbegleitend arbeitet sie in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) im Bereich Europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Nach ihrem Diplom möchte sie ein Master Studium im Ausland absolvieren. Nachdem Ann-Kristin Otto bereits als Schülerin an mehreren MUN Konferenzen teilnahm, fand sie es besonders reizvoll auch auf Hochschulebene MUN Erfahrungen zu sammeln. Dass mit Guatemala ein lateinamerikanisches Land vertreten wurde, war hinsichtlich ihres regional-spezifischen Interesses eine besondere Motivation während der Vorbereitungen. Beim NMUN 2005 hat Ann-Kristin Otto Guatemala in der *Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)* vertreten.

Kevin Kyrill Radev, geboren am 06.03.1982 in Dresden, wuchs zweisprachig – deutsch und bulgarisch – auf, verbrachte seine Kindheit in Sofia (Bulgarien) und lebt seit 1991 in Deutschland. Seit 2002 studiert er Ökonomie – derzeit an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er verfügt über ein breit gefächertes Interessenspektrum, wobei Fragen der internationalen Politik, des Völkerrechts und der Diplomatie eine herausgehobene Stellung einnehmen. Es war der Wunsch nach intensiver Beschäftigung mit diesen Themen, der interdisziplinäre Gedankenaustausch mit anderen Studenten und die verlockende Aussicht direkte Einblicke in das Wesen und die Funktionsweise der UN zu erhalten, die ihn zur Teilnahme am NMUN 2005 bewogen, wo er zusammen mit Timo Mahn Guatemala in der *Inter-Parliamentary Union (IPU)* vertrat.



Mareike Schüller wurde 1980 in Hanau geboren. Im Oktober 2000 begann sie ihr Politikstudium an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg. Im Anschluss an die Zwischenprüfung im Sommer 2002 folgte ein Auslandsstudienaufenthalt an der University of Sydney in Sydney (Australien). Nach ihrer Rückkehr setzte sie ihr Studium an der Freien Universität Berlin fort, wo sie derzeit ihre Diplomarbeit vorbereitet. Für ihre berufliche Zukunft erhofft Mareike Schüller sich im Bereich Public Relations orientieren zu können. Erste Erfahrungen mit Model United Nations sammelte sie 2003 auf der World Model United Nations Konferenz der Harvard University. Bei NMUN 2005 hat Mareike Schüller Guatemala gemeinsam mit Sabine Wilke in der *Weltgesundheitsorganisation (WHO)* vertreten.

Andreas Stolpe, geboren am 10.03.1983 in Berlin, studiert Betriebswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin. Er arbeitet als studentischer Mitarbeiter an der europäischen Wirtschaftshochschule ESCP-EAP in Berlin und absolvierte im Sommer 2004 ein Praktikum im Auswärtigen Amt. Nachdem er bereits im vorherigen Jahr am NMUN teilnahm, hat Andreas Stolpe beim NMUN 2005 zusammen mit Çiğdem İpek Guatemala im *Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)* vertreten.





Patrick Uhrmeister, geboren am 17.03.1981, aufgewachsen in Ägypten, Kanada und Deutschland, studiert zurzeit im siebten Semester Rechtswissenschaften an der Humboldt Universität in Berlin. Die Teilnahme an der Konferenz bot ihm eine einmalige und interessante Möglichkeit, Diplomatie hautnah mitzuerleben. Nach dem Studium strebt er eine Beschäftigung bei einer internationalen Organisation oder dem Auswärtigen Amt an. Beim NMUN 2005 hat Patrick Uhrmeister zusammen mit Edgar Krasowski Guatemala in der *Generalversammlung (Sixth Committee)* vertreten.

Tine Vestergaard Jacobsen, geboren 1981 in Aarhus (Dänemark), studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Wichtigster Grund für das Studium in Deutschland war seine farbreiche und lebendige Hauptstadt in der man nicht nur Politik studiert, sondern auch politische Veränderungen miterlebt. Vor dem Studium verbrachte Tine Jacobsen mehrfach längere Zeitabschnitte in Westafrika, unter anderem in Ghana, wo sie 1998-99 als Austauschschülerin war. Sie hofft, sich später beruflich mit dieser Region und dem Nahen Osten beschäftigen zu können. Beim NMUN 2005 vertrat Tine Jacobsen zusammen mit Sabine Domke Guatemala auf dem *Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS)*. Sie wählte dieses Komitee wegen der neuen, alternativen und positiven Entwicklungsperspektiven die diese Thematik eröffnet.



Dominik Wehgartner wurde am 03.05.1983 in Berlin geboren. Er studiert im dritten Semester Mathematik und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Beim NMUN hat Dominik Wehgartner zusammen mit Lucienne Damm Guatemala auf der *UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD)* vertreten.

Sabine Wilke, geboren am 03.09.1982, studiert im sechsten Semester Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Nach dem Grundstudium in Bonn verbrachte sie ein Studienjahr am *Institut d'Etudes Politiques* in Aix-en-Provence, Frankreich und absolvierte ein dreimonatiges Praktikum im Auswärtigen Amt in Berlin. Die Aussicht, einen Blick hinter die diplomatischen Kulissen der Vereinten Nationen werfen zu können und die intensive Auseinandersetzung mit der Rolle eines Landes im internationalen System motivierten sie zur Teilnahme am NMUN. In New York hat Sabine Wilke zusammen mit Mareike Schüller Guatemala in der *Weltgesundheitsorganisation (WHO)* vertreten.



Christian Wussow, geboren am 27.01.1981 in Staaken bei Berlin, absolvierte sein Grundstudium der Politikwissenschaft sowie Neueren/Neuesten Geschichte an der Technischen Universität Dresden und studiert seit Sommer 2004 Diplom-Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Im Vorfeld der National Model United Nations Konferenz nahm er an anderen Simulationen der Vereinten Nationen in Berlin und Tübingen teil. Beim NMUN 2005 vertrat Christian Wussow gemeinsam mit Max Büge Guatemala in der *Generalversammlung (Plenary)*.



Der Head Delegate der Berliner Delegation, Edgar Krassowski und seine Stellvertreterin, Sabine Domke

3. Die Vorbereitung der Delegation in Berlin

Um auf einer Konferenz wie der National Model United Nations Konferenz in New York möglichst authentisch auftreten und sein Land erfolgreich vertreten zu können, bedarf es neben diplomatischem Geschick einer intensiven Vorbereitung auf das zu repräsentierende Land. Daher ging der NMUN-Konferenz in New York ein wöchentlich vierstündiges Seminar voraus, welches durch zahlreiche zusätzliche Veranstaltungen ergänzt wurde.

Neben einer Einführung in das System der Vereinten Nationen und einem Training in Rhetorik, den *Rules of Procedure* und der Kunst des *Resolution Writing* stieß insbesondere das Erlernen von Verhandlungstechniken auf großes Interesse bei den Delegierten. Bevor wir uns als Guatemalteken bezeichnen durften, musste jeder von uns eine Präsentation über Guatemala vorzubereiten. So lernten wir neben geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten die politischen Interessen des Landes kennen, nicht ohne unsere Position als Diplomaten im Hinterkopf zu behalten. Gemeinsam besprachen wir die Position Guatemalas in den unterschiedlichen Komitees und kristallisierten so unsere nationalen Prioritäten heraus, die es in New York erfolgreich zu vertreten galt. Die Vorbereitungsphase in Berlin endete mit der Planung einer gemeinsamen Strategie, die neben einem „¡Vamos Guatemala!“ viel Wissen und Ideen für die Konferenz umfasste.

In Ergänzung zum Seminar beinhaltete die Vorbereitung zwei Planspiele in Berlin und Tübingen sowie Vorträge mehrerer Gastredner. Prof. Dr. Kunig stellte sich unseren Fragen zum Internationalen Völkerrecht, Annika Wandscher gab uns eine Einführung in die Internationale Ökonomie und Frau Dr. Katharina Spieß von Amnesty International Deutschland sprach zu uns über den Internationalen Menschenrechtsschutz. Besonders eindrucksvoll war für uns der Bericht über die Wahrheitsfindungskommission der Vereinten Nationen in Guatemala von Prof. Dr. Tomuschat, dem Leiter dieser Kommission. Von großer Bedeutung für die Vertiefung unserer diplomatischen Fähigkeiten war außerdem der Besuch der guatemaltekischen Botschaft und des Auswärtigen Amtes in Berlin. Von diesen wird im Folgenden ausführlich berichtet.

Mareike Schüller

3.1. Zu Besuch bei Prof. Dr. Tomuschat: Die Arbeit der Wahrheitskommission in Guatemala

Im Rahmen unserer inhaltlichen Vorbereitung auf die NMUN-Konferenz hatten wir die Gelegenheit, einen in unserem Zusammenhang ganz besonders interessanten Menschen kennen zu lernen: **Prof. Dr. Christian Tomuschat**. Professor Tomuschat, von 1990-1993 Sachverständiger der U.N.- Menschenrechtskommission für die Menschenrechtslage in Guatemala, leitete von 1997-1999 die nationale Wahrheitskommission in Guatemala. Aufgabe dieser Kommission war es, die während des 36-jährigen Bürgerkriegs in Guatemala begangenen Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten aufzuklären und in einem ausführlichen Bericht zu dokumentieren.

Nachdem Professor Tomuschat kurz auf seinen ersten Guatemala-Einsatz zu Zeiten des Bürgerkriegs einging und uns einen Einblick in die damalige Situation und in die Hintergründe des Konflikts gab, kam er schnell zu dem Hauptthema seines Vortrages, nämlich der Schilderungen der Arbeit der „Kommission zur Aufklärung der Vergangenheit“. Diese

nahm 1997 – wenige Monate nach dem Unterzeichnen der Friedensverträge zwischen der guatemaltekischen Regierung und der Guerilla - ihre Arbeit auf. Das Mandat und die Ziele der Kommission waren in den Friedensverträgen niedergelegt: Demnach sollte die Aufklärung der während des Bürgerkriegs begangenen Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten einen Beitrag zur nationalen Aussöhnung und zur Festigung der Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben aller ethnischen Bevölkerungsgruppen in Guatemala leisten. Der zu erstellende Bericht sollte dabei nicht nur in vollem Umfang die während des Bürgerkriegs begangenen Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, sondern darüber hinaus auch konkrete Empfehlungen zur Sicherung des Friedens und zur Förderung der nationalen Eintracht enthalten.

Mit diesen hoch angelegten Erwartungen stand die Kommission laut Prof. Tomuschat von Anfang an vor einer sehr schwer zu bewältigenden Aufgabe. Die Kommission bestand nur aus drei Personen und ihr Zeitrahmen war anfänglich auf sechs Monate beschränkt. Zusätzlich kamen noch einzelne hinderliche Bestimmungen zu der Arbeitsweise der Kommission hinzu. So sollte z.B. jeder Mensch das Recht haben, sich an die Kommission zu wenden, um ihr Informationen zu liefern. Eine Befugnis zur zwangsweisen Vorladung einzelner Personen erhielt die Kommission dagegen nicht. Sie war auf die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung angewiesen. Diese Möglichkeit nahmen verständlicher Weise vorwiegend die Opfer und nicht die Täter wahr. Des Weiteren war die Kommission auch nicht befugt, Durchsuchungen durchzuführen und Akten zu beschlagnahmen. Archivmaterial konnte sie also lediglich erbeten, nicht aber zwangsweise einfordern. Für die Regierung entstanden so große Freiräume, die von ihr bedauerlicherweise auch ausgenutzt wurden.

Trotz der genannten Hindernisse gelang es der Kommission schließlich, innerhalb von achtzehn Monaten einen detaillierten und aussagekräftigen, wenn auch mit Sicherheit nicht vollständigen Bericht zu erstellen. Dieser wurde am 25. Februar 1999 im Nationaltheater der Hauptstadt Guatemalas der Öffentlichkeit übergeben. Zu den wesentlichen Inhalten gehörte die Feststellung, dass 93% der über 42.000 untersuchten Menschenrechtsverletzungen vom Staat zu verantworten waren. Nur 3% konnten der Guerilla angelastet werden. Des Weiteren ergab die Untersuchung, dass 83% aller identifizierten Opfer Mayas waren. Die Gesamtzahl der getöteten oder verschwundenen Personen wurde auf mehr als 200.000 geschätzt - rund 2% der Bevölkerung. Besonders viel Aufsehen erregte schließlich die Aussage, dass in den blutigsten Jahren des Konfliktes - von 1981 bis 1983 - in bestimmten Regionen des Landes Völkermord von Seiten des Staates begangen worden sei. Dieser hatte die Operationen, welche nun in einem vollkommen neuen Licht erschienen, selbst stets als „Aufstands“- bzw. „Terrorbekämpfung“ dargestellt.

Ein häufig im Zusammenhang mit der Kommissionsarbeit erwähnter Kritikpunkt bezieht sich auf die Frage der Feststellung individueller Verantwortlichkeit. Die in den Friedensverträgen enthaltene Weisung, es dürfe keine Individualisierung der Verantwortlichkeit geben, wurde von der Kommission so ausgelegt, dass (mutmaßliche) Täter nicht namentlich genannt werden sollten. Menschenrechtsorganisationen kritisierten diese Haltung. Die Kommission argumentierte dagegen, dass sie das Produkt eines politischen Kompromisses sei und infolgedessen auch nicht als strafrechtliche Instanz fungieren könne. Wenn die Kommission einzelne Täter mit Namen genannt hätte, wäre sie an zahlreiche juristische Regeln gebunden gewesen, die den Zeitrahmen aber auch das Mandat der Kommission überschritten hätte. Somit war es der Kommission laut Professor Tomuschat nur unter Verzicht der namentlichen Nennung überhaupt möglich, ihrem Auftrag nachzukommen.

Uns blieb die Frage, was der Bericht letztlich bewirkt hat. Was ist aus den von der Kommission ausgesprochenen Empfehlungen geworden? Wurden sie umgesetzt? Professor Tomuschat gab hierauf eine differenzierte Antwort. Als ersten wichtigen Schritt zur Aussöhnung hatte die Kommission gefordert, der Präsident möge im Namen des guatemaltekischen Staates die im Bericht beschriebenen Verbrechen anerkennen, sich bei den Opfern entschuldigen und öffentlich die Verantwortung des Staates für die von den staatlichen Streitkräften begangenen Menschenrechtsverletzungen übernehmen. Dies hat nun Jahre später der gegenwärtige Präsident von Guatemala, Oscar Berger, kurz nach seinem Amtsantritt im Dezember 2003 getan. Die anderen, konkreten Empfehlungen wurden jedoch nur teilweise oder gar nicht umgesetzt. So forderte die Kommission z.B. die strafrechtliche Verfolgung für besonders schwere Straftaten, die auch Straftaten nach dem Völkerrecht darstellen. Solche Strafverfahren sind in Guatemala bis heute die absolute Ausnahme. Auch die Forderung nach Entschädigungszahlungen für die am härtesten vom Bürgerkrieg betroffenen Personen ist bis heute nicht erfolgreich durch den Kongress umgesetzt worden, obwohl 2004 ein nationales Entschädigungsprogramm erstellt wurde. Stattdessen hat der Kongress im August 2004 ein Gesetz über die Entschädigung bestimmter Milizen erlassen, die für vielfältige Straftaten und Menschenrechtsverletzungen zur Zeit des Bürgerkriegs verantwortlich sind. Düstere Aussichten also für Guatemala?

Mara Gobina

3.2. Besuch der guatemaltekischen Botschaft in Berlin



Besuch der guatemaltekischen Botschaft in Berlin, Februar 2005

Carmen Dege, Tine Verstergaard Jacobsen, Patrick Uhrmeister, Dominik Wehgartner, Rodriguez Contreras, Karin Beeck, Nelson Olivero, Anita Kreuz, Ann-Kristin Otto, Catherine Dubreuil, Lucienne Damm, Samuel Aebi, Mareike Schüller, Sabine Wilke, Andreas Stolpe, Çiğdem Ipek, Timo Mahn, Laura Grinewald, Edgar Krassowski, Kevin Radev, Max Büge (von vorne links nach hinten rechts).

An einem Nachmittag im Februar 2005 hatten wir die Ehre bei der guatemaltekischen Botschaft in Berlin zu Gast zu sein. Ganze drei Mitarbeiter der Botschaft nahmen sich drei Stunden Zeit, um zuerst unsere Fragen wohlwollend zu beantworten und uns danach mit Kaffee, lokalem Gebäck und Geschenken zu beschenken. Diese generöse Geste setzte einen hohen Standard für guatemaltekisches diplomatisches Verhalten, welches wir auf der Konferenz in New York nachzuahmen suchten.

Die Sitzung im Botschaftsgebäude begann mit der Vorführung eines Videos über die touristischen Attraktionen Guatemalas. Der Film stellte uns das Land aus einer anderen Perspektive dar, als unsere Internet- und Literaturrecherche es uns vermittelt hatte - farbenreicher, appetitlicher. Da Professor Tomuschats Augenzeugenbericht über die menschenrechtlichen Missstände und die politische Korruption vielen noch lebendig im Bewusstsein war, mag das Video den einen oder anderen nachdenklich gemacht haben. Offensichtlich kontrastierte es die uns bekannten sozialen, ökonomischen und politischen Probleme des Landes. Es wurde uns an diesem Nachmittag eine andere und positivere Realität Guatemalas vorgestellt. Eine Realität, die es auch gibt.

Alle drei Repräsentanten der Botschaft, **Herr Nelson Olivero**, **Herr Rodriguez Contreras** und **Frau Karin Beeck**, sprachen mit großer Aufrichtigkeit und ehrlichem Engagement über das neue politische Profil ihres Landes, verkörpert durch den Staatspräsidenten Oscar Berger. Dennoch reflektierten unsere Fragen eine generelle Unsicherheit bezüglich des genuinen Charakters der politischen Veränderungen in Guatemala. Letztendlich ist die Realität eines Neuanfangs wohl an den tatsächlichen Prioritäten und Ergebnissen der Regierungspolitik zu messen. Was sind die spezifischen Strategien für Armutsbekämpfung und Integration von marginalisierten Gruppen, insbesondere die der indigenen Bevölkerung? Wie möchte die guatemaltekische Regierung Entwicklung fördern? Welche Aspekte haben dabei höchste Priorität? Es war ermunternd zu hören, wie die Diplomaten stets auf das Friedensabkommen von 1996 verwiesen und dabei die Wichtigkeit von Dezentralisierung und ziviler Partizipation betonten. Eine Frage blieb auch nach der Sitzung offen. Uns war nicht klarer geworden, wie man in der guatemaltekischen Politik konkrete Prioritäten von Deklarationen auseinander halten kann.

Von dem Besuch bei der Botschaft versprochen wir uns weiterhin, Informationen über das Interesse Guatemalas an internationaler Zusammenarbeit zu erhalten. Es ist kein Geheimnis, dass viele Entwicklungsländer, insbesondere diejenigen, die sich in einem Restabilisierungsprozess befinden, ihre Souveränität mit großer Sorgfalt hüten. Wir wurden allerdings in unserer Vermutung bestätigt, dass Guatemala für internationale Kooperation sehr aufgeschlossen ist und regionale Zusammenarbeit unterstützt.

Nach zwei hoch interessanten Stunden, schlossen wir das Treffen mit einem halb-offiziellen Photo vor der guatemaltekischen Fahne ab. Dabei konnten wir wieder einmal feststellen, wie schwierig es sein kann, mit dem Western Business Style vertraut zu werden.



Ein herzlicher Dank von uns allen an die guatemaltekische Botschaft in Berlin!

Tine Jacobsen

3.3. Unter Diplomaten – ein Tag im Auswärtigen Amt, Berlin

Im Rahmen der Vorbereitungen auf die NMUN-Konferenz verbrachte unsere Delegation am 24. Februar 2005 einen Nachmittag im Auswärtigen Amt in Berlin. Nach dem kurzen Film „Das Auswärtige Amt – 24 Stunden im Einsatz“ wurde die Delegation von **Herrn Erik Kurzweil**, dem Leiter des Besucherzentrums begrüßt und in den Auftrag, den Aufbau und die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes eingeführt. In der sich anschließenden Diskussion nahm Herr Kurzweil sich viel Zeit für die Beantwortung unserer Fragen.

3.3.1. Briefing über die Menschenrechtskommission

Der Einführung folgte ein Vortrag von **Frau Dr. Stefanie Zeidler**. Frau Dr. Zeidler aus der Abteilung für Globale Fragen, Vereinte Nationen, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe ist derzeit im Arbeitsstab des Auswärtigen Amtes tätig, der für Menschenrechte, Minderheitenschutz, UNICEF und Demokratisierungshilfe zuständig ist. Frau Dr. Zeidler informierte uns über die verschiedenen Aufgabenbereiche ihrer Abteilung. Innerhalb des Arbeitsstabs betreut sie vor allem die für Menschenrechte wichtigsten multilateralen Organisationen. In den Vereinten Nationen konzentriert sich die Arbeit dabei in erster Linie auf den Dritten Ausschuss der Generalversammlung in New York und die Menschenrechtskommission in Genf.

Frau Dr. Zeidler berichtete uns, dass das Auswärtige Amt in Berlin in den Organen der Vereinten Nationen über die Ständige Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen mitarbeitet. Die Vertretung berichtet regelmäßig über den Stand der Verhandlungen nach Berlin. Das Auswärtige Amt gibt Weisungen zum weiteren Vorgehen zurück. So werden neue Menschenrechtsverträge mitgestaltet und bestehende ergänzt. Frau Dr. Zeidler nannte unter anderem: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, das Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen, die Kinderrechtskonvention.

Die deutsche Position zu Menschenrechtsfragen lehnt sich laut Frau Dr. Zeidler verstärkt an die gesamteuropäischen Positionen an. Man versucht, durch ein koordiniertes Auftreten und eine gemeinsame Entscheidungsfindung mehr Gewicht auf der internationalen Bühne zu erreichen. Diese Arbeitsweise ruft teilweise heftige Kritik von Seiten der Nichtregierungsorganisationen hervor. Es wird beanstandet, dass die europäische Position nicht progressiv genug sei und die Bundesrepublik Deutschland hierdurch nicht die ihr sonst mögliche Vorreiterrolle übernehme. Frau Dr. Zeidler betonte jedoch, dass durch die Arbeit im europäischen Verbund die eigene Position gestärkt werde. Eine Alternative zur Zusammenarbeit mit der EU sieht sie nicht.

Frau Dr. Zeidler bereitete sich zu dem Zeitpunkt auf die jährlich in Genf stattfindende Sitzung der Menschenrechtskommission vor. Sie beschrieb diese Sitzungen als sehr langwierig und umständlich - „viel Papier“. So würden jährlich an die 100 Resolutionen verabschiedet, die sich im Vergleich zu den Resolutionen aus dem Vorjahr teilweise nur durch einzelne Wörter unterscheiden.

Zu den Aufgaben der Menschenrechtskommission, die sich in verschiedene Bereiche gliedern, führte Frau Zeidler aus, dass der Schwerpunkt der Arbeit der Kommission in der Entwicklung internationaler Menschenrechtsstandards liege. Außerdem wacht die Kom-

mission über die Vertragsmechanismen, die auf den verschiedenen Menschenrechtskonventionen und Zusatzprotokollen aufbauen und richtet eigene Sondermechanismen ein. Dazu gehören z.B. die *Rapporteure* und *Special Representatives*, die sich mit verschiedenen Themenbereichen oder Ländern befassen. Das Monitoring macht einen wesentlichen Teil der Arbeit der Menschenrechtskommission aus. Die Menschenrechtskommission verabschiedet regelmäßig an einzelne Länder gerichtete Resolutionen, in denen sie die Regierungen auffordert bestimmte Vorgaben zu erfüllen. Einen Mechanismus zur Durchsetzung dieser Resolutionen hat die Menschenrechtskommission allerdings nicht. Die Kommission ist vielmehr auf die Kooperation der involvierten Staaten angewiesen. Die fehlende Implementierung dieser Kommissionsbeschlüsse durch die Staaten bezeichnete Frau Dr. Zeidler als ein großes Problem. Im Übrigen sei es in vielen Fällen durch die starke Politisierung des Gremiums bereits schwierig, überhaupt schnell und effizient Vorgaben für bestimmte Staaten zu beschließen.

Zuletzt sprach Frau Dr. Zeidler die allseits geäußerte Kritik über die Schwerfälligkeit der Menschenrechtskommission an. In vielen Punkten sei diese Kritik nachvollziehbar. Die Menschenrechtskommission sei tatsächlich sehr schwerfällig, das jahrelange Feilschen um einzelne Wörter üblich. Ihrer Ansicht nach könnten diese Probleme durch eine Stärkung der Rolle der Kommission behoben werden. Man müsste ihr hierfür die nötigen finanziellen und politischen Mittel zur Verfügung stellen.

Samuel Aebi

3.3.2. Briefing zur Situation in Guatemala

Im Anschluss hatte unsere Delegation die Möglichkeit, mit **Frau Gabriele Weber** zu sprechen. Frau Weber ist die stellvertretende Referatsleiterin des Zentralamerikareferats der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Sie arbeitete für die deutsche Botschaft einige Zeit in Guatemala-City und schilderte uns eindrücklich von dem Leben und der Arbeitsatmosphäre in Guatemala. Ihre Darstellung der aktuellen Gesamtsituation Guatemalas verband sie schwerpunktmäßig mit der Menschenrechtssituation und dem seit Ende des 36jährigen Bürgerkrieges stattfindenden Konsolidierungsprozesses.

Einführend konstatierte Frau Weber eine eher gemischte Bilanz bei der Betrachtung der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Lage in Guatemala: Einerseits sei Guatemala ein sehr kulturreiches und ethnisch vielfältiges Land. Andererseits gebe es nach wie vor eine enorme gesellschaftliche Kluft zwischen der armen indigenen Mayabevölkerung, die fast sechzig Prozent der Einwohner Guatemalas darstelle und der kleinen wohlständigen Ladinoschicht. Obwohl die Diskriminierung der indigenen Bevölkerung mit dem Friedensvertrag 1996 formal beseitigt worden sei, finde diese praktisch weiterhin statt. Sichtbar sei dies insbesondere in den geringen Löhnen, den schlechten Ausbildungschancen der Mayabevölkerung und der damit verbundenen weit verbreiteten Armut. So leben vierzig Prozent der Bevölkerung von der Agrarwirtschaft - hauptsächlich indigene Bauern - und verdienen dort nicht mehr als US \$ 2,5 am Tag, was kaum für die Versorgung einer Familie reiche.

Als eine der elementarsten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen für die guatemalteckische Regierung stellte Frau Weber die Aussöhnung des Staates mit den Opfern des Bürgerkrieges dar. Unter den geschätzten 150.000 bis 200.000 Toten und den 50.000 Verschwundenen, die durch die Hand von Regierungstruppen ums Leben kamen, beklagte die indigene Mayabevölkerung die meisten Opfer. Erst mit Amtsantritt des Präsi-

denten Berger seien einige Initiativen ins Leben gerufen worden, um die Menschenrechtsverbrechen während des Bürgerkrieges aufzuarbeiten. Konkrete Hilfsleistungen, wie etwa finanzielle Entschädigungen, stünden aber weiterhin aus. (Siehe hierzu auch den Bericht über den Vortrag von Professor Dr. Tomuschat).

Inzwischen sind es Privatpersonen, die laut Frau Weber die meisten Menschenrechtsverletzungen begehen. Während systematische Menschenrechtsverletzungen seitens des Staates nicht mehr konstatiert werden könnten, hätten sich diese auf nicht kontrollierbare private Strukturen verlagert. Die schwache Justiz könne dem nichts entgegensetzen. Dies führe zu einem Vertrauensverlust in das Polizei- und Justizwesen seitens der Bevölkerung.

Somit stellt die mit dem Friedensprozess eng verbundene politische und institutionelle Konsolidierung nach der Meinung von Frau Weber die zweite vordringliche Herausforderung für die guatemaltekische Regierung dar. Diese müsse sich in einem höchst schwierigen Umfeld vollziehen, das vor allem von Korruption, Intransparenz und einem nicht durchsetzungsfähigem Justizwesen geprägt sei. In diesem Prozess stehe vor allem die Unfähigkeit der guatemaltekischen Justiz im Mittelpunkt. Diese könne bisher ihre Ordnungsfunktion im innerstaatlichen Raum nur unzureichend erfüllen und die relative Atmosphäre der Straflosigkeit nicht effektiv bekämpfen. Ein gestiegenes Gewaltpotenzial sei die Folge. Darüber hinaus bestehe in den Bereichen der Gesundheitsversorgung, der Bildung und der zivilen Partizipationsmöglichkeiten weiterer Handlungsbedarf.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Guatemala und Deutschland sind aus Sicht Frau Webers als gut und störungsfrei zu bezeichnen. Interessanterweise lebt in Guatemala die größte deutschstämmige Bevölkerungsgruppe Lateinamerikas, ca. 4.000 Menschen. Frau Weber informierte uns, dass innerhalb der Europäischen Union Deutschland der wichtigste Handelspartner für Guatemala sei. Die politische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern beschränke sich allerdings vor allem auf die entwicklungspolitische Ebene. Das jährliche Volumen der Entwicklungszusammenarbeit mit Guatemala betrage rund € 15 Mio., die hauptsächlich für Projekte und Maßnahmen im Bereich der Friedenssicherung und Konfliktprävention, der Bildung (z.B. der Förderung von bilingualen Bildungsprogrammen) und der Verbesserung der Wasserversorgung verwendet würden.

Wir möchten Frau Weber herzlich für ihre Bereitschaft danken, uns so umfassend und lebhaft die politische und gesellschaftliche Situation in Guatemala geschildert zu haben.

Lucienne Damm

3.3.3. Briefing zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption

Zum Abschluss unseres Besuches im Auswärtigen Amt hielt **Herr Dr. Werner Köhler** für uns einen Vortrag über die Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption. Herr Dr. Köhler arbeitet im Arbeitsstab Organisierte Kriminalität und Drogenbekämpfung in der Abteilung für Globale Fragen. Lebhaft stellte er dar, in welchem Rahmen die Vereinten Nationen, ihre Mitgliedsstaaten sowie Nichtregierungsorganisationen auf diesem Gebiet tätig sind.

Einer grundlegenden und kurzen Einleitung folgte das „Abklopfen“ all jener Organe der Vereinten Nationen, die sich mit dem Thema befassen. Hierbei nannte Herr Dr. Köhler neben anderen die Generalversammlung. Sie erlasse jährlich verschiedene Resolutionen zur Verbrechensbekämpfung und Drogenproblematik. Verhandelt werde über diese The-

men primär im dritten Ausschuss, der für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen zuständig ist. Des Weiteren stellte Herr Dr. Köhler die Relevanz des Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) für die Bearbeitung des Themenbereiches dar. In den Ratsausschüssen der Verbrechenverhütungskommission (CCPCJ) und der Suchtstoffkommission (CND) würden Resolutionen erarbeitet, die vom Plenum des ECOSOC sowie anschließend durch die Generalversammlung bestätigt werden müssten. Diese seien jedoch, im Gegensatz zu Konventionen, die durch die Generalversammlung ebenfalls verabschiedet werden können, rechtlich nicht bindend. Darüber hinaus führte Herr Dr. Köhler Sondertreffen wie z.B. das Weltministertreffen zum organisierten Verbrechen in Neapel 1994 oder die Sondergeneralversammlung (UNGASS) 1998 zur Drogenproblematik als Gremien an, in denen im Rahmen der Vereinten Nationen zu benannten Themen verhandelt wurde.

Diesen institutionellen bzw. strukturellen Erläuterungen folgte eine Auflistung und Erklärung der wichtigsten bisher durch die Vereinten Nationen verabschiedeten Konventionen zur Drogenbekämpfung und Verbrechenverhütung. Hinsichtlich des Drogenproblems nannte Herr Dr. Köhler drei Konventionen: die *Single Convention on Narcotic Drugs* (1961), die *Convention on Psychotropic Substances* (1971) sowie die *Convention against the Illicit Traffic in Narcotic Drugs and Psychotropic Substances* (1988). Alle Drei zielen im Kern darauf ab, den Besitz, den Konsum und den Handel von Drogen zu beschränken sowie den Drogenschmuggel – einschließlich der damit in Verbindung stehenden Geldwäsche – durch internationale Kooperation zu bekämpfen. Im Bereich der Verbrechenverhütung stellte Herr Dr. Köhler uns zwei Konventionen vor: die *United Nations Convention against Transnational Organized Crime* (UNTOC) und die *United Nations Convention against Corruption* (UNCAC). UNTOC, von 147 Staaten unterzeichnet und 99 ratifiziert, ist seit dem 29. September 2003 in Kraft. UNCAC, von 118 Staaten unterzeichnet – aber erst von 15 ratifiziert, ist dagegen noch nicht in Kraft getreten. Damit die vom 31. Oktober 2003 stammende Konvention in Kraft treten kann, muss diese Zahl auf mindestens 30 anwachsen.

Herr Dr. Köhler machte uns mit der Arbeit des Suchtstoffkontrollrates (INCB) und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) bekannt. Mit Hauptsitz in Wien, 21 Länderbüros weltweit und einem Jahresbudget von US \$ 100 Mio. bearbeitet UNODC auf unterschiedlichste Weise die Drogen- und Verbrechenproblematik. Neben wissenschaftlichen Analysen initiiert UNODC vor Ort verschiedene Projekte und technische Zusammenarbeit zur Stärkung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Drogen und Kriminalität.

Am Ende seines Vortrages unterstrich Herr Dr. Köhler, dass eine Reform der Vereinten Nationen auch hinsichtlich der Bekämpfung von organisierter Kriminalität wichtig sei. Herr Dr. Köhler sprach sich dafür aus, neben einer Geldwäschekonvention Regeln zur strafrechtlichen Zusammenarbeit und Auslieferung zu schaffen, sowie dafür eine zentrale Institution zu etablieren.

Christian Wussow

3.4. Baden-Württemberg Model United Nations in Tübingen



Für das erste Wochenende im März hatte die NMUN-Delegation der Eberhard-Karls Universität Tübingen alle anderen Delegationen der deutschen Universitäten zu einer Probesimulation nach Tübingen eingeladen. Das interessante Angebot, uns kurz vor New York noch einmal praktisch vorzubereiten und dabei andere Delegationen kennen zu lernen, nahmen wir gerne an. So fuhren insgesamt neun von uns zwanzig Guatemalteken bei Schnee und Eiseskälte an einem Freitagmorgen gen Süddeutschland. Die sechs Wegstunden verbrachten wir in heiterer Atmosphäre damit, unsere Sitznachbarn sowie ihren Musikgeschmack und ihr Talent im „Ich-packe-meinen-Koffer“-Spielen kennen zu lernen.

Nachdem wir in Tübingen angekommen waren und nebenbei die Frage geklärt hatten, ob wir uns nun eigentlich in Bayern oder in Baden-Württemberg befänden, zog die ganze Gruppe in die Jugendherberge ein – das Klassenfahrtsfeeling war perfekt! Nachmittags erkundeten wir das hübsche Universitätsstädtchen, bevor wir abends mit der Tübinger Delegation zum Essen verabredet waren. So hatten wir bei Wein und Pasta die Chance die wohl „mächtigste“ Delegation in New York kennen zu lernen: Die Tübinger hatten die schwere Aufgabe, bei der Konferenz die USA zu vertreten! Wir versprachen uns natürlich sofort einen Vorteil und knüpften bereits beim Essen die ersten Kontakte.



Die Berliner Delegation im Schnee, Tübingen, März 2005

Als größter Vorteil für uns entpuppte sich die eigentliche Simulation während der folgenden zwei Tage. Um bei der Simulation eine einigermaßen ausgewogene Repräsentation der Delegationen zu erreichen, hatten die Tübinger alle Teilnehmer in zwei Komitees eingeteilt. Während die Generalversammlung die Krise im Sudan, die UN-Reform und transnational organisierte Kriminalität debattierte, standen für den ECOSOC Menschenrechte, Armutsbekämpfung und die Kompatibilität von Handel und Umweltschutz auf der Agenda. Außerdem hatten alle Teilnehmer unterschiedliche Länder zu repräsentieren: Nur Timo konnte Guatemala treu bleiben, wir andern vertraten die Positionen von Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Frankreich, China, Belize und Deutschland. Jeder war also auf sich gestellt und musste, wenn nötig, auch gegen die anderen arbeiten – so gar nicht im *Vamos!-Spirit*.

Die Möglichkeit, so kurz vor der Konferenz noch einmal haarklein alle Verhaltensregeln durchzugehen, Reden vor einem größeren Publikum zu halten (zugegebenermaßen auf leichtes Drängen von Anita hin), Verhandlungen auf englisch zu führen und andere Delegationen kennen zu lernen, war für uns alle immens wertvoll und eine großartige Vorbereitung auf New York. Darüber hinaus erprobten wir in beiden Komitees schon einmal die Vorgehensweise, regionale Kooperationen aufzubauen. Diese Strategie ging sehr erfolgreich auf, und so bildete sich schon am ersten Verhandlungstag in beiden Komitees ein lateinamerikanischer Block. Am zweiten Tag schaffte es unser Team in der Generalversammlung außerdem die USA zur Kooperation zu gewinnen – dies war gerade im Hinblick auf New York ein wichtiger Erfolg.



Die Berliner Delegation bei der Arbeit, Tübingen, März 2005

Schließlich wurde an diesem winterlichen Wochenende jedoch nicht ausschließlich verhandelt: Am Samstagabend hatten die Tübinger (ganz nach unserem Vorbild) eine *Charity-Party* im Keller eines ihrer Studentenwohnheime organisiert, die wir nach langem Irren und Wirren auf Tübinger Straßen endlich auch fanden. Die schwäbische Party-Planung war so klar wie geschickt: Heizung aufdrehen und Fenster zulassen – so bekommen Gäste mehr Durst und kommen sich immer näher... Auch ihre Strategie ging an diesem Abend auf.

Insgesamt konnten wir durch die Teilnahme am Tübinger Planspiel nicht nur die notwendigen Verhaltensregeln üben und lernen, wie das Layout einer Resolution auszusehen hat; Erfahrungen, die für die Konferenz entscheidend waren und die wir in der darauf folgenden Woche sofort an unsere daheimgebliebenen Guatemalteken weitergaben. Die drei Tage in Tübingen und die insgesamt 12-stündige Autofahrt waren auch eine erste Möglichkeit, viele der Teilnehmer außerhalb des Seminars ein wenig besser kennen zu lernen – das trag nicht unerheblich zur Stärkung unseres *Vamos!-Spirit* bei!

Laura Grünewald und Ann-Kristin Otto

3.5. Koordination ist alles - NMUN 2005 und die Macht der Task Forces

Sponsorensuche, Spenden-Party, Gruppen-T-Shirts und Pressearbeit: wir hatten uns neben der inhaltlichen Vorbereitung auf die Konferenz eine Menge vorgenommen - und all das musste koordiniert werden. Zur Bewältigung der Aufgaben beschlossen wir vier verschiedene *Task Forces* zu bilden, die jeweils von einem Hauptverantwortlichen koordiniert wurden, damit jeder Einzelne genau wusste, wofür er zuständig sein würde. Zusätzlich sollten die *Task Forces* untereinander kommunizieren, neue Ideen entwickeln und bündeln.

Die *Task Force* „*Financing*“ kümmerte sich darum, dass jeder aus der Gruppe unterschiedliche Unternehmen kontaktierte und sammelte Informationen über Absagen und potentielle neue Ansprechpartner. Eine Zusage erhielten wir auf diesem Wege leider nicht. Außerdem kontaktierte die *Task Force* ehemalige NMUN-Teilnehmer und bat diese um finanzielle Unterstützung. Herzlichen Dank noch einmal für all die Hilfe und die Spenden, die wir erhielten.

Um unseren öffentlichen Auftritt kümmerte sich die *Task Force* „*Presse*“. Angesprochen wurden Berliner Tageszeitungen und Radiosender, Internetredaktionen wie die *Deutsche Welle Online* und überregionale Medien, etwa der NDR, der derzeit das ARD-Büro in New York führt. Unser Angebot eine Art Tagebuch „live“ aus New York zu schreiben ließ sich leider nicht umsetzen. Am Ende gab es drei Pressereaktionen: Unser *Head Delegate* Edgar Krassowski sprach in der WDR-Sendung „*Planet Wissen*“ zum Thema „60 Jahre UNO“ über seine Konferenzerfahrungen, Ann-Kristin Otto wurde vom Internet-Auftrittes des „*Projekt-P*“ porträtiert und die Deutsche Welle Online brachte ein Interview mit Sabine Wilke zur Vorbereitung der Berliner Delegation auf die Konferenz (siehe hierzu den *Prespiegel*).

Für unsere „*Corporate Identity*“ war eine gleichnamige Taskforce zuständig. Da wir in New York als Delegation mit einer ansprechenden *Corporate Identity* auftreten wollten, entwarf die *Task Force* T-Shirts, Visitenkarten und Briefpapier. Schließlich gab es sogar einen einheitlichen Bildschirmhintergrund für unsere Laptops. Spätestens von da an waren das guatemaltekeische blau-weiß, ein Maya-Kopf und der Slogan „*Vamos Guatemala!*“ unser Erkennungszeichen.





Und dann wollten wir noch das Notwendige mit dem Angenehmen verbinden und so organisierte die *Task Force* „Party“ eine Cocktailparty für den guten Zweck des Spendensammelns. Wir mieteten einen Club in Kreuzberg, verteilten Flyer und organisierten alles Notwendige für köstliche Cocktails *à la Guatemala*. So tanzten und tranken schließlich massenhaft Freunde und Bekannte mit uns bis in die frühen Morgenstunden drei Tage vor unserem Abflug.

Das Projekt *Task Forces* kann trotz aller Hindernisse und Absagen als Erfolg bezeichnet werden. Und dass „*Taskforce*“ für unsere Delegation das unangefochtene Wort des Jahres ist, versteht sich jetzt von selbst.

Sabine Wilke

3.6. Vamos! Liebe auf den ersten Blick

Was wäre aus uns geworden, wie hätten wir es je nach New York geschafft ohne unser *Vamos!* Wie mit den meisten erfolgreichen Konzepten wundert man sich hinterher, wie man je ohne diese Errungenschaft leben konnte. Aber wie kam es zu diesem allgegenwärtigen Leitmotiv? Der Grundstein wurde wohl im Zuge unserer Recherche gelegt, als wir uns zunehmend mit der Arbeit der Regierung Bergers beschäftigten. Es war nur eine Frage der Zeit, bis wir das moderne und vielversprechende innenpolitische Programm „*Vamos – unidos por un país mejor*“ entdeckten. Das Programm beinhaltete nicht nur die wichtigsten Charakteristika, die das Engagement der aktuellen Regierung beschrieben und die uns als Vertretern der Republik Guatemala Hilfestellungen für die überzeugende Darstellung unseres Landes gab. Es diente uns auch als eine gute Quelle der „*Corporate Identity*“. Unser Selbstverständnis als Diplomaten der Republik Guatemala hatte Gestalt angenommen – endlich hatten wir unser Mantra gefunden: Das Ziel war New York, der Weg dorthin hieß *Vamos!* Neben gelegentlichen euphorischen Ausrufen und Chören, fand sich dieses Motto auf unseren Team-Shirts, unseren Visitenkarten, unserem Konferenzpapier und den Bildschirmen unserer Laptops wieder. Der Versuch *Vamos!* zu erklären kann wahrscheinlich nur scheitern; es stand für sehr vieles und individuell sicher auch verschiedenes. Aber was es vermutlich am meisten bedeutete war „einer für alle und alle für einen“. Die Erinnerungen an unsere gemeinsame Arbeit und Zeit werden deshalb sowohl audio-visuell als auch sentimental von diesem kleinen Wort geprägt sein.

Çiğdem Ipek

4. Die UN-Study-Tour: 17. – 23. März 2005

In Zusammenarbeit mit dem *United Nations Department of Public Information* (UNDPI) wurde den Berliner Teilnehmern auch in diesem Jahr im Vorfeld der *National Model United Nations Conference* ein *UN-Study Tour* Programm angeboten. Abgestimmt auf die einzelnen *Committees*, in denen die Studierenden als Delegierte Guatemalas vertreten waren, fanden an drei Tagen *Briefings* im Hauptquartier der Vereinten Nationen statt, sowie Treffen in den Ständigen Vertretungen Deutschlands und Guatemalas.

*Swati Dave
und
Peggy Wittke
bei der
Programmplanung
der Study-Tour*



UN-Study-Tour Programm

17. März 2005

09.30 - 10.30 h	Guided Tour
10.45 - 11.45 h	Secretariat Briefing on the UN in the New Millennium - <i>Patricia Seghers</i>
11.45 - 12.45 h	Secretariat Briefing on Sustainable Development - <i>Massimo Toschi und Dr. Thora Herrmann</i>
12.45 - 14.00 h	LUNCH
14.30 - 15.30 h	Secretariat Briefing on Humanitarian Assistance - <i>Oliver Ulich</i>
15.30 - 16.30 h	Secretariat Briefing on Children in Armed Conflicts - <i>Alec Wargau</i>

18. März 2005

10.30 - 11.30 h	Secretariat Briefing on Refugees - <i>Yusuf Hassan</i>
11.30 - 12.30 h	Secretariat Briefing on Peacekeeping - <i>Markus Pallek</i>
12.30 - 14.00 h	LUNCH
14.30 - 15.30 h	Secretariat Briefing on Terrorism - <i>Katarina Grenfell</i>
15.30 - 16.30 h	Secretariat Briefing on Iraq - <i>Hamid Abdeljaber</i>

21. März 2005

10.30 - 11.30 h	Secretariat Briefing on Indigenous People - <i>Hui Lu</i>
11.30 - 12.30 h	Secretariat Briefing on UN Reform - <i>Sebastian Einsiedel</i>
12.30 - 14.15 h	LUNCH
14.30 - 15.30 h	Secretariat Briefing on Economic Development - <i>Pingfan Hong und Oumar Diallolo</i>
15.30 - 16.30 h	Secretariat Briefing on Weapons of Mass Destruction - <i>Kerstin Bihlmaier</i>

22. März 2005

14.00 - 15.00 h	Permanent Mission of Germany to the United Nations <i>Dirk Rothenberg</i>
-----------------	--

23. März 2005

10.00 - 12.00 h	Permanent Mission of the Republic of Guatemala to the UN <i>José Alberto Briz Gutiérrez</i>
-----------------	--

4.1. Kofi, Kaffee und die Kunst der Diplomatie

Drei Tage Study Tour im Herzen der Vereinten Nationen

Links ein Bagel, rechts der Kaffee, zu unchristlicher Stunde im Business-Outfit zu Fuß durch die hektischen Straßen von Midtown. Und all das möglichst ohne sich oder einem New Yorker Passanten das Frühstück übers Jackett zu kippen... Wir Jungdiplomaten übten uns schon auf dem Weg zu den Vereinten Nationen in diplomatischem Geschick und im Multitasking.



Vorbei am Waschsalon „*Piece Keeping*“ und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik, immer Richtung verknotete Pistole und Fahnenmasten und dann noch mit den *Backstage*-Pässen durch die Sicherheitskontrollen - so begann der *Study Tour*-Tag durch die Vereinten Nationen für unsere Delegation. Erst einmal in den heiligen Hallen der Weltgemeinschaft angekommen, fühlten wir uns schnell heimisch und gut aufgehoben. Die Atmosphäre war entspannt, in den Gängen erblickte man häufig farbenfrohe Abweichungen vom üblichen dunklen Anzug. Von der Kantine hatte man einen atemberaubenden Blick über den East River. Im *UN-Bookstore* gab es von Tassen über T-Shirts zu Tarotkarten alles in blau-weiß, was das UN-begeisterte Herz beehrte.

Der Schwerpunkt unserer *Study Tour* waren die Briefings. Hochrangige UN-Diplomaten berichteten uns über ihre Arbeit und stellten sich unseren Fragen. Durch das persönliche Gespräch erhielten wir als zukünftige Delegierte die Möglichkeit, Informationen über die Themenbereiche unserer Ausschüsse zu erhalten und einen Blick „hinter die Kulissen“ der Vereinten Nationen zu werfen. Die Atmosphäre in den Tagungsräumen, das Gewirr an Sprachen in der Luft und die Architektur des Gebäudes waren wichtiger Bestandteil unserer Berührung mit dem Projekt, das hinter den zwei Buchstaben „UN“ steht. Nicht wenige von uns machten bei Kaffeepausen, im Aufzug oder auf den Gängen Bekanntschaft mit interessanten Menschen und bekamen einen ganz ungefilterten Eindruck davon, was die UN und das Ideal der Weltgemeinschaft für die Menschen bedeutet, die daran arbeiten.

Sabine Wilke



Emblem der
Vereinten Nationen,
Generalversammlung,
Hauptgebäude der
Vereinten Nationen

4.1.1. Briefing zu den Vereinten Nationen im neuen Millennium

Das erste Briefing unserer *Study Tour* wurde von **Frau Patricia Seghers** zur Rolle der Vereinten Nationen im neuen Millennium gehalten. Frau Seghers arbeitet im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York als Vortragsassistentin und Ausbilderin von Tourguides. In ihrer Rede konzentrierte sie sich auf die Ergebnisse des Millennium Gipfels im Jahre 2000 und gab uns einen Überblick auf die zukünftige Rolle der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert.



Gleich zu Beginn ihres Vortrages beschrieb Frau Seghers das Jahr 2005 als entscheidend für die Vereinten Nationen. Mit der Eröffnung der 60. Generalversammlung am 13. September würden die Staaten aufgefordert, sich über die zukünftige Rolle und den Reformbedarf der Vereinten Nationen zu verständigen. Dies ließe dem Jahr 2005 fast dieselbe Bedeutung zukommen wie dem Gründungsjahr der Vereinten Nationen 1945.

Im folgenden Abschnitt ihrer Rede sprach Frau Seghers über grundlegende Fragen in Bezug auf die Relevanz der Vereinten Nationen, welche auf dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 aufgekommen seien. Dort hatten die Mitgliedsstaaten die positiven und negativen Konsequenzen der Globalisierung als zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts definiert, die alle Regionen und Staaten in unterschiedlicher Weise betreffe. Um zu versichern, dass der Globalisierungsprozess jedem Menschen auf der Welt zugute komme, hätten sich die Mitgliedsstaaten zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele verpflichtet, welche bis zum Jahr 2015 erreicht werden sollen und dringende Maßnahmen wie beispielsweise Armutsreduzierung, Bildung, Gleichberechtigung und den Kampf gegen Infektionskrankheiten beinhalten.

Nach diesem generellen Überblick über die Ergebnisse des Millenniumsgipfels erwähnte Frau Seghers den aktuellen Report des Generalsekretärs zur Bewertung der Millenniumsziele, welcher der Generalversammlung vier Tage später vorgestellt wurde. Der Bericht „In größerer Freiheit“ schlug konkrete Empfehlungen zur Einhaltung der Millenniumsziele sowie eine effektive Reform der Organe der Vereinten Nationen vor. Frau Seghers zufolge sei der Bericht vor allem deshalb mit Spannung erwartet worden, da Kofi Annan schon 2003 seinen Sorgen über die unzureichende Implementierung der Millenniumsziele Ausdruck verliehen hatte: Damals hatte ihn die US-Intervention im Irak dazu veranlasst, die Situation als „Weggabelung“ für die VN zu beschreiben. Dem Generalsekretär zufolge lägen die größten Probleme bei der Umsetzung der Millenniumsziele an der unterschiedlichen Wahrnehmung internationaler Bedrohungen durch die Mitgliedsstaaten. Er weise daher immer wieder auf die enge Verbindung zwischen sogenannten *hard threats* wie Terrorismus und *soft threats* wie Armut und Infektionskrankheiten hin. Diese Bedrohungen könnten nur gemeinsam effektiv bekämpft werden.

An dieser Stelle schloss sich eine lebhafte Diskussion an den Vortrag der Referentin an. Die erste Nachfrage von Andreas Stolpe bezog sich auf den Fortschritt, der bislang bei der Umsetzung der Ziele erreicht worden sei und ob die Referentin ihre Erfüllung bis 2015 als wahrscheinlich betrachtete. Frau Seghers antwortete, es seien in der Tat zahlreiche positive Entwicklungen zu beobachten, beispielsweise die gestiegene Anzahl der Grundschüler in Afrika und Lateinamerika. Dennoch habe es ebenso drastische Rückschläge gegeben, wie beispielsweise die Konsequenzen der Tsunamikatastrophe im Dezember 2004, die tausende Menschen, welche im vergangenen Jahrzehnt ihren Lebensstandard langsam verbessert hätten, in die Armut zurückgeworfen habe. Darüber hinaus erwähnte Frau Seghers die negativen Konsequenzen von Umweltzerstörung und regionalen Konflikten. Insgesamt würden die Mitgliedsstaaten noch immer hart an der Erfüllung der Millenniumsziele arbeiten, wären sich dabei allerdings nicht immer über ihre nationalen Prioritäten im Hinblick auf internationale Gefahren einig.

Im Anschluss erkundigte sich Timo Mahn, welche Rolle die Vereinigten Staaten in diesem Zusammenhang spielen, insbesondere da ihr neuer Abgesandter in den Vereinten Nationen als Gegner der Millenniumsziele bekannt sei. Die Referentin antwortete knapp und sehr diplomatisch, dass die USA eine entscheidende Rolle nicht nur im Hinblick auf die Millenniumsziele, sondern auf das Funktionieren der Vereinten Nationen als Ganzes spielen würden.

Schließlich stellte Carmen Dege die Frage, ob die Millenniumsziele seit dem Jahr 2000 eine Veränderung erfahren hätten oder heute anders bewertet würden als zum Zeitpunkt ihrer Entstehung. Frau Seghers erklärte, dass in den ersten Jahren zahlreiche Vorgaben nicht ausreichend implementiert worden seien. Daraufhin habe Kofi Annan die Mitgliedsstaaten im Jahr 2003 mehrmals aufgerufen, ihre Versprechungen einzuhalten. Außerdem berief er ein Expertengremium ein, das *High-Level Panel*, um neue Ideen in diesem Bereich zu entwickeln.

Insgesamt übermittelte Frau Seghers uns einen sehr umfassenden und informativen Eindruck der Rolle der Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert, indem sie positive und negative Entwicklungen im Hinblick auf die Implementierung der Millenniumsziele detailliert darstellte. Wir waren sehr dankbar, durch Frau Seghers einen ersten Blick in das „Innenleben“ der Vereinten Nationen erhalten zu haben.

Laura Grünewald

4.1.2. Briefing zum Thema nachhaltige Entwicklung

Bei unserem zweiten Briefing am ersten Tag der Study-Tour hatten wir das Privileg, gleich von zwei Experten für nachhaltige Entwicklung begrüßt zu werden, **Frau Dr. Thora Herrmann** und **Herr Massimo Toschi**.

Beide arbeiten im *Department of Economic and Social Affairs* (DESA) für die *Division for Sustainable Development* (DSD). Innerhalb der Vereinten Nationen nimmt die DSD im Bereich nachhaltige Entwicklung eine Führungsrolle ein und fungiert als substantielle Quelle fachlicher Kompetenz. Als maßgebliches Sekretariat der *UN Commission on Sustainable Development* (CSD) fördert die DSD nachhaltige Entwicklung durch technische Kooperation sowie durch den Aufbau von Kapazitäten auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene. Der Rahmen für die Arbeit der DSD wird durch die Umsetzung der

Agenda 21, des *Johannesburg Plan of Implementation* und des *Barbados Programme of Action for Sustainable Development of Small Island Developing States* gebildet. Frau Dr. Herrmann und Herr Toschi arbeiten in der DSD Abteilung „Wasser, Natürliche Ressourcen und Kleine Inselstaaten“.

Unser Briefing mit Frau Dr. Herrmann und Herrn Toschi war außergewöhnlich und unkonventionell. Zuerst wurden wir dazu ermuntert, aktiv am Briefing teilzunehmen und die beiden Referenten jederzeit zu unterbrechen, um Anmerkungen zu machen und Fragen zu stellen. Anschließend wies Herr Toschi darauf hin, dass sie nicht ausschließlich über nachhaltige Entwicklung reden wollten, sondern auch über *uns*! Die beiden erahnten wohl, dass einige von uns eines Tages gerne für die Vereinten Nationen arbeiten oder ein Praktikum in New York machen würden, und gaben uns nützliche Tipps für unsere Pläne. Sie öffneten uns im wahrsten Sinne des Wortes Türen, als sie uns in ihre Büros einluden um Informationen einzuholen oder einfach nur mit ihnen zu reden. Einige von uns nahmen dieses großzügige Angebot wahr und genossen die Offenheit und Hilfsbereitschaft der beiden Referenten. Dafür, dass wir diese einmalige Gelegenheit bekommen durften, gebührt ihnen unser besonderer Dank!



Im Verlauf des Briefings legten die beiden Referenten dar, was nach ihrer Meinung nachhaltige Entwicklung charakterisiert und welche Faktoren ausschlaggebend für das Zustandekommen nachhaltiger Lösungen sind. Sie legten uns nahe, dass einzig ein auf Nachhaltigkeit beruhender Entwicklungsansatz in der Lage sei, Armut auf effektive Weise zu bekämpfen. Es gehe dabei nicht nur um Umweltfragen und den Schutz natürlicher Ressourcen, sondern auch um soziale und kulturelle Aspekte. Um nachhaltige Lösungen finden zu können, sei es zwingend erforderlich alle *Stakeholders*, also alle in der jeweiligen Frage betroffenen Personen oder Gruppen, in den Arbeitsprozess mit einzubeziehen und an den Entscheidungen teilhaben zu lassen. Andernfalls seien Konflikte vorprogrammiert. Als eine weitere notwendige Bedingung für den Erfolg nachhaltiger Lösungsansätze betonten sie die gesetzliche Verankerung. Ohne diese Verankerung könne eine integrale Entwicklung nicht erreicht werden. Frau Dr. Herrmann veranschaulichte diese grundsätzlichen Gedanken anhand eines Beispiels aus ihren Erfahrungen im Zusammenleben mit der indigenen Bevölkerung in den chilenischen Anden.

Während des Briefings wurde eine weitere interessante Frage aufgeworfen: Welche Ansätze gibt es im System der Vereinten Nationen zur Koordinierung verschiedener Abteilungen, die alle am Themen übergreifenden Komplex „Nachhaltige Entwicklung“ arbeiten? Unsere beiden Referenten legten dar, dass es in der Praxis leider keinen umfassenden Ansatz dazu gebe. Ganz im Gegenteil, fehlende bzw. mangelhafte Kommunikation zwischen den einzelnen Abteilungen stelle ein gewichtiges Problem dar. Es gebe eine Reihe

rivalisierender Perspektiven und die Koordinierung bleibe unzureichend.

Dies ist nur eine Auswahl der Themen, die in unserem lebhaften Gespräch angeschnitten wurden. Einige von uns hätten sich einen umfassenderen Bericht über die Rolle nachhaltiger Entwicklung bei der UN gewünscht, doch auch so war es ein äußerst informatives Briefing. Es wird sich als nachhaltig herausstellen, davon bin ich überzeugt! Im Namen der Delegation der Freien Universität Berlin möchte ich Frau Dr. Herrmann und Herrn Toschi für ihr Engagement und ihren Enthusiasmus danken, insbesondere dafür, dass sie uns einen Einblick in ihre Arbeit zeigten, der weit über unsere Erwartungen hinausging.

Dominik Wehgartner

4.1.3. Briefing zum Thema humanitäre Hilfe

Nach der Mittagspause hatte unsere Delegation die Gelegenheit, **Herrn Oliver Ulich** zu treffen, der für das UN Büro für die Koordinierung humanitärer Aufgaben (OCHA) in New York City arbeitet. Die Hauptaufgabe von OCHA ist die Schaffung einer Koordinationsstruktur für die Bereitstellung von humanitärer Hilfe in Notfallsituationen. In der Regel wird diese Hilfe durch die nationalen Behörden organisiert. Nur dann, wenn diese nicht in der Lage sind, angemessen auf die Situation zu reagieren, greift OCHA ein und bietet seine Unterstützung an.



Herr Ulich machte darauf aufmerksam, dass die Organisation von Hilfseinsätzen oft etwas chaotisch verlaufe, da eine Vielzahl an Unterorganisationen der Vereinten Nationen und unterschiedliche Nichtregierungsorganisationen involviert seien. Es sei die Aufgabe von OCHA, die Koordinierung zu organisieren und zu entscheiden, welche Organisation am besten geeignet sei, auf die entsprechende Situation zu reagieren.

OCHA verfügt über keinen regulären Haushalt und ist auf freiwillige Zuwendungen angewiesen. Für jeden Einsatz müssen Spenden von neuem gesammelt werden. Herr Ulrich erklärte uns, bevor OCHA hierfür die Regierungen der Geberländer kontaktiere, verschaffe die Organisation sich einen Überblick über die von den Nichtregierungsorganisationen benötigten finanziellen Mittel. Er betonte, dass die Bereitstellung von Geldern oft mehrere Monate dauere was in vielen Situationen zu dem Verlust einer großen Anzahl an Menschenleben führe.

Des Weiteren sei es Aufgabe von OCHA, Verhandlungen mit den Regierungen und Anführern der betroffenen Region zu führen. Im Vordergrund stünde hierbei oft die Verhandlung über den freien Zugang zu dem betroffenen Gebiet. Besonders im Fall von internen oder anti-westlichen Konflikten stelle sich die Verhandlung oft als schwierig und langwierig heraus. Es komme vor, dass Rebellen Gruppen die Zugänge blockieren würden. In vielen dieser Fälle müsse dann eine Art Bestechungsgeld gezahlt werden.

Nach dieser allgemeinen Übersicht über die Arbeit von OCHA sprach Herr Ulich über OCHAs Engagement im Sudan. Für ihn persönlich handele es sich hierbei um einen der blutigsten Bürgerkriege der Geschichte. Über 1.8 Millionen Menschen seien allein in Darfur obdachlos geworden. Seit März/April 2004 versuche OCHA, sich im Sudan zu engagieren. Die Reaktionen des Sicherheitsrates auf die Lage im Sudan seien jedoch gespalten. Eine Lösung habe bisher nicht gefunden werden können. Weder die Verhängung von Sanktionen noch die mögliche Übergabe des Falls an den Internationalen Strafgerichtshof habe bisher eine Mehrheit erzielt. Die Verhandlungen fänden mittlerweile abseits der Vereinten Nationen auf Staatenbasis statt. Herr Ulich vertrat die Ansicht, dass bereits eine kleine Anzahl von *UN-Peace-Keepern* zum Sicherheitsempfinden der Bevölkerung im Sudan erheblich beitragen würde. Abschließend bemerkte er, dass die Situation im Sudan eine große Herausforderung sei, die es zu überwinden gelte. (Inzwischen hat der Sicherheitsrat durch die Resolution 1593 vom 31. März 2005 den Fall Sudan dem Internationalen Strafgerichtshof vorgelegt.)

Bezogen auf den Tsunami 2004 bemerkte Herr Ulich, dass die Spendenbereitschaft neue Standards gesetzt habe. Nun sei es wichtig, die Menschen und Regierungen davon zu überzeugen, dass diese Bereitschaft auch in Zukunft in anderen Situationen notwendig sei. OCHA habe während der ersten Zeit die Vergabe der Spenden koordiniert. Im Rahmen des langfristigen Aufbaus der betroffenen Regionen spiele OCHA jedoch keine Rolle. Während des Einsatzes habe OCHA mit einer größeren Anzahl an Nichtregierungsorganisationen zusammen gearbeitet, als dies normalerweise der Fall sei: Anstatt 20 seien es in diesem Fall über 100 Nichtregierungsorganisationen gewesen. In vielen Dörfern seien alle staatlichen Mitarbeiter ums Leben gekommen, so dass OCHA hier die komplette Kontrolle übernehmen musste.

Schließlich sprach Herr Ulich kurz die Frage der Nachhaltigkeit humanitärer Hilfe an. Nahrungsversorgung durch Hilfsorganisationen könne dem lokalen Anbau widersprechen; Feldlazarette würden nach wenigen Wochen wieder abgezogen.

Wir möchten Herr Ulich für seinen sehr informativen Vortrag über die Arbeit und die zu bewältigenden Herausforderungen von OCHA herzlich danken.

Mareike Schüller



4.1.4. Briefing zu Kindern in bewaffneten Konflikten

“On all continents - Africa, Asia, Europe, Latin America, Middle East – wherever there is conflict, children are disproportionately affected.”

Herr Olara Otunnu, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Kinder in bewaffneten Konflikten

Den letzten Vortrag am ersten Tag unserer *Study Tour* hielt **Herr Alec Wargau** vom Büro des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Kinder in bewaffneten Konflikten. Dieses Büro, geleitet durch den Sonderbeauftragten Mr. Olara Otunnu, koordiniert seit seiner Gründung im Jahre 1997 Maßnahmen zum Schutz von Kindern im Krieg und zur Reintegration von Kindersoldaten nach dem Ende eines Konfliktes. Zu den fundamentalen Aufgaben von Mr. Otunnu gehören: das Schicksal kriegsgeschädigter Kinder einer breiteren Öffentlichkeit nahezubringen, die wichtigsten Akteure innerhalb und außerhalb des UN-Systems zu koordinieren und humanitäre und diplomatische Initiativen zur Entschärfung politischer Konflikte zu organisieren. Das Büro des Sonderbeauftragten führt allerdings keine eigenen Hilfsprogramme durch wie etwa UNICEF oder UNHCR.

Herr Wargau betonte die Vielschichtigkeit der Arbeit seines Büros. Der Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten umfasse neben der Entwaffnung von Kindersoldaten auch den Kampf gegen sexuelle Ausbeutung und Gesundheitsschädigungen. Viele Kinder würden aus Flüchtlingslagern rekrutiert. Eine große Mehrheit von ihnen habe keine Familie. Für sie sei ihre Kampf Einheit der Familienersatz. Das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Truppe mache es daher schwierig, Kinder davon zu überzeugen diese zu verlassen. Zudem seien Kinder eine leichte Beute für die rekrutierenden Erwachsenen. Sie seien klein, gehorsam und könnten mit Drogen und Gewalt gefügig gemacht werden. Die Entwaffnung von Kindersoldaten sei für die Vereinten Nationen ein Rennen gegen die Zeit. Viele Kinder würden im Laufe der oft langjährigen Konflikte volljährig und könnten dann nicht mehr beschützt werden.



Aus seiner eigenen Erfahrung erzählte Herr Wargau uns, dass Mitarbeiter der Vereinten Nationen in Krisengebieten mit starken Zwängen konfrontiert würden, da die eigene Sicherheit, der Zugang zu den Kindern und die Kooperation mit Einheimischen schwer zu erreichen sei. Lokale Nichtregierungs- und Kirchenorganisationen würden teilweise mit den bewaffneten Gruppen kooperieren, um Informationen über die Anzahl der beschäftigten Kindersoldaten zu bekommen. Der Versöhnungsprozess nach Beendigung eines Konfliktes sei langwierig und zäh und beinhalte auch die Reintegration der Kinder in die Zivilgesellschaft und den Kampf gegen Straflosigkeit für Kriegsverbrechen gegen Kinder. Herr Wargau betonte, dass Kinderrechte nach dem Konflikt in allen gesellschaftlichen Bereichen implementiert werden müssten. Vor allem sei ein stabiles Friedensabkommen mit ausreichender Berücksichtigung von Kinderrechten wichtig. Dabei arbeite der Sonderbeauftragte vor Ort vor allem mit Nichtregierungsorganisationen. Auf globaler Ebene bemühe sich das Büro, die Arbeit für Kinder in Konfliktzonen mit anderen Agenturen der Vereinten

Nationen, regionalen Organisationen und den Medien zu koordinieren. Positiv zu erwähnen sei, dass die Problematik in der Menschenrechtskommission berücksichtigt werde.

Herr Wargau betonte, dass eine der größten Herausforderungen der Arbeit des Büros die Bekämpfung der Rekrutierung von Kindersoldaten sei. Diese erfolge größtenteils durch Rebellen Gruppen und andere nicht-staatliche Akteure mit denen es schwer sei Verhandlungen zu führen. Der Sicherheitsrat arbeite deshalb an einer Resolution, die die Straffreiheit für solche Gruppen beenden solle. Ein Beobachtungs- und Informationsmechanismus, der die Rekrutierung von Kindersoldaten und andere Verbrechen zügig überliefern könnte, wäre seiner Meinung nach ein nützliches Instrument im Kampf gegen diese Akteure.

Trotzdem gäbe es Erfolge. Kinderschutz sei inzwischen in jedem *Peace-Keeping* Mandat und dem Training der Blauhelmtuppen implementiert. Daneben seien weiterhin auch die kulturellen Normen, die Kinder traditionell in Kriegszeiten geschützt haben, mit Nachdruck zu betonen. Diese Werte sollten die formalen internationalen Standards ergänzen und unterstützen.

Sabine Wilke

4.1.5. Briefing zur UN Flüchtlingskommission (UNHCR)

Am zweiten Tag unserer *Study Tour* im Hauptquartier der Vereinten Nationen sprach **Herr Yusuf Hassan**, Sprecher des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), zu uns. Seine



Rede befasste sich mit der Situation von Flüchtlingen und der Rolle der Flüchtlingskommission, bei deren Umsiedlung und Wiedereingliederung in ihre Ursprungsländer.

Unser Referent erläuterte zunächst die historischen Aspekte des Flüchtlingsproblems. Während des 20. Jahrhunderts habe es für Asylsuchende und Vertriebene, die aufgrund von kriegerischen Auseinandersetzungen fliehen mussten, keinen Schutz gegeben. Die größten Vertreibungen hätten sich während des Zweiten Weltkrieges ereignet,

als etwa 65 Millionen Menschen in ganz Europa vertrieben wurden. In China seien mehrere Millionen Menschen aufgrund des Konfliktes mit dem japanischen Kaiserreich verdrängt worden.

Anschließend konzentrierte sich Herr Hassan in seinem Vortrag auf die Rolle der Genfer Konvention von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Er strich zwei Besonderheiten dieser Konvention heraus: Zum einen habe sich das Ziel der Konvention zunächst darauf beschränkt, nach dem Zweiten Weltkrieg nur Flüchtlingen innerhalb Europas zu

helfen. Nachdem dieses Problem jedoch schon nach drei Jahren zum größten Teil gelöst werden konnte, sei das Mandat erweitert worden. Zum anderen betone die Konvention das Abschiebeverbot bei drohender Verfolgung im Heimatland. Herr Hassan betonte, dass sich das Mandat der Konvention seit seiner Entstehung nicht verändert habe. Ursprünglich sei die Konvention nur ein Kompromiss zwischen den Vertriebenen und den Staaten gewesen, die sie aufnahmen. Dennoch seien Probleme für manche Länder entstanden, wie zum Beispiel für Australien, das aufgrund von wiederholten Immigrationswellen eine Korrektur der Konvention verlangt habe.

Herr Hassan betonte, dass das Thema Vertreibung in der heutigen Welt ein großes Problem sei. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen habe bis zum Jahr 1996 25 Millionen Menschen geholfen. Am Anfang seiner Arbeit habe es sich ausschließlich mit der Wiederansiedlung von Vertriebenen beschäftigt. Später sei als Aufgabe auch die Leistung humanitärer Unterstützung dazugekommen. Als UNHCR seine Arbeit im Jahre 1951 begann, habe das Flüchtlingskommissariat lediglich 34 Mitarbeiter und einen Jahresetat von rund 300.000 US-Dollar gehabt. Zum heutigen Zeitpunkt sei UNHCR eine weltweit tätige Organisation mit 268 Büros in 114 Ländern, über 5200 Mitarbeitern und einem Jahresbudget von über einer Milliarde US-Dollar.

Das Flüchtlingskommissariat sei in letzter Zeit teilweise kritisiert worden, weil es seine Arbeit auf übergreifende humanitäre Hilfe konzentriere. Es sei aufgerufen worden, sich mehr auf seine Kernaufgabe - die konkrete Flüchtlingshilfe - zu beschränken. Herr Hassan unterstrich jedoch, dass UNHCR vielen Menschen nicht nur in ihrer Wiederansiedlung geholfen habe. Vielmehr sei gleichzeitig eine stabile Umgebung geschaffen worden, die Hilfsprogramme für arbeitsunfähige und ältere Menschen bereitstelle.

Anschließend berichtete der Referent uns, dass die Arbeit des Flüchtlingskommissariats sich hauptsächlich auf den Schutz von Vertriebenen beschränke. Besondere Hilfe würden Vertriebene erhalten, die nach einem bewaffneten Konflikt in ihre oft total zerstörten Länder zurückkehrten. Asylbewerber würden so lange unterstützt, bis sie den Status als Vertriebene erhielten. Eine wichtige Aufgabe sei darüber hinaus die Wiederansiedlung von staatenlosen Menschen, wie zum Beispiel nach dem Fall der Sowjetunion, als zehn Millionen Menschen als staatenlos galten.

Als unser Referent danach gefragt wurde, ob das Flüchtlingsproblem nicht ein politisches Problem sei, welches auch eine politische Lösung verlange, antwortete Herr Hassan, dass Flüchtlinge ihr Land nicht verlassen würden, um eine bessere Arbeit zu finden, sondern, aufgrund von Sicherheitsmängeln. Dies bedeute, dass das Flüchtlingsthema eine Frage von Sicherheit und Frieden sei. Der Glaube, dass die Welt von Flüchtlingen überflutet werde, sei schlichtweg falsch. Die Zahl der Flüchtlinge nehme insgesamt eher ab. Im Übrigen seien arme Länder wie Pakistan imstande und bereit, proportional viele Flüchtlinge aufzunehmen, während Europa sich bereits über wenige Asylsuchende beschwere. Abschließend wies Herr Hassan auch darauf hin, dass man Flüchtlinge klar von Migranten trennen müsse.

Auf die Frage, warum das Büro des Flüchtlingskommissariats im Jahre 2003 in Guatemala geschlossen worden sei, antwortete er, die meisten Probleme in Guatemala seien gelöst worden. Aufgrund von begrenzten Ressourcen konzentriere man sich auf die bedürftigsten Regionen.

Andreas Stolpe

4.1.6. Briefing zu den Peacekeeping Operationen der Vereinten Nationen

Bei dem zweiten Vortrag dieses Tages hatten wir das Vergnügen von **Herrn Markus Pallek** aus dem UN-Büro *Legal Affairs*, Unterabteilung *Legal Council*, ein Briefing zum Thema der rechtlichen Aspekte von *Peacekeeping* Operationen zu erhalten – eine der Hauptaufgaben seines Büros.



Herr Pallek begann seinen Vortrag, indem er uns einen kurzen Überblick über *Peacekeeping* Operationen gab – eine Form der Konfliktprävention, welche nicht in der UN Charta festgelegt ist. Er erklärte uns, dass *Peacekeeping* Operationen durch den UN-Sicherheitsrat eingesetzt würden. Die Generalversammlung entscheide nach einem komplizierten Schlüssel über die Finanzierung. Das militärische Personal der *Peacekeeping* Operationen werde von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen freiwillig zur Verfügung gestellt. Geleitet würden die Operationen von einem Missionschef - *Head of Mission* – der zumeist ein Sonderrepräsentant des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sei.

Im Anschluss stellte Herr Pallek uns vier Kategorien von *Peacekeeping* Operationen vor, die durch den Reformbericht des algerischen Diplomaten Lakhdar Brahimi aus dem Jahr 2000 entwickelt worden seien: (1) das traditionelle *Peacekeeping* nach Kapitel VI der Charta der Vereinten Nationen, bei dem der Einsatz von Waffengewalt lediglich zur Selbstverteidigung möglich sei, (2) *Peacekeeping* mit der generellen Möglichkeit zum Waffeneinsatz, (3) *Robuste Friedenssicherungsmandate* auf der Basis von Kapitel VII der Charta und (4) *Peacebuilding* Missionen, deren Mandat über die reine Friedenssicherung oder Friedenssicherung hinausgehe. Er erklärte uns den rechtlichen Rahmen für diese Operationen und wies uns darauf hin, dass der Rahmen weitgehend von der Praxis bestimmt werde.

Der rechtliche Rahmen und das politische Mandat für die Operationen würden durch den Sicherheitsrat festgelegt. Eine wichtige Quelle für Inhalt und Umfang des Mandates seien daneben die so genannten *Status of Forces* (SOFA) und *Status of Mission Agreements* (SOMA). Dabei handle es sich um Abkommen, die abgeschlossen würden zwischen den Vereinten Nationen und dem Staat, in dem die *Peacekeeping* Operation stattfindet, bzw. seinen Nachbarländern. Durch sie würden für den Einzelfall Themen wie diplomatische Immunitäten, Besteuerungs- und Zollbestimmungen, der Status der Missionsgebäude etc. geregelt werden. Ein weiteres wichtiges Element des rechtlichen Rahmens einer jeden *Peacekeeping* Operation stellten im Übrigen die so genannten *Rules of Engagement* dar. Ihre Aufgabe sei es festzulegen, in welchen Fällen es zu Zwangs- und Waffenanwendung kommen dürfe. Schließlich seien seit Inkrafttreten der Konvention über die Sicherheit von UN-Personal und betreffenden Personen im Jahre 1999 auch deren Prinzipien beim Abschluss von SOMAs und SOFAs zu berücksichtigen. Der Öffentlichkeit wenig bekannt sei, dass es aktuell Bestrebungen gebe, Defizite dieser Konvention - vor allem im operativen Bereich - durch eine gemeinsame Erklärung von Sicherheitsrat und Generalversammlung zu beheben.

Zur Ende seines Vortrages betonte Herr Pallek, dass die *Peacekeeping* Operationen seit den 90er Jahren zumeist auf Basis von Kapitel VII mandatiert seien und damit die Anwendung von Gewalt zuließen. Daraus ergebe sich die Frage, ob das humanitäre Völkerrecht anwendbar sei. Für die zivilen Mitarbeiter einer *Peacekeeping* Operation sei diese Frage durch die Verabschiedung einer internen Regelung beantwortet worden - dem *Secretary-General's Bulletin*. Für das militärische Personal, welches direkt durch die Mitgliedsstaaten zur Verfügung gestellt werde, gelte diese Regelung indes nicht. Hier könne unmittelbar auf Bestimmungen des humanitären Völkerrechts zurückgegriffen werden.

Nach diesem sehr interessanten Abriss über die rechtlichen Grundlagen von *Peacekeeping* Operationen stand uns Herr Pallek noch für eine anregende Frage- und Diskussionsrunde zur Verfügung. Darin wurden Themen diskutiert wie der Völkermord im Sudan und Probleme der Ausweitung eines Mandats nach dessen Verabschiedung, sog. *Mission Creep*. Speziell für Guatemala relevant war der Hinweis des Referenten auf die im *High-Level Panel* Bericht für Nachkriegssituationen vorgeschlagene *Peacebuilding Commission*. Nach anderthalb Stunden wurde Herr Pallek schließlich von uns verabschiedet. Nicht zuletzt um im Anschluss von den Juristen unserer Delegation noch weiter befragt zu werden.

Timo Mahn



4.1.7. Briefing zum internationalen Terrorismus

Frau Katarina Grenfell vom *Office of the Legal Council* hielt einen sehr informativen Vortrag über internationalen Terrorismus. Dabei machte sie uns zunächst darauf aufmerksam, wie wichtig es sei Terrorismus zu definieren. Nur so könne eine Einigung darüber erzielt werden, gegen was zu kämpfen sei. Bisher sei im internationalen Rahmen allerdings weder eine Einigung über die Definition von Terrorismus noch darüber, wie dieses Phänomen bekämpft werden soll, erreicht worden.

Daraus entwickelte die Referentin die Frage, wie mit dem Phänomen Terrorismus umgegangen werden sollte. Muss die internationale Gemeinschaft zunächst versuchen Terrorismus zu verstehen oder kann sie einfach Maßnahmen ergreifen, um diesen zu bekämpfen? Wie ist das Phänomen Terrorismus zu definieren? Die Referentin betonte, dass es wichtig sei, die Ursache für den Terrorismus zu erkennen, um ihn effektiv bekämpfen zu können.

Ausführlich beschäftigte Frau Grenfell sich in ihrem Vortrag auch mit der Frage, welche Elemente die Terrorismusdefinition beinhalten sollte. Eine der neuesten Definitionen, die aus dem *High-Level Panel Report* stamme, zähle Befreiungsbewegungen nicht zu terroristischen Gruppierungen. Hierüber bestehe zwischen den Staaten bisher kein Konsens. Auch das Problem des staatlichen Terrorismus sei weiterhin kontrovers. Fraglich sei insoweit, ob er dem nicht-staatlichen Terrorismus gleiche. Als weiteres Hindernis für die Einigung über eine gemeinsame Definition zeigte die Referentin die Debatte darüber auf, ob eine Widerstandsaktion während einer Besetzung legal sei.

Als besonders bemerkenswert betonte Frau Grenfell, dass in den letzten Jahren bei der Terrorismusbekämpfung immer mehr Wert auf die Achtung von Menschenrechten gelegt worden sei. In diesem Zusammenhang zitierte sie die Rede des Generalsekretärs Kofi Annan auf der *High Level Conference on Terrorism* in Madrid im März 2005, in der er alle Mitgliedstaaten aufforderte Menschenrechte zu achten. Das Spannungsverhältnis zwischen Menschenrechten und Terrorismusbekämpfung werde unter anderem bei der Inhaftierung von Personen in Guantanamo deutlich, die unter dem Verdacht stünden terroristische Handlungen begangen zu haben.



Frau Greenfell betonte, dass die Vereinten Nationen bereits eine Vielfalt an Rechtsinstrumenten erarbeitet hätten, um es der internationalen Gemeinschaft möglich zu machen, sich gegen den internationalen Terrorismus zu schützen und die Hauptverantwortlichen vor Gericht zu bringen. Die Vereinten Nationen hätten bisher insgesamt zwölf antiterroristische Konventionen verabschiedet. Diese seien allerdings nur bei internationalen Konflikten anwendbar. Interne militärische Aktionen könnten insoweit nicht erfasst werden.

Frau Greenfell gab uns einen kurzen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Terrorismusbekämpfung innerhalb der Vereinten Nationen. Den Schwerpunkt ihres Vortrages legte die Referentin im Folgenden auf die Entwicklungen nach dem 11. September 2001. Sie fasste für uns die zahlreichen rechtlichen Änderungen zusammen und betonte gleichzeitig jene Elemente, die sich nicht verändert haben.

Zwei Wochen nach dem 11. September 2001 habe der Sicherheitsrat die Resolution 1373 verabschiedet. Diese Resolution habe die Staaten aufgerufen die Finanzierung terroristischer Handlungen zu bekämpfen, Institutionen oder Personen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind weder aktiv noch passiv zu unterstützen und diejenigen, die terroristische Handlungen finanzieren, planen, unterstützen oder begehen einen sicheren Zufluchtsort zu verweigern. Durch die Resolution sei ein *Counter Terrorism Committee (CTC)* eingerichtet worden, um die Umsetzung dieser Maßnahmen zu überwachen. Die Mitgliedstaaten seien aufgefordert worden regelmäßig Berichte einzureichen, welche ihre Fort-

schritte in der Implementierung aufzeigen. Frau Grenfell unterstrich, dass Resolution 1373 durch ihre Bezugnahme auf Kapitel VII für alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unmittelbare Bindungswirkung habe.

Auch im Bereich des nuklearen Terrorismus seien Fortschritte erzielt worden. Das *Legal Committee* der Generalversammlung arbeitete momentan an zwei Konventionen: der Konvention für die Beseitigung des nuklearen Terrorismus und der Konvention für die vollständige Beseitigung von Terrorismus.

Frau Grenfell vertrat die Ansicht, dass die Vereinten Nationen sich im Kontext der permanenten Bedrohung des internationalen Terrorismus mehr auf die Prävention konzentrieren sollten. Insbesondere müsse man sich um die Ursachen des Terrorismus kümmern statt lediglich seine Folgen zu bekämpfen. Sie hat ihren Vortrag mit der folgenden Frage beendet: Könnte eine bessere Verteilung von Ressourcen der Schlüssel zur Beseitigung der Terrorisumusgefahr sein?

Catherine Dubreuil

4.1.8. Briefing zum Irak

Das letzte Briefing am zweiten Tag der *Study Tour*, war dem Thema Irak gewidmet. Es wird uns dank des hervorragenden Redners **Herrn Hamid Abdeljaber** vom *United Nations Office of Communications and Public Information* lange in Erinnerung bleiben.

Herr Abdeljaber begann seinen Vortrag mit einer Referenz zu dem Anschlag auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Bagdad, der am 19. August 2003 stattfand. Herr Abdeljaber brachte große Farbbilder seiner Kollegen mit, die Opfer dieses Anschlags geworden sind: Frau Reham Al-Farra, Frau Nadia Younes und Herrn Sergio Vieira de Mello. Er würdigte seine Kollegen und betonte, dass das Personal der Vereinten Nationen aus außergewöhnlichen Menschen bestehe. Sie seien bereit, den höchsten Preis zu zahlen, wenn es um die Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen ginge – ihr Leben.

Nach dieser beeindruckenden Einführung begann Herr Abdeljaber, mit Hilfe einer großen Karte des Iraks, über die Geschichte des Landes zu sprechen. Er brachte die Bedeutung des Irak für die Entwicklung der Zivilisation zum Ausdruck indem er berichtete, dass der Kalender, die Mathematik und die Schriftzeichen dort ihren Ursprung haben. Herr Abdeljaber erinnerte uns, dass Bagdad bereits im Jahre 750 eine der wichtigsten Städte der Erde gewesen sei. Auf der anderen Seite, sei die Geschichte des Irak stets geprägt gewesen von Gewalt und brutalen Diktatoren. Aus diesem Grund sei das Ansehen der irakischen Regierung schon immer sehr gering gewesen. Als Beispiel hierfür führte der Referent den zweiten Golfkrieg an, bei dem beinahe alle Regierungsinstitutionen, bis auf das Ministerium für Öl und die *Iraqi Oil Company* zerstört



worden seien. Selbst Museen und Bibliotheken seien von amerikanischen Soldaten nicht geschützt worden.

Anschließend ging Herr Abdeljaber auf die durch den Sicherheitsrat 1990 verhängten Sanktionen ein. Diese seien 13 Jahre bestehen geblieben, hätten jedoch keine Auswirkungen auf die Regierung gehabt. Auch das 1991 vom Sicherheitsrat verhängte Abrüstungsregime sei nicht erfolgreich verlaufen. Vielmehr sei das Waffenherstellungs- und Entwicklungspotential des Irak weiter angewachsen. An dieser Stelle betonte der Referent die große Anzahl von Stipendien, die jungen Naturwissenschaftlern zur Verfügung gestellt wurden.

Die Zivilbevölkerung sei durch die Resolutionen des Sicherheitsrates dagegen verheerend betroffen worden. Bis 1995 seien hunderttausende Kinder an Unterernährung gestorben, obwohl der Irak die zweitgrößten Ölreserven der Welt besitze. Aufgrund dieser Situation sei die Idee der *Oil for Food* Resolution entwickelt worden, die ein Jahr später umgesetzt worden sei. Diese habe einen sog. Essenskorb vorgesehen, der einmal monatlich an die Zivilisten ausgeteilt wurde. Diese Maßnahme habe allerdings nicht den erwünschten Erfolg gebracht. Das Scheitern, die humanitäre Situation im Irak wesentlich zu verbessern, sei von der irakischen Regierung als Propaganda gegen die Vereinten Nationen genutzt worden.

Herr Abdeljaber berichtete uns weiter, dass die Vereinten Nationen die Frage der Abrüstung des Iraks im Jahre 2002 wieder aufnahmen. Durch die Resolution 1411 habe der Sicherheitsrat die Inspektoren der Vereinten Nationen im Irak mit dem Mandat ausgestattet, Kontrollen durchzuführen. Am 5. Februar 2003 habe der UN-Inspektor Hans Blix an den Sicherheitsrat appelliert: „*Give me more time*“. Diesem Wunsch sei nicht nachgekommen worden. Der zweite Golfkrieg begann – ohne Mandat des Sicherheitsrates.

Der Referent betonte, die Mehrheit der Iraker sei tatsächlich mit der Entmachtung Saddams Husseins zufrieden gewesen. Diese Entmachtung habe allerdings den einfachsten Teil der Operation dargestellt. Viele andere Probleme, die sich im Anschluss ergeben hätten, seien dagegen nicht immer im Sinne der Bevölkerung gelöst worden. So hätten beispielsweise durch die Auflösung der irakischen Armee zwei Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage verloren. Herr Abdeljaber ging damit über zur Beschreibung der gegenwärtigen Situation im Irak. Er machte deutlich, dass die einheimische Bevölkerung die Form ihrer neuen Demokratie selbst bestimmen können müsse. Dabei seien alle Bevölkerungsgruppen zu beteiligen – sowohl bei dem Entstehungsprozess der neuen Verfassung, als auch bei dem Referendum. Außerdem betonte er, wie wichtig es sei das politische System des Irak so auszugestalten, dass das Land als gleichwertiges Mitglied der Völkergemeinschaft akzeptiert werde. Die Stabilität Iraks sei von Vorteil sowohl für die Region als auch für die ganze Welt.

Bei der Beantwortung der Frage, um die zukünftigen amerikanisch-irakischen Beziehungen, äußerte Herr Abdeljaber die Hoffnung, dass sich diese in Zukunft schrittweise entspannen würden. Er äußerte außerdem die Vermutung, dass eine US Militärpräsenz im Irak bestehen bleiben werden.

Das Briefing von Herrn Abdeljaber wurde von allen Teilnehmern sehr positiv aufgenommen. Sein engagiertes Plädoyer für den Irak hat einen bleibenden Eindruck bei uns hinterlassen.

Edgar Krassowski

4.1.9. Briefing zum Thema indigene Völker

Der dritte Tag unserer *Study Tour* begann mit einem Vortrag von **Frau Hui Lu**, die uns das Forum für Indigene Völker vorstellte, um dann einen Blick zurück auf eine lange "Erfolgs-geschichte" zwischen den Vereinten Nationen und indigenen Völkern zu werfen. Besonders betonte sie dabei, dass die indigenen Völker bereits 1924, zur Zeit des Völkerbundes, eine stärkere politische Partizipation gefordert hätten.



Die Referentin machte deutlich, dass es keine klare Definition des Begriffes indigene Völkern gebe, Es existiere allerdings ein *common understanding*, welches sich hauptsächlich aus zwei Quellen herleite. Zum einen entstamme es der häufig zitierten Studie des *UN-Special Rapporteurs* J. Martínez Cobo von 1984, der indigene Völker wie folgt definiert:

„solche, welche [...] sich gegenüber anderen dominierenden Sektoren der Gesellschaft als verschieden betrachten. Sie bilden derzeit einen nicht-dominanten Sektor der Gesellschaft und sind dazu entschlossen, ihr Stammland und ihre ethnische Identität als Grundlage ihrer Existenz als Völker in Übereinstimmung mit ihren eigenen kulturellen Traditionen, sozialen Institutionen und rechtlichen Ordnungen zu erhalten, zu entwickeln und auf zukunftsfähige Generationen zu übertragen.“

Die zweite Quelle, die den Vereinten Nationen als „Arbeitsdefinition“ diene, sei die bisher nicht in Kraft getretene Konvention über die Rechte von indigenen Völkern der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 169), welche betone, dass die sozialen, kulturellen und ökonomischen Lebensumstände die indigenen Völker von anderen dominanten Sektionen der Gesellschaft unterscheide. Damit sei insbesondere ihr Recht auf Selbstbestimmung unabdingbar.

Frau Lu führte aus, dass das Forum für Indigene Völker vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen im Jahr 2000 gegründet worden sei, um ein Bewusstsein für indigene Themen zu schaffen und dem System der Vereinten Nationen Expertenwissen zur Verfügung zu stellen - insbesondere über wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Kultur, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Menschenrechte der indigenen Völker. Seit 2002 tage das Forum jährlich zwei Wochen im Mai. Die erste Sitzung sei dem Thema „Indigene Kinder“ gewidmet gewesen, die zweite habe sich auf „Indigene Frauen“ konzentrierte und die dritte im Jahr 2005 beschäftige sich mit den „Millenniumzielen“. Das Komitee bestehe aus 16 Mitgliedern, die für eine Wahlperiode von drei Jahren gewählt würden - acht davon seien von Regierungen und acht von indigenen Völkern nominiert. Frau Lu betonte, dass es

keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern gebe. Bei allen handele es sich um Experten, die jede Entscheidung im Konsensverfahren abstimmen würden.

Die Referentin hob besonders die Struktur des Forums hervor, da diese es indigenen Völkern ermögliche, ihre Sichtweisen als gleichberechtigte Mitglieder eines Organs der Vereinten Nationen zu vertreten. Dies sei bahnbrechend und berge in sich das Potenzial, neue internationale Standards zu setzen. Dennoch blieben indigene Völker weltweit unter den am meisten benachteiligten und verletzbarsten Bevölkerungsgruppen. Frau Lu wies darauf hin, dass indigene Völker mehr als fünf Prozent der Weltbevölkerung ausmachen würden, aber fünfzehn Prozent der Weltärmsten. Sie fuhr damit fort, weitere Tatsachen aufzulisten, welche die Diskriminierung von indigenen Völkern beschreiben: sie seien meist von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, ihre Kulturen würden unterdrückt und ihre Identität nicht anerkannt. Da es kaum angemessene Erziehungssysteme gebe, fielen indigene Schüler aus dem Schulsystem heraus. Bergbau-, Industrie- und Infrastrukturprojekte hätten häufig die Konsequenz, dass indigene Völker von ihren Ländern vertrieben würden. Ihr kulturelles Wissen sei nicht selten in der Gefahr, für kommerzielle Interessen ausgebeutet zu werden. Frau Lu stellte in diesem Zusammenhang die Frage in den Raum, wie staatliche und nicht-staatliche Akteure das Recht der indigenen Völker auf Selbstbestimmung anerkennen und diese in Entscheidungsprozesse über ihre Belange einbeziehen sollten, wenn eben jene Integrationsprozesse eine Neuverteilung von politischer und ökonomischer Macht mit sich bringen würden.

Frau Lu erläuterte, dass es – alle Kontinente zusammen genommen - eine geschätzte Zahl von 300 bis 500 Millionen Angehöriger indigener Völker in mehr als 70 Ländern der Welt gebe, die über 5.000 Sprachen sprächen bzw. Kulturen lebten. Sie lebten eng verwurzelt mit der Natur und empfänden sich häufig als Bewahrer von Mutter Erde, der Geberin allen Lebens. Daher könnten indigene Gemeinschaften als sehr wertvoll für nachhaltige Entwicklung betrachtet werden und einen bedeutenden Beitrag zu *Nation-Building* Prozessen vor allem in ehemals kolonisierten Regionen leisten.

Gerade im Hinblick auf die 40-jährige Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und indigenen Völkern sprach Frau Lu von einer „Erfolgsgeschichte“. Sie hob hervor, dass bereits entscheidende Fortschritte auf dem langen Weg der Selbstbestimmung gemacht worden seien. Trotzdem bleibe noch viel zu tun. So verhandele beispielsweise die Arbeitsgruppe des Deklarationsentwurfes über die Rechte indigener Völker bereits seit über zehn Jahren, habe sich bisher allerdings lediglich über zwei von insgesamt 45 Artikeln einigen können. Nichtsdestoweniger drückte Frau Lu ihre Hoffnung aus, dass das Forum für Indigene Völker sowie zivilgesellschaftliche Netzwerke, Nichtregierungsorganisationen und Organe der Vereinten Nationen einen erfolgreicherer Weg fänden, die Regierungen zu überzeugen und indigene Standpunkte zu vermitteln.

Carmen Dege

4.1.10. Briefing zu der Reform der Vereinten Nationen

In dem zweiten *Briefing* dieses Tages hatten wir durch den Vortrag von **Herrn Graf Sebastian von Einsiedel** die Chance einen detaillierten Bericht über die heiß diskutierten Reformvorschläge des *High-Level Panel on Threats, Challenges, and Change* zu hören. Herr von Einsiedel, welcher als *Research Officer* die Arbeit des *High-Level Panel* unterstützt hatte, konnte aus erster Hand ausführlich über den Verlauf der Verhandlungen berichten.

Der Zufall wollte es, dass zeitgleich, einige Zimmer weiter, der Generalsekretär Kofi Annan der Vollversammlung seinen Bericht *In Larger Freedom* vorstellte, in dem er zu Abschlussbericht des *High-Level Panel* Stellung nahm.

Herr von Einsiedel berichtete, dass das *High-Level Panel*, bestehend aus 16 internationalen hochrangigen Mitgliedern, im Herbst 2003 von Generalsekretär Kofi Annan ins Leben gerufen worden sei - unter anderem auf Grund der Nachwirkungen des Irak Krieges und der wachsenden internen Spaltung der Vereinten Nationen. Das *High-Level Panel* habe drei Hauptaufgaben bewältigen sollen: (1) alle heutigen Sicherheitsbedrohungen zu erfassen und zu beurteilen, (2) zu erörtern, wie diese Sicherheitsbedrohungen bisher gelöst worden seien und (3) gegebenenfalls neue wirkungsvollere Gegenmaßnahmen vorzuschlagen.



Während der Beratungen innerhalb des *High-Level Panels* sei sofort eine dramatische Divergenz zwischen der nördlichen und südlichen Halbkugel hinsichtlich der unterschiedlichen Bedrohungsperzeptionen deutlich geworden. Während die Entwicklungsländer die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und Umweltgefahren in den Vordergrund gestellt hätten, seien die Industriestaaten der Meinung gewesen, hierbei würde es sich um Entwicklungsprobleme handeln. Sie hätten daher stattdessen die Gefahren, die vom Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ausgingen betont. Dieser Zwist habe jedoch schließlich in dem Abschlussbericht durch den Vermerk überbrückt werden können, dass alle Gefahren eng miteinander verbunden seien. Gleichzeitig habe man sich darauf geeinigt, all jene Ereignisse unter den Begriff „Gefahr für Sicherheit und Frieden“ fallen zu lassen, die eine große Anzahl von Menschenleben gefährden. Hierdurch sei auch Armut und Krankheit von dem Begriff erfasst worden.

Herr von Einsiedel betonte, dass man sich im Abschlussbericht des *High-Level Panel* insgesamt auf 101 Reformvorschläge geeinigt habe. Dabei seien stets vier Prinzipien eingehalten worden: (1) Die Vereinten Nationen sind nur ein Teil einer größeren Gruppe von internationalen Organisationen und stellen dementsprechend nicht immer das geeignete Forum zur Lösung von Problemen dar. (2) Veränderungen in der Verfahrensweise sind wichtiger als institutionelle Reformen. (3) Mutige, aber immer noch realistische Reformvorschläge, d.h. keine Forderung auf Abschaffung des Vetorechts innerhalb des Sicherheitsrates. (4) Stärkung des Systems zur vorbeugenden Konfliktlösung.

Bezüglich des Abschlussberichts hob Herr von Einsiedel einige besondere Reformvorschläge hervor, u.a. jene bezüglich der Friedenssicherung, des Terrorismus und der Massenvernichtungswaffen. Abschließend ging Herr von Einsiedel noch ausführlich auf weiterführende Fragen bzgl. der Vorschläge einer Sicherheitsratsreform ein. Eine solche Reform werde bereits seit dem Beginn der 90er Jahre international debattiert. Dementsprechend sei im Jahre 1993 eine Unterkommission - die sogenannte *never-ending working group* - eingerichtet worden. Aus dieser sei nach jahrelanger Debatte der sog. Rasali-Vorschlag hervor gegangen, welchen man jedoch nie weiter verfolgt habe.

Bezüglich der Vorschläge des *High-Level Panels* zur Reform des Sicherheitsrates betonte Herr von Einsiedel, dass diese einen neuen Ansatz bilden. Sie sähen jeweils 24 Mitgliedsstaaten vor. Dem ersten Reformmodell nach solle der zukünftige Sicherheitsrat aus zusätzlich sechs neuen permanenten Mitgliedern bestehen (zwei aus Lateinamerika, zwei aus Afrika, einer aus Asien und einer aus der EU). Das zweite Reformmodell sehe die Schaffung einer neuen Kategorie von Mitgliedern vor - die sogenannten Semipermanenten Mitglieder - welche alle vier Jahre neu gewählt werden müssten. Des Weiteren rege das *High-Level Panel* in seinen Reformvorschlägen eine Stärkung der Transparenz und der Verantwortlichkeit des Sicherheitsrates an. Das Panel betone, es solle innerhalb des Sicherheitsrates keine Verlegung der Prioritäten hin zu Fragen der Entwicklung stattfinden, um einer Beschneidung der Kompetenzen des ECOSOC vorzubeugen.

Der Bericht von Herrn von Einsiedel bestach durch fundierte Kenntnis der Materie und bot eine weitere einmalige Möglichkeit, Einsicht in die Arbeit des Sekretariats der Vereinten Nationen zu erhalten.

Patrick Uhrmeister



4.1.11. Briefing zum Thema wirtschaftliche Entwicklung

Am Nachmittag des dritten Tages unserer intensiven *Study Tour*, hießen uns **Herr Pingfan Hong** und sein Kollege **Herr Oumar Diallo** im Konferenzraum willkommen. Den Vortrag über globale wirtschaftliche Entwicklung hielt Herr Hong, *Senior Economic Affairs Officer* der *Development Policy Analysis Division* vom *Department of Economic and Social Affairs* (DESA).

Über die Mission von DESA erfuhren wir von dem Referenten, dass sie als zentrale Schnittstelle zwischen globaler und nationaler Politik auf wirtschaftlichen, sozialen und ökonomischen Gebieten dienen solle. Zu den Haupttätigkeiten von DESA gehöre das Sammeln und Auswerten von Daten und Informationen, die Unterstützung von Verhandlungen zwischen Mitgliedsstaaten auf verschiedenen zwischenstaatlichen Ebenen und Hilfe beim Ausbau nationaler Kapazitäten. DESA verfüge über Statistiken und Berichte von etwa 150 Ländern und stelle diese auch dem öffentlichen Publikum zur Verfügung. Ihre

hauptsächliche Verantwortung aber liege darin, Hintergrundmaterial für die Generalversammlung und andere Ausschüsse anzufertigen.



Herr Hong stellte uns zunächst das *Development Policy and Planning Office* (DPPO) vor, das *Policy Papers* sowie Berichte erstelle und sich im Besonderen der Hilfestellung für entwicklungspolitische Fragestellungen verpflichtet habe. Es unterstütze den Generalsekretär und die zwischenstaatlichen Akteure dabei, die Ziele des *Millennium Summit* - die sogenannten *Millennium Development Goals* - zu erreichen. Herr Hong stellte uns einige *Millennium Development Goals* dar und diskutierte ihre Umsetzung auf kritische Weise. Dass der *Millennium Summit* einer der größten und wichtigsten Gipfel der letzten Jahre gewesen ist, brauchte er nicht näher auszuführen, da wir das in unseren Vorbereitungen schon erfahren hatten. So kritisierte er, dass viele der Ziele aufgrund fehlender Ressourcen noch nicht verwirklicht werden konnten und sich die Kluft zwischen den Forderungen und dem bereits Umgesetzten vergrößert habe. Jedoch führte er an, dass die Vereinten Nationen eine Reihe wichtiger Standards ermöglicht hätten und vielen Entwicklungsländern mit Programmen wie dem *United Nations Development Program* (UNDP) und dem *United Nations Children's Fund* (UNICEF) eine essentielle Stütze gewesen seien.

Herrn Hong zufolge sind gegenwärtig folgende wirtschaftliche Themen von großer Bedeutung: die große Fluktuation des US-Dollars vis-à-vis anderer Währungen, das Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft und der Bereich der Energie und Rohstoffe. Über die wirtschaftlichen Aussichten von Afrika erfuhren wir, dass in den letzten Jahren viele Erfolge erzielt wurden. So sei es einigen afrikanischen Ländern gelungen, die regionale Inflation unter Kontrolle zu bekommen, eigene Lösungen im Bereich der Innenpolitik zu finden, das Maß an Transparenz und Verantwortlichkeit zu steigern, die Vielfalt in Produktion und Export zu vergrößern und den eigenen Anteil an der Weltwirtschaft zu erweitern. Der Referent betonte, dass die Perspektiven für das Jahr 2005 politische Risiken beinhalteten würden: die Erhöhung der Öl-Preise und den Bedarf an größeren ausländischen Hilfeleistungen, z.B. für den Kampf gegen AIDS.

Im nächsten Teil seiner Rede widmete sich Herr Hong dem Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft und machte folgende Feststellungen: (1) Länder in einer offenen und sich globa-

lisierenden Wirtschaft können mehr ausgeben als sie tatsächlich besitzen, (2) der US-Dollar ist für viele Länder nach wie vor die Leitwährung und (3) viele Entwicklungsländer verfügen nicht über ausreichendes Kapital für Investitionen, was die Kluft zwischen Arm und Reich wachsen lässt. Um ein Gleichgewicht zu schaffen, müssten die *Surplus*-Staaten ihre Wirtschaftspolitik überdenken – doch stattdessen mache sich Unmut über andere Länder breit. China, das seine Wirtschaft rasant entwickle, werde von manchen westlichen Staaten für die Arbeitsplatz-Verluste im eigenen Land verantwortlich gemacht. Herr Hong jedoch vertrat die Auffassung, dass die Modernisierung der Institutionen, die durch Reformen in China erlangt wurde, auch für andere Länder von Nutzen sei.

Abschließend ging es in dem Vortrag noch einmal um die Umsetzung der *Millennium Development Goals*. Der Referent ging dabei insbesondere auf das Ziel ein die Zahl der von extremer Armut betroffenen Menschen bis zum Jahr 2015 auf die Hälfte zu reduzieren. Er machte uns auf die Bedeutung aufmerksam, die die Realisierung dieses Zieles für die internationale Sicherheit und Stabilität hat. Obwohl viele reichere Mitgliedsstaaten Ressourcen zur Verfügung gestellt hätten, würde die Mehrheit der afrikanischen Länder drohen an dieser Aufgabe zu scheitern. Es fehle ihnen an den nötigen Mitteln. Die Hauptprobleme seien insoweit: (1) arme Regierungen und Korruption, (2) die Armutsfalle, d.h. keine Möglichkeit für Investitionen und (3) geographische Bedingungen.

Herr Hong betonte ein weiteres Mal den dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich der beim *Millennium Summit* gesetzten Ziele. Seiner abschließenden Empfehlung konnten wir uns alle anschließen: Die reichen Länder sollten den ärmeren Zugang zu ihren Märkten ermöglichen und sie in ihren Investitionsbemühungen unterstützen.

Çiğdem İpek

4.1.12. Briefing zum Thema Massenvernichtungswaffen

Zum Abschluss der so lehr- und aufschlussreichen *Study Tour* hörten wir einen von **Kerstin Bihlmaier** gehaltenen Vortrag über Massevernichtungswaffen. Im Jahr 2002 noch selbst Mitglied der NMUN-Delegation der Freien Universität, arbeitet Frau Bihlmaier nun in der Abteilung für Massenvernichtungswaffen im Büro für Abrüstungsangelegenheiten der Vereinten Nationen. Dort beschäftigt sie sich hauptsächlich mit ABC-Waffen (atomare, biologische und chemische Waffen) und der Bedrohung durch terroristische Akte von Einzelpersonen.

Zu Beginn ihres Vortrages stellte Frau Bihlmaier uns ihren Arbeitsbereich vor. Das Büro für Abrüstungsangelegenheiten sei in mehrere Sektionen gegliedert, die sich mit konventionellen Waffen, Massenvernichtungswaffen und orbitalen Waffen befassen. Anschließend führte die Referentin uns die eminente Bedeutung von Abrüstungsbestrebungen nachhaltig vor Augen. Sie rief uns in Erinnerung, dass jährlich \$ 21 Md. von den sich derzeit auf \$ 800 Md. belaufenden jährlichen globalen Rüstungsausgaben ausreichen würde, um eine effiziente AIDS-Bekämpfung und -Prävention zu institutionalisieren. \$ 50 Md. jährlich seien ausreichend, um global eine sich aus sauberen Energieträgern speisende Energieversorgung zu ermöglichen.

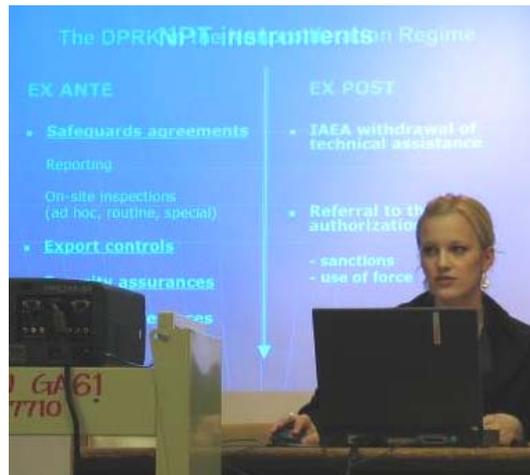
Im Folgenden wurden uns die wichtigsten internationalen Konventionen für ABC-Waffen vorgestellt: Die 1997 in Kraft getretene Konvention zu chemischen Waffen (CWC), die seit 1975 gültige Konvention zu biologischen Waffen (BWC) und der 1968 eingeführte und

1995 auf unbestimmte Zeit verlängerte Atomwaffen-Sperrvertrag (NPT). Die Referentin berichtete uns, dass von diesen Verträgen einzig der BWC über keine Verifikationsmechanismen verfüge, obwohl im Jahr 2001 erhebliche Anstrengungen unternommen worden seien, solche einzuführen. Sein Anwendungsbereich beschränke sich daher auf Vertrauensaufbau, Informations- und Datenaustausch und die Reduktion internationaler Ambiguitäten auf dem Gebiet der biologischen Waffen.

Aufgrund der aktuellen Brisanz konzentrierte sich der Vortrag im Weiteren auf den Atomwaffen-Sperrvertrag. Frau Bihlmaier erklärte uns, dass dieser Vertrag zwischen Nuklearstaaten und Staaten, die keine Nuklearwaffen besitzen, unterscheide. Nuklearstaaten - die P5 des Sicherheitsrates - hätten sich durch den Vertrag verpflichtet Nuklearwaffen nicht anzuwenden, ihren

Gebrauch nicht anzudrohen und nicht zur Unterstützung von Entwicklungsbestrebungen zum Aufbau von Atomwaffen außerhalb ihres Kreises beizutragen. Die nicht über Nuklearwaffen verfügenden Staaten hätten sich auf der anderen Seite festlegen, keine solchen entwickeln oder beschaffen zu wollen. Als weitere Klauseln des Atomwaffen-Sperrvertrages erwähnte die Referentin die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Kooperation bei der friedlichen Nutzung nuklearer Energie und die unumkehrbare nukleare Abrüstungsverpflichtung der P5. Dieser sei seit 1968 allerdings nur mangelhaft nachgekommen worden. Derzeit würden noch etwa 20.000 Nuklearwaffen existieren.

Anschließend ging Frau Bihlmaier auf die Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen des Atomwaffen-Sperrvertrages ein. Hierzu würden auf innerstaatlicher Ebene Sicherheitskontrollen, auf internationaler Ebene Exportkontrollen benutzt. Das wichtigste Überwachungs-gremium stelle hierbei die in Wien ansässige Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) dar. Zum einen zähle zu ihrem Aufgabenbereich traditionelle Maßnahmen wie Inspektionen, die Ausbildung nationaler Akteure und die Überwachung nationaler Angaben. Diese würden vor allem dadurch ihre Wirksamkeit entfalten, dass sie als Frühwarnmechanismen fungieren können. Zum anderen biete das 1997 ins Leben gerufene Zusatzprotokoll zum Atomwaffen-Sperrvertrag, welches bisher lediglich von 62 der 188 Unterzeichnerstaaten des Vertrages ratifiziert wurde, Maßnahmen zur Aufspürung undeklarer nuklearer Bestände. Es ziele somit darauf ab, die Vollständigkeit der Einhaltung des Vertragswerkes zu gewährleisten. Die Referentin betonte, dass die IAEA auch unter diesem verschärften Kontrollregime die Genehmigung des zu kontrollierenden Staates benötige, um nationale Anlagen zu betreten. Sollte diese Genehmigung nicht erteilt werden, müsse die internationale Staatengemeinschaft eingreifen und Sanktionsmechanismen anwenden. Als Durchsetzungsmechanismus stehe hierbei zur Verfügung, dass die IAEA ihre technische Unterstüt-



zung entziehe oder aber der Sicherheitsrat sich mit der Sache befasse und z.B. Sanktionen oder militärische Maßnahmen verfüge.

Im letzten Teil ihres Vortrages ging Frau Bihlmaier auf die historische Entwicklung der Mitgliedschaft Nordkoreas im Atomwaffen-Sperrvertrag ein. Nordkorea sei dem Vertrag zwar 1985 beigetreten und habe die Abkommen zu den Sicherheitskontrollen 1992 ratifiziert. 2003 habe es sich allerdings wieder aus dem Vertrag zurückgezogen, nachdem es zugab über ein Programm zur Anreicherung von Uran zu verfügen. Die Referentin wies uns darauf hin, dass aufgrund dieses noch nie vorgekommenen Austritts die 2005 stattfindende Konferenz des Atomwaffen-Sperrvertrages sich neben dem Iran vornehmlich mit Nordkorea beschäftigen wird.

Nach diesem sehr detaillierten *Briefing* stand Frau Bihlmaier für Fragen zur Verfügung. Ausführlich beantwortete sie unsere Fragen über die Möglichkeit Staaten wie Indien, Israel und Pakistan zur Ratifikation des Atomwaffen-Sperrvertrages zu verpflichten sowie über die Aussicht den Atomwaffen-Sperrvertrag durch eine umfassendere Konvention zu ersetzen.

Kevin Radev



Die Berliner Delegation gemeinsam mit der Delegation der Universität Würzburg
Chagall-Fenster, UN Hauptgebäude, NY

4.2. Zu Besuch bei der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York

Auch in diesem Jahr stand der Besuch im *German House* wieder als wichtiger Termin auf unserem Programm. Schon bei der Ankunft war erkennbar, dass viele deutsche Delegationen die Gelegenheit wahrnahmen wollten, „ihre“ Vertretung bei den Vereinten Nationen näher kennen zu lernen. Der Vortrag wurde von **Herrn Dirk Rotenberg** gehalten. Zur Einführung stellte er uns kurz die sich im *German House* befindlichen Einrichtungen vor, nämlich die ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen und das deutsche Generalkonsulat. Für die Ständige Vertretung, für die auch Herr Rotenberg tätig ist, arbeiten insgesamt fünfzehn Diplomaten.

In seinem Vortrag ging Herr Rotenberg insbesondere auf die Rolle des Sicherheitsrates und

der Generalversammlung der Vereinten Nation ein. Er betonte, dass die letzten zwei Jahre (2003/2004) für Deutschland besonders wichtig gewesen seien, da die Bundesrepublik in dieser Zeit im Sicherheitsrat gesessen habe. In Bezug auf die Arbeit bei den Vereinten Nationen betonte er, wie wichtig das Knüpfen von Kontakten zu anderen Staaten sei. Er ermahnte uns, auch die Bedeutung der Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen nicht zu unterschätzen. Insbesondere innerhalb der Europäischen Union seien die Absprachen zu einer einheitlichen Politik der Mitgliedstaaten unerlässlich. In Bezug auf die Generalversammlung gäbe es hier bereits Bestrebungen mit einheitlicher Stimme zu sprechen. Das böte nicht nur den Vorteil einer harmonischen Politik der Europäischen Union. Es verleihe ihrer Position auch stärkere Überzeugungskraft. Zum Abschluss seines Vortrages machte Herr Rotenberg uns noch auf die aktuellen Themen im Sicherheitsrat aufmerksam: Massenvernichtungswaffen, die sog. *Failed States* und die divergierenden Auffassungen in Bezug auf Menschenrechte. In Bezug auf den letzten Punkt machte der Referent uns auf die Kritik einiger Staaten aufmerksam, die bemängeln würden, dass bei der Einhaltung der Menschenrechte an Mitglieder des Sicherheitsrates ein anderer Maßstab angelegt werde als bei den übrigen Staaten, sog. *double standard*.

Dem Vortrag folgte eine spannende Diskussion. Auf die Frage nach den unterschiedlichen Interessen der Industriestaaten und der Entwicklungsländer antwortete Herr Rothenberg, dass bereits ihre Wahrnehmung von Bedrohungen unterschiedlich sei. Während Industriestaaten wie Deutschland und die USA sich in erster Linie um die Gefahren durch Massenvernichtungswaffen sorgen würden, stünde für Entwicklungsländer vor dem Hintergrund von Armut, Epidemien und Vertreibungen das Überleben im Vordergrund.

Aufgrund unterschiedlicher Fragen aus dem Plenum ging Herr Rotenberg im Anschluss auf die Reform des Sicherheitsrates ein. Insbesondere interessierte uns, welche Strategie Deutschland anwenden würde, um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erhalten. Herr Rotenberg betonte insoweit, dass Deutschland mit gleichgesinnten Staaten kooperieren müsse. Eine derartige Kooperation sei bereits mit Brasilien, Indien und Japan aufgebaut worden. Darüber hinaus sei es wichtig, das finanzielle Gewicht Deutschlands herauszustreichen und bereits abgegebene Versprechen zur Zahlung von Entwicklungshilfe einzuhalten.

Auf die Frage, ob es überhaupt sinnvoll sei, dass Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhalte antwortete der Referent, dass man sich intensiv damit auseinandersetzen müsse wie den Vereinten Nationen durch eine deutsche Mitgliedschaft gedient sei, da diese Frage immer wieder gestellt werde. Herr Rotenberg vertrat die Ansicht, ein ständiger Sitz Deutschlands könne zur besseren Entscheidungsfindung im Sicherheitsrat beitragen. Der Referent wies außerdem darauf hin, dass die in Deutschland zum Teil geäußerten Befürchtungen vor zusätzlichen Verpflichtungen teilweise begründet seien. So sei mit zusätzlichen Kosten zu rechnen, da ein ständiger Sitz mit politischen Erwartungen anderer Staaten verknüpft sei. Außerdem bestünde das Risiko Verpflichtungen eingehen zu müssen, die innenpolitisch kontrovers seien, z.B. im Hinblick auf Bundeswehreinätze.

Zum Abschluss gab Herr Rotenberg uns noch einen kurzen allgemeinen Einblick in den Alltag eines deutschen Diplomaten und die Einstellungspraxis des Auswärtigen Amts. Wir danken Herrn Rotenberg ganz herzlich für die Möglichkeit aktuelle deutsche Außenpolitik mit ihm zu diskutieren.

Sabine Domke

4.3. Zu Besuch bei der Ständigen Vertretung Guatemalas bei den Vereinten Nationen in New York



Am Mittwoch, den 23. März waren wir in die ständige Vertretung Guatemalas bei den Vereinten Nationen eingeladen, wo uns **Herr José Alberto Briz Gutiérrez**, Stellvertreter des UN Botschafters von Guatemala empfing. Nach herzlicher Begrüßung in dem Gebäude, welches sich die ständige Vertretung mit dem guatemaltekischen Konsulat in New York teilt, wurden wir in Herrn Briz Büro geführt, wo wir eines der interessantesten und hilfreichsten *briefings* der gesamten *Study Tour* erleben durften.

Die ständige Vertretung Guatemalas umfasst neun Mitarbeiter und ist damit eine der Vertretungen mittlerer Größe in New York. Herr Briz, fachlich zuständig für ökonomische und finanzielle Fragen und damit für den zweiten Ausschuss der Generalversammlung und den Wirtschafts- und Sozialrat, gab uns nach einer kurzen Vorstellung der Mission und seiner Person die einmalige Möglichkeit, zwei Stunden lang zahlreichen Fragen an ihn zu stellen und somit direkte Antworten eines guatemaltekischen Diplomaten zu bekommen. Da wir zu diesem Zeitpunkt die Themenreihenfolge für die Agenden unserer Komitees bereits kannten, konzentrierten sich unsere Fragen auf Guatemalas konkrete Positionen zu diesen Themenkomplexen. Die darauf folgenden Antworten von Herrn Briz waren mehr als hilfreich für die kommenden Tage.

Inwiefern würde sich Guatemala an internationalen Initiativen zur Schuldenproblematik beteiligen und wie sähen konkrete Positionen aus, da Guatemala schließlich nicht direkt von hoher Verschuldung betroffen sei, fragte Kevin Radev. Herr Briz erklärte daraufhin, dass Guatemala - wenn auch nicht direkt betroffen - sich besonders bei der Schuldenproblematik aktiv an Verhandlungen beteilige. Eigene Initiativen würde nicht eröffnet. Guatemala unterstütze hochverschuldete Staaten, nicht zuletzt weil viele Nachbarn betroffen seien und Solidarität als Politiklinie unter lateinamerikanischen Ländern für Guatemala besonders wichtig sei.

Auf die nächste Frage zur Reform der Vereinten Nationen mit besonderem Bezug auf institutionelle Reformen des Sicherheitsrats und des Wirtschafts- und Sozialrats, die von

Max Büge gestellt wurde, antwortete unser Gastgeber sehr ausgewogen. Generell unterstrich er die Wichtigkeit der Stärkung der Generalversammlung als einzig wirklich demokratisches Organ der Vereinten Nationen. Darüber hinaus erkannte er an, dass der Wirtschafts- und Sozialrat eine wesentliche Stärkung durch die Reform erleben müsse, um handlungsfähiger zu werden. Zum Thema Sicherheitsratsreform sei Guatemalas Position zurückhaltend. Zwar unterstütze man generell die Erweiterung sowohl der ständigen als auch der nicht-ständigen Sitze, jedoch habe Guatemala sich noch nicht für die Unterstützung eines lateinamerikanischen Kandidaten ausgesprochen.

Für die Weltgesundheitsorganisation fragte Sabine Wilke, ob Guatemala sich beim Thema HIV/Aids eher auf Prävention oder Behandlung konzentrieren würde. Darüber hinaus wollte sie erfahren, ob eine Entscheidung zwischen diesen Alternativen für ein Land wie Guatemala überhaupt sinnvoll sein könne. Herr Briz betonte, dass er sich in diesem Bereich nicht besonders auskenne. Er stellte fest, dass Guatemalas Hauptproblem insoweit die mangelnde Aufklärung innerhalb der Bevölkerung sei. Daraus folgte er, dass Prävention in Form von Aufklärung die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung wäre.

Von Timo Mahn und Andreas Stolpe zum Thema Korruptionsbekämpfung befragt, antwortete der Diplomat detaillierter. Dass Korruption in Guatemala ein sehr großes Problem darstelle, wurde nicht bestritten. Man dürfe jedoch die Schwierigkeiten der Korruptionsbekämpfung nicht unterschätzen. Die neue Regierung von Oscar Berger setze sich stark für Korruptionsbekämpfung ein und unterstütze sämtliche internationale Anti-Korruption Initiativen. Aus Korruption resultierende Probleme wie der Mangel an ausländischen Direktinvestitionen, schwache Wirtschaftsleistungen und spekulative Investitionen zögen wiederum verstärkt Korruption nach sich. Wichtig sei allerdings auch zu betonen, dass Guatemala wichtige Fortschritte im Bereich der gerichtlichen Verfolgung von Korruption unternommen habe. Dies sei ein wichtiger Schritt für Guatemala. Es setze ein Zeichen dafür, dass die Verfolgung von Korruption ernst genommen werde und das Justizsystem im Land an Stabilität gewinne.

Die Fragen von Tine Vestergaard und Carmen Dege richteten sich auf Guatemalas Politik bezüglich des hohen Anteils an indigener Bevölkerung. Auch bei diesem Thema betonte Herr Briz, dies sei nicht sein Fachgebiet, wenngleich das Thema indigene Angelegenheiten für Guatemala von sehr hoher Bedeutung sei. Besonders Themen wie Landrechte und zweisprachige Bildung würden momentan stark in Guatemala diskutiert. Man begrüße alle Initiativen, die in diesem Bereich auf internationaler Ebene existierten. Anknüpfend an das Thema indigene Bevölkerung fragte Mara Gobina Herrn Briz nach Guatemalas Position zu innerstaatlichen Vertriebenen. Die folgende Antwort war überraschend klar und scharf formuliert: „Guatemala hat kein Problem mit innerstaatlichen Vertriebenen, es gibt sie in Guatemala nicht!“.

Am Ende der zwei Stunden wären immer noch Fragen von unserer Seite offen gewesen, aber wir ließen unseren Gastgeber zurück an seine Arbeit. Ohne zu übertreiben, waren wir uns nach dem Besuch einig, dass dieses Treffen zu den wichtigsten und interessantesten der ganzen *Study Tour* gehörte.

Ann-Kristin Otto

5. Die Republik Guatemala – Ein Überblick

Wichtige Fakten:

Fläche: 108,890 km²

Nachbarstaaten: Belize, Honduras, El Salvador, Mexiko

Bevölkerung: 14.655.189 (Juli 2005)

Ethnische Gruppen: Mestizen 55%, Amerikanisch-indianisch 43%, weiße und andere 2%

Religionen: Katholisch, Protestantisch, indigene Maya Glaubensrichtung

Sprachen: Spanisch 60%, Amerikanisch-Indianische Sprachen 40% (23 unterschiedliche offiziell anerkannte Sprachen)

Regierungsform: konstitutionelle demokratische Republik

Präsident: Oscar Berger (seit 14. Januar 2004)

Hauptstadt: Guatemala Stadt

Unabhängigkeit: 15. September 1821 (von Spanien)



Arbeitslosenquote: 7.5% (2003)

Inflationsrate: 7.2% (2004)

BIP: \$59.47 Milliarden (2004)

Exportpartner: USA 55.5%, El Salvador 10.5%, Nicaragua 3.5% (2003)

Importpartner: USA 33.3%, Süd Korea 8.9%, Mexiko 8.7%, El Salvador 6.2%, China 4.5% (2003)

Währung: Quetzal (GTQ), US Dollar (USD)

Beitritt zu den Vereinten Nationen: Gründungsmitglied (1945)

Engagement der Vereinten Nationen in Guatemala: 1994 - 2004 Verifizierungsmission der Vereinten Nationen (MINUGUA)

Quelle: u.A. CIA Factbook

Geschichtlicher Überblick:

Im ersten Jahrtausend war die Maya Kultur in Guatemala die dominante Kultur und erlebte ihre Blütezeit. Nach fast drei Jahrhunderten als spanische Kolonie erreichte Guatemala 1821 seine Unabhängigkeit.



Während der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts erlebte Guatemala eine Vielzahl an militärischen und zivilen Regierungen und Diktaturen, sowie einen 36 Jahre andauernden Guerilla- und Bürgerkrieg. 1996 wurde von der guatemaltekischen Regierung ein Friedensabkommen unterzeichnet, welches den Konflikt formell beendete. Er hatte in seinen 36 Jahren mehr als 200.000 Menschenleben gekostet und ca. eine Millionen Flüchtlinge hervorgebracht.

Wirtschaftlicher Überblick:

Guatemala ist das größte und bevölkerungsstärkste Land Zentralamerikas mit einem BIP pro Kopf von ungefähr der Hälfte Brasiliens, Argentiniens und Chiles. Die Landwirtschaft, in der die Hälfte aller Erwerbstätigen beschäftigt ist, macht gut ein Viertel des BIP und zwei Drittel der Exporte Guatemalas aus. Kaffee, Zucker und Bananen gehören zu den Hauptprodukten. Das Unterzeichnen des Friedensabkommens von 1996, welches den 36 Jahre andauernden Bürgerkrieg formell beendete, beseitigte das größte Hindernis für Auslandsinvestitionen. Die verbreitete politische Gewalt und Instabilität und anhaltende Korruption dämpfen jedoch das Vertrauen der Anleger. Die Einkommensverteilung verbleibt stark ungleich mit 75% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.

Guatemala in den Vereinten Nationen:

Multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen spielen für Guatemala eine entscheidende Rolle. In ihrem Rahmen kann Guatemala zusammen mit anderen Entwicklungsländern die gemeinsamen Interessen und politischen Ziele koordinieren und bündeln. Dies gilt gerade gegenüber den entwickelten Industriestaaten, die teilweise konträre Positionen vertreten und eine andere wirtschaftliche Verhandlungsgrundlage haben. In diesem Sinne tritt Guatemala in den unterschiedlichen Unterorganisationen der Vereinten Nationen für die politischen Positionen der weniger entwickelten Staaten - *Less Developed Countries* - ein und setzt sich für eine regionale Kooperation mit den anderen zentral- und südamerikanischen Ländern ein. Die Armutsreduzierung, wirtschaftliche Entwicklung und Infrastrukturmaßnahmen, Schuldenerlass und die Verbesserung der Bevölkerungsversorgung (besonders hinsichtlich Gesundheit und Ausbildung) bilden die Kernpunkte der guatemaltekischen Außenpolitik innerhalb der Vereinten Nationen.

*Ann-Kristin Otto
Lucienne Damm*

NMUN – der Weg ist das Ziel

Spätestens zur Zeit des Abfluges nach New York kannten wir uns mit Hintergrund, Inhalt und Ablauf der *National Model United Nations* Konferenz so gut aus, dass wir selbst hätten Auswahlgespräche führen können. Aber wie so oft im Leben weiß man nicht, was einen tatsächlich erwartet, bis man es erlebt hat. Und was haben wir nicht alles erlebt! Adjektive wie „surreal“ und „unique“ hätten den einen oder anderem Moment treffend beschrieben.

Nach der Vorbereitungszeit in Berlin hatten wir eine abstrakte Vorstellung davon, wie wir das Gelernte umsetzen würden. Aber wer von uns hätte sich „*A Night at Bubba Gump's*“ vorstellen können? Oder das Gefühl sich nach einem langen Konferenztag trotz völliger Erschöpfung auf das mitternächtliche Delegationstreffen zu freuen, auf die Gesichter die einen erwarteten? Auch wenn die sonst so leuchtenden Diplomatenaugen etwas matter wirkten, inmitten dieser von Müdigkeit und Krankheit gezeichneten Delegation, hörte man selten Jammern, höchstens ganz leises Seufzen. Zu sehr standen wir unter dem Einfluss von unserem guatemaltekischen *Spirit: Vamos!* Doch gab es einen Moment in dem die Eintracht einer rivalisierenden und bitterbösen Konkurrenzsituation wich - als der übereifrige Versuch unternommen wurde Scharade zu spielen. Ein Vorfall der unwiederholt blieb. Und wenn Trost nötig war gab es ihn hier auch - im 6. Stock des Hilton, umgeben von knisternden *Draft Resolutions*, surrenden Laptops und dem obligatorischen Duft von Halal Kebab.

Die Zusammenarbeit in den *Committees* und das Kooperieren mit den anderen Delegationen stellten sich als interessante Aufgaben dar, auf die wir als Gruppe gut vorbereitet gewesen sind und die wir in unseren *Committee*-Berichten festgehalten haben. So haben wir mit vielen spannenden Menschen zusammengearbeitet und einiges dazu gelernt: Über NMUN, die anderen Teilnehmer und uns, der ehrenwerten Delegation der Republik Guatemala.

Çiğdem İpek



6.1 Guatemala in der Generalversammlung (Plenary)

vertreten durch Max Büge und Christian Wussow



Christian Wussow und Max Büge repräsentierten als Delegierte der Republik Guatemala das NMUN-Team der Freien Universität Berlin in der Generalversammlung. Mit weit über 300 Delegierten gehörte die Generalversammlung zu den großen Komitees der Simulation. Die unterschiedliche regionale Provenienz, Nationalität, Muttersprache, Religion und Verhandlungsmentalität sowie der unterschiedliche fachliche Hintergrund in den Verhandlungen versprachen Herausforderung, spannende Begegnung, aber auch Komplexität. Auf der Agenda stand nichts Geringeres als die Reform der Vereinten Nationen.

Die Verhandlungsstrategie der beiden Delegierten ruhte auf drei Säulen: (1) Einer gründlichen und fundierten inhaltlichen Vorbereitung, (2) einer auf Dialog, Austausch und Deliberation beruhenden Gesprächskultur und (3) einem Fokus auf verstärkter Zusammenarbeit mit anderen Repräsentanten lateinamerikanischer Länder.

Die Konferenz begann turbulent. Sobald die erste formelle Gesprächsrunde eingeläutet wurde, zeigte sich die Motivation der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Ebenso schnell manifestierte sich, dass die wenigsten Teilnehmer vorab Erfahrung mit einer UN-Simulation von derartiger Größenordnung hatten. Gegenseitiges Kennenlernen wollen, wahllose Darstellung der eigenen Positionen, Werben für eigene Ansichten und teilweise marktschreierische Plakatierung ließen an eine kosmopolitische Mischung aus Bazar und Hamburger Fischmarkt erinnern. Doch im Laufe der Konferenz strukturierten sich schnell Arbeitsprozesse, es bildeten sich Präferenzen und Positionen heraus. Die Arbeitsschwerpunkte unserer beiden „guatemalteckischen“ Delegierten lagen auf der Reform von Sicherheitsrat, Generalversammlung und Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC). Dabei galt es so realitätsnah wie möglich die Positionen der Republik von Guatemala zu vertreten. Diese

sind von multilateralistischen Anliegen, normativ-finalen Vorstellungen der Entwicklung internationaler Relationalität und dem Bestreben nach einer institutionellen Stärkung der Vereinten Nationen geprägt.



Schnell zeichnete sich eine enge Kooperation mit den Repräsentanten Brasiliens, Perus und Honduras' ab. In dieser Konstellation gelang es, die Zusammenarbeit der Vertreter der lateinamerikanischen Länder zu koordinieren. Gleichzeitig ermöglichte es den Spagat, mit Vertretern von industrialisierten Nationen ebenso effektiv zu verhandeln wie mit Vertretern wenig entwickelter Staaten. Die Tage der Konferenz waren von geduldigem, aber auch teilweise leidenschaftlichem Verhandeln geprägt. Das Feilschen um Bedeutungen, Sätze und Kommata in *working papers*, die die Grundlage für Resolutionen werden sollten, kennzeichnete den Konferenzablauf ebenso wie die bereichernden Kontakte mit den Kollegen und Kolleginnen. Es zeichnete sich ab, was noch am Anfang der Konferenz kaum zu erwarten war: In multidimensionaler Hinsicht zeigte sich die Produktivität dieser Form des Austausches. Zahlreiche Resolutionsanträge wurden zu Papier gebracht und dem *Chair* vorgelegt, der logistisch kaum mit der Verarbeitung nachkam. Finaler Spannungsmoment war schließlich die Abstimmung, die beinahe aus Zeitgründen gescheitert wäre. Aber letztendlich wurde sie auch zum ultimativen Höhepunkt in der simulierten Generalversammlung: Es wurden die drei von Guatemala (mit-)eingebrachten Resolutionen mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Was nach Abschluss der Konferenz bleibt ist der Glaube, dass sich die Völkergemeinschaft mit der Organisation der Vereinten Nationen nach wie vor viel vorgenommen hat, aber dass aus dieser Normativität die Faktizität einer besseren Welt erwachsen kann!

6.2 Guatemala im Sechsten Ausschuss der Generalversammlung

vertreten durch Edgar Krassowski und Patrick Uhrmeister

Der Sechste Ausschuss der Generalversammlung ist einer der sieben Hauptausschüsse, welche von der Generalversammlung ins Leben gerufen wurden. Die Mitglieder entsprechen denen der Generalversammlung, wobei zusätzlich internationale Rechtsexperten zu Konsultationen hinzugezogen werden können. Der Ausschuss hat bezüglich des Themenbereichs internationales Recht eine beratende Funktion. Der Schwerpunkt der Arbeit des Sechsten Ausschusses der Generalversammlung besteht in der Kodifikation und der Weiterentwicklung des Völkerrechts. Rechtsfragen bzw. Fragen bezüglich internationaler Verträge werden normalerweise vom Hauptausschuss der Generalversammlung an den Sechsten Ausschuss der Generalversammlung weitergeleitet und dort ausführlich behandelt. Alle Empfehlungen des Sechsten Ausschusses werden jedoch abschließend innerhalb der Generalversammlung nochmals debattiert und dort endgültig verabschiedet.

Während der diesjährigen *National Model United Nations* Konferenz standen die folgenden Themen auf der vorläufigen Agenda: (1) Rechtliche Aspekte von Krieg und Okkupati-

on, (2) Internationales Recht, Demokratie und die Neue Ökonomische Ordnung und (3) Internationale Bemühungen bezüglich des Klonens. Zu Beginn der Konferenz wurde über die Annahme der Agenda beraten. Als Repräsentanten Guatemalas entsprach die Themenreihenfolge der vorläufigen Agenda unserer zuvor festgesetzten Präferenz. Nach kurzen informellen Konsultationen mit den anderen Delegationen, kristallisierten sich relativ schnell drei unterschiedliche Vorschläge für die Agenda heraus. Die allgemeinen NMUN Regeln besagen, dass die vorläufige Agenda in Kraft tritt, falls während der ersten Sitzung keine Übereinstimmung bezüglich der Agenda getroffen wird. Dementsprechend war unsere Strategie, die Verhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen. Entgegen unserer ursprünglichen Prognose gab es jedoch eine schnelle Einigung auf die vorläufige Agenda, wodurch noch während der gleichen Sitzung das erste Thema angegangen werden konnte - die Rechtlichen Aspekte von Krieg und Okkupation. Im Verlauf der darauf folgenden Sitzungen stellte sich schnell heraus, dass aufgrund der Komplexität und der begrenzten Zeit nur dieses Thema behandelt werden würde.



Zu Beginn der inhaltlichen Debatte entstanden verschiedene regionale Arbeitsgruppen. Unsere Strategie hingegen war auf eine möglichst breite überregionale Kooperation ausgelegt. In Zusammenarbeit mit möglichst vielen anderen Staaten wollten wir einen gemeinsamen Resolutionsentwurf präsentieren. Unser Hauptanliegen war dabei, diesen gemeinsamen Resolutionsentwurf in Einklang mit Guatemalas Interessen zu bringen und somit eine möglichst große Übereinstimmung mit unserem Positionspapier zu erreichen. Gemäß unseren Erwartungen fanden sich viele kooperationswillige Länder mit ähnlichen Vorstellungen, wodurch sich schnell eine gemeinsame Arbeitsgruppe bildete. Im Unterschied zu den meisten anderen Arbeitsgruppen, welche von einigen Delegationen dominiert und unilateral geleitet wurden, legten wir in unserer Gruppe allergrößten Wert auf eine multilaterale Vorgehensweise, was von vielen teilnehmenden Staaten sehr geschätzt wurde. Zusammen mit einer Gruppe von motivierten und zuverlässigen Partnerstaaten wie z.B. Indien, Nauru und der Schweiz, einigten wir uns schließlich auf einen vorläufigen Resolutionsentwurf, welcher alle unsere Vorschläge beinhaltete. Nachdem dieser erste Schritt geschafft und eine gemeinsame Position ausgearbeitet war, machten wir uns daran, möglichst viele andere Resolutionsentwürfe in unsere Resolution zu integrieren um später eine größtmögliche Unterstützung zu garantieren.

Nach weiteren mühsamen Verhandlungen konnten wir schließlich - im Verbund mit rund 16 anderen Staaten - einen gemeinsamen Resolutionsentwurf präsentieren, welcher unsere ursprüngliche Position keineswegs unterminierte. Nachdem wir den so ausgearbeiteten Resolutionsentwurf gemäß den Verbesserungsvorschlägen des Vorsitzenden modifiziert

hatten und die Resolution in der endgültigen Form eingereicht wurde, begann die eigentliche Lobbyarbeit. Am letzten Tag der Konferenz wurde in einem mehrstündigen Abstimmungsverfahren über alle eingereichten Resolutionsentwürfe entschieden. Zu unserer Zufriedenheit wurde unser Resolutionsentwurf vom Sechsten Ausschuss mit einer breiten Mehrheit angenommen (64 gegenüber 42 Stimmen bei 34 Enthaltungen) und am darauffolgenden Tag mit einer noch größeren Mehrheit von der Generalversammlung (83 gegenüber 38 Stimmen bei 33 Enthaltungen) verabschiedet.



Parallel zur Konferenz wurde auch dieses Jahr wieder ein hochwertiges *Guest Speaker Program* angeboten, in dessen Verlauf jeder Ausschuss einen hochrangigen Dozenten begrüßen konnte. Im Sechsten Ausschuss der Generalversammlung besuchte uns **Frau Christina Palandini** vom Komitee des Internationalen Roten Kreuzes (ICRC). In ihrem Vortrag brachte sie uns die Geschichte und die Arbeit des ICRC auf informative und spannende Art und Weise näher.

Zusammenfassend können wir mit unserer Arbeit innerhalb des Ausschusses sehr zufrieden sein, da alle uns wichtigen Punkte von der Generalversammlung verabschiedet wurden. Etwas enttäuschend war jedoch die Tatsache, dass manche Delegationen das nötige diplomatische Verhalten vermissen ließen. Des Weiteren zeigte das inhaltliche Niveau einiger verabschiedeter Resolutionen noch Verbesserungsbedarf. Beides hätte für eine noch realistischere Simulation gesorgt.

Dennoch stellte die NMUN-Konferenz eine einmalige Möglichkeit dar, um in das System der Vereinten Nationen einzutauchen und dieses hautnah mitzuerleben. Das größte Highlight unserer gemeinsamen Konferenzteilnahme war jedoch mit Sicherheit die einmalige Möglichkeit, in der Generalversammlung der Vereinten Nationen jeweils eine kurze Rede zur Annahme der von uns unterstützten Resolutionen halten zu können.

Committee: General Assembly Sixth Committee

Subject: Legal aspects of war and occupation

The General Assembly 6th Committee:

Upholding the principle of state sovereignty,

Underlining the importance of complete adherence to the principles outlined in the *United*

Nations Charter,

Emphasizing the necessity to reinforce the United Nation System and to promote international peace and security,

Reaffirming the importance of the Security Council in conflict resolution, reforms should be considered in accordance with regional representation,

Acknowledging that the use of force shall be an absolute last resort in accordance with the principles laid out in the *United Nations Charter*,

Reaffirming the right of individual and collective self-defense granted by Article 51 of the *United Nations Charter*,

Recognising that military intervention can only be authorized by a mandate of the United Nations Security Council, acting under Chapter VII of the *United Nations Charter*,

Confirming the right to conduct humanitarian intervention in accordance with Article 39 of the *United Nations Charter* in situations recognized by the United Nations Security Council as a threat to international peace and security,

Stressing the importance of national assessments, providing for national participation, and addressing national needs of the occupied country while reaching decisions related to occupation,

Recalling the clear guidelines in the *Geneva Conventions* on the treatment of civilians, wounded combatants and prisoners of war,

Upholding the principles outlined in the *International Bill of Human Rights of 1966*, which includes the *International Covenant on Civil and Political Rights*, and the *International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights*,

Encouraging all Member States to reaffirm their commitment to the *Antipersonnel Land Mines Ban Treaty* so as to protect civilians not only during conflict but also in the aftermath of war,

Recognising the need for strengthening regional cooperation in order to provide lasting solutions to ongoing or emerging conflicts,

Emphasizing the need for the inclusion of socio-cultural specificities and particularities to influence the way the occupation is conducted and to ensure sustainability,

Understanding that sustainable peace can only be possible when the society concerned establishes its own governing institutions and laws,

Reaffirming the vital importance of the United Nations and multilateral decision-making,

Recalling the continuous success of ongoing United Nations peacekeeping missions such as the United Nations Mission in Support in East Timor and the United Nations Mission in Haiti,

1. Emphasizes the temporary nature of occupation;
2. Strongly underlines the need for the earliest possible transfer of authority to a national government so as to end the period of occupation, as soon as security, humanitarian stability and state sovereignty can be assured;
3. Emphasizes the responsibility of occupying forces towards the reestablishment of a stable government through multilateral assistance;
4. Stresses that mediation and negotiation throughout occupation should only be conducted under the supervision of the United Nations;
5. Recommends regional cooperation between Member States within the occupied region and the involvement of NGO and IGO so as to provide resources for the reconstruction process;

6. Underlines that in the event of insufficient regional cooperation, the United Nations shall assume the responsibility for providing the occupied territory with further assistance;
7. Declares that the phase of occupation begins with the transition of power from a national government to an external military administration;
8. Encourages all States to create Codes of Conduct during the period of occupation with the aim of reducing the risk of abuse by any occupying power and to provide for stability and the rule of law during occupation;
9. Takes note of the fact that the Codes of Conduct will supplement the *Geneva Convention* and all its additional protocols and the *Universal Declaration of Human Rights*;
10. Requests all Member States to provide for the inclusion in such Codes of Conduct the following provisions to prohibit the occupying powers from:
 - a. annexing the occupied territory,
 - b. creating internal political and administrative divisions of the occupied territory,
 - c. depriving the occupied people of natural resources,
 - d. transferring their population to the occupied territory;
11. Requests that the occupying forces provide for:
 - a) the implementation of multilateral programs for the training of a national police force,
 - b) the immediate creation of a functioning and transparent judiciary system,
 - c) establish an institutional infrastructure that will provide the people with a fair and balanced method to create a self determined form of national government and the creation of a central code of laws,
 - d) the development of the occupied population including economic and social progress as well as the rebuilding of basic infrastructure;
12. Appeals to the occupying power to allow transparency and access to humanitarian NGO's under the auspices of the United Nations to ensure the preservation of basic human rights as defended by the *Universal Declaration of Human Rights* and the *Geneva Conventions*;
13. Emphasizes the need for local representation to influence the decisions of the interim administration;
14. Directs the occupying forces to supply the occupied population with adequate food, water, energy resources, sanitation and health care;
15. Urges all Member States to respect the right of self-determination in the occupied territory and therefore maintaining the unique cultural identity and to adhere to the *Convention for the Protection of Cultural in the Event of Armed Conflict*;
16. Notes that occupying forces must adhere to international law and the *Universal Declaration of Human Rights* as well as the *4th Geneva Convention of 1949*;
17. Stresses the need for continuing support of United Nations peacekeeping missions by providing humanitarian aid and other forms of assistance during times of occupation;
18. Affirms that the Security Council maintains the decision of whether the occupying force must withdraw at the request of the sovereign government of that occupied or partially occupied territory.

6.3. Guatemala im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC)

vertreten durch Çiğdem İpek und Andreas Stolpe

Die Aussicht, die Republik Guatemala in einem der Hauptorgane der Vereinten Nationen, dem Wirtschafts- und Sozialrat, zu vertreten, versprach für uns sehr aufregend zu werden.

Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen, stellt der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) eines der sechs Hauptorgane der Vereinten Nationen dar. Gemeinsam mit der Generalversammlung ist er für Aufgaben auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiet zuständig, er kann Bericht anfertigen und Empfehlungen aussprechen. Ein Drittel seiner 54 Mitglieder werden jedes Jahr durch die Generalversammlung für eine dreijährige Amtszeit bestimmt. Viele untergeordnete Institutionen fallen unter die Koordination des ECOSOCs, wie wir später selber miterleben konnten.



Während unserer anstrengenden Vorbereitungsphase für die Konferenz hatten wir in Berlin eine Menge zu recherchieren und übten uns in den wöchentlichen Sitzungen in der Kunst des Debattierens, des Verfassens von Resolutionen und der ausführlichen Ausarbeitung unserer Position. Zwar wurden theoretisch viele verschiedene Szenarien, wie wir uns am besten während der Konferenz verhalten sollten durchgegangen, dennoch waren wir auf unserer ersten Sitzung ziemlich aufgeregt. Es war sehr erleichternd festzustellen, dass auch andere Delegationen offen und bereit waren, gemeinsam mit uns an einem Strang zu ziehen, um kollektive Ziele zu verfolgen. Nicht zuletzt der Ehrgeiz nach einer Belohnung für unsere Arbeit, erhöhte unsere Hingabe in unserem Komitee bis aufs Äußerste.

Der erste Tag der Konferenz bestand darin, die Agenda zu setzen. Die Themen, die dem ECOSOC in diesem Jahr bei NMUN vorlagen, waren folgende: (1) Nochmalige Überprüfung der Einführung der Konvention gegen Folter und andere Formen von grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen oder Bestrafungen, (2) die internationale Zusammenarbeit gegen transnationale organisierte Verbrechen und (3) die Förderung von *Good Governance*, Transparenz und Verantwortlichkeit. Es war uns von Anfang an wichtig, einen guten Start hinzulegen und uns in der Frage der Reihenfolge der Agenda zu engagieren. Ähnliche Interessengruppen, mit denen wir später unsere Arbeit fortsetzten, ließen sich leicht finden. Die Agenda wurde schließlich nach unserer Vorstellung, mit der Reihenfolge (2/3/1) verabschiedet und wir waren hoch motiviert, die eigentlichen Verhandlungen endlich beginnen zu lassen.

Zum ersten Thema der Agenda konnten wir uns gleich mit dem lateinamerikanischen Block zusammensetzen, da wir sehr ähnliche Interessen verfolgten. Ecuador und Panama wurden schließlich während der Konferenz unsere engsten Verbündeten. Unglücklicherweise erschienen ein paar lateinamerikanische Staaten nicht in unserem Komitee, was natürlich die Unterstützung für unsere Arbeit verringerte. Die letztlich doch erfolgreiche

Arbeit mit unseren Partnern brachte schließlich die Resolution ECOSOC/1/6 hervor, die zum größten Teile aus der Arbeit unserer Delegation bestand. Die Resolution wurde von vielen amerikanischen, europäischen, asiatischen und afrikanischen Staaten sowie verschiedenen Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Lediglich die Unterstützung der arabischen Staaten fehlte.

Als Delegierte von Guatemala setzten wir uns für eine regionale Kooperation der Mitgliedstaaten ein. Dieser Gedanke fand eine breite Unterstützung und wurde sogar so populär, dass er auf einmal in den Arbeitspapieren anderer Delegation auftauchte. Durch unsere Möglichkeit wiederholt Reden im Plenum zu halten, konnten wir den Gedanken jedoch ganz gut als guatemalteckische Initiative vorantreiben. Es gelang uns insgesamt drei Mal das Rederecht zu erlangen, um für unsere Positionen zu werben und sie mit unseren schlagkräftigen Argumenten zu untermauern. So unterstrichen wir explizit die Notwendigkeit, die finanzielle und technische Unterstützung für Entwicklungsländer zur erfolgreicherer Implementierung internationaler Standards auszuweiten. Als schließlich am vorletzten Tag über die eingebrachten Resolutionen abgestimmt wurde, konnten wir mit großer Freude feststellen, dass unsere Resolution die größte Unterstützung erhielt.

Der Mangel an Zeit erlaubte es uns nicht, ein weiteres Thema der Agenda zu behandeln. Die Sitzung am letzten Tag der Konferenz, die im Hauptquartier der Vereinten Nationen stattfand, war dazu gedacht, über die Resolutionen der Institutionen abzustimmen, die dem ECOSOC unterstellt sind und über ein komplett neues und vorher unbekanntes Thema zu debattieren. Dazu musste jedoch erst einmal die Abstimmungsreihenfolge festgelegt werden. Diese wurde am Freitag nach der Sitzung vom Exekutive Bureau bestimmt. Das Exekutive Bureau setzte sich aus jeweils einem Vertreter einer Regionalgruppe zusammen. Es gelang uns erfreulicherweise als Vertreter für den lateinamerikanischen Block in das Exekutive Bureau gewählt zu werden, wo wir nun die Agenda für den nächsten Tag mitbestimmen konnten.



Die Abstimmungssagenda für den ECOSOC sah am letzten Tag der Konferenz wie folgt aus: (1) *United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD)*, (2) *World Health Organization (WHO)*, (3) *Commission on Crime Prevention and Criminal Justice (CCPCJ)*, (4) *Economic and Social Commission on Western Asia (ESCWA)*, (5) *United Nations Population Fund (UNFPA)*, (6) *United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues (UNPFII)*, (7) *United Nations Development Programme (UNDP)*, (8) *United Na-*

tions High Commission for Refugees (UNHCR) und (9) *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (UNESCO). Unsere Kollegen aus diesen Komitees setzten sich nacheinander zu uns, um uns bei der Abstimmung zu unterstützen.

Nachdem wir für jeden Abstimmungspunkt eine Resolution verabschiedet hatten, mussten wir uns noch dem neuen Thema widmen. Es lautete: „Die Forcierung von *Good Governance* und die Lösung von Langzeit-Konflikten im Sudan durch die Prinzipien eines positiven Friedens“. Erstaunlicherweise gelang es uns sogar trotz der begrenzten Zeit, eine Resolution mit anderen Ländern zu verfassen. Dies war nicht zuletzt aufgrund der Hilfe von unseren Kollegen aus der Delegation möglich, die uns bei unserer Arbeit tatkräftig mit ihren Ideen zur Seite standen. Die knappe Zeit erlaubte es jedoch nicht einmal, die eingereichten Resolutionen zu verteilen. Stattdessen wurden sie dem Komitee vom Präsidium nacheinander vorgelesen. Anschließend wurde über jede Resolution abgestimmt. Sie wurden allesamt verabschiedet. Auch hier konnten wir uns als Delegation von Guatemala gut positionieren, indem wir uns als Experten zur Lösung dieses Konfliktes anboten. Wir hatten schließlich unseren eigenen 36-jährigen Bürgerkrieg überwunden und verfügten somit über Erfahrung in diesem Bereich. Unsere Arbeit im ECOSOC dauerte bis zur letzten Minute. Wir kamen sogar fast zu spät, um noch einen Platz für die Abschlussfeier zu erlangen. Es war uns jedoch möglich, die Ehrung mit den anderen Vertretern Guatemalas gemeinsam in der Generalversammlung zu erleben. Herzlichen Dank dafür an Swati Dave.

Die Teilnahme am NMUN 2005 hat uns sehr große Freude bereitet, ganz besonders die Zusammenarbeit mit so vielen engagierten und interessanten Menschen, die wir während unserer Arbeit im ECOSOC kennen lernen durften.

6.4. Guatemala in der Menschenrechtskommission (CHR)

vertreten durch Samuel Aebi und Mara Gobina

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen (CHR) wurde im Jahr 1946 vom Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) ins Leben gerufen. Sie besteht aus Staatenvertretungen, die aufgrund eines Verteilungsschlüssels aus allen Regionen der Welt stammen und alle drei Jahre vom ECOSOC neu gewählt werden. Die Menschenrechtskommission tritt jedes Jahr im März/April zu einer sechswöchigen Session in Genf zusammen. Ihr Mandat umfasst die Erarbeitung von Vorschlägen, Empfehlungen und Berichten zur Weiterentwicklung von Menschenrechtsstandards sowie zur konkreten Verbesserung des Menschenrechtsschutzes.

Mit ihren 53 Staatenvertretern und einigen namhaften Nichtregierungsorganisationen wie z.B. Amnesty International und Human Rights Watch gehörte die CHR zu den mittelgroßen Komitees auf der Konferenz. Die Größe des Komitees stellte sich für uns als sehr angenehm heraus. Auf der einen Seite konnte man viele interessante Positionen kennenlernen und sich dann auf der Basis gemeinsamer Interessen in verschiedenen Arbeitsgruppen mit jeweils unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten engagieren. Auf der anderen Seite wurde das Ganze aber auch nicht zu einer unpersönlichen Massenveranstaltung, in der niemand mehr weiß welches Gesicht mit welchem Land oder welcher Organisation zu verbinden ist und in der die Abstimmungen endlos viel Zeit einnehmen. Bei uns im Komitee haben die Abstimmungen zwar auch einiges an Zeit gekostet, im Vergleich etwa zur *General Assembly* oder dem ECOSOC hielt es sich aber doch in Grenzen. Ein schnelles Nickerchen zwischendurch kam so – zum Glück oder auch leider - nicht in Frage.

Auf der Tagesordnung standen drei Punkte, die im Laufe der Konferenz besprochen werden sollten: (1) *Safeguarding the Rights of Refugees and Internally Displaced Peoples*, (2) *Female Infanticide and the Impact of Development for the Girl Child* und (3) *Contemporary Forms of Slavery and Involuntary Servitude*. Wir hatten uns zum Ziel gesetzt, das erste Thema als ersten Tagesordnungspunkt durchzubekommen. Die Begründung, mit der wir hierfür nach Eröffnung der Konferenz eifrig warben war die, dass intern Vertriebene sich derzeit in einer rechtlichen Grauzone befinden. Da sie keine internationalen Grenzen überschreiten, fallen sie nicht unter den internationalen Flüchtlingsschutz. Aus diesem Grund, so argumentierten wir, sei es höchste Zeit, die internationalen Bemühungen zum Schutz von intern Vertriebenen zu verbessern. Was wir zu diesem Zeitpunkt aus strategischen Gründen nicht hervorgehoben haben, waren unsere konkreten Vorstellungen in diesem Zusammenhang. Zunächst einmal ging es ja nur darum, Prioritäten zu setzen und diese überzeugend genug darzustellen, damit sie bei der Abstimmung am ersten Abend die Mehrheit bekämen. Die böse Überraschung würde dann später kommen. Als zweiten Tagesordnungspunkt schlugen wir das Thema *Female Infanticide* vor und begründeten dies mit Guatemalas starkem Engagement für Frauen- und Kinderrechte. Jedoch zeigten wir uns in diesem Punkt kompromissbereit, da der dritte Tagesordnungspunkt - Zwangsarbeit und moderne Formen von Sklaverei – ebenfalls in engem Zusammenhang mit einigen unserer nationalen Prioritäten stand, insbesondere der Armutsbekämpfung und Kinderrechten. Schließlich wurde die von uns bevorzugte Tagesordnung im Wesentlichen durchgesetzt. Nur der zweite Punkt wurde mit dem dritten vertauscht. Damit ging der erste Tag zu Ende.



Der zweite Tag begann damit, dass die Autoren dieser Zeilen sich daran machten, ihren Kampfplan umzusetzen. Demnach teilten wir uns und unsere Aufgaben in gegenseitiger Absprache auf. Eingestimmt auf den ersten Tagesordnungspunkt machte sich Samuel daran, an einer grundlegenden Resolution zur Definition von intern Vertriebenen zu arbeiten und dafür genügend Unterstützer um sich zu scharen. Mara hingegen zog los, um mit der Arbeit an einer detaillierten, auf Samuels Resolution aufbauenden Resolution zu beginnen. Gemäß unserer Absprache hatten wir die im Komitee vertretenen Länder unter uns aufgeteilt. So war Mara vor allem dafür zuständig, die Unterstützung der regionalen Partner – also der Lateinamerikanischen Staaten - sicherzustellen, während Samuel herumzog um die Sympathien aller anderen zu gewinnen. Unsere Arbeitsteilung funktionierte reibungslos und erwies sich als ausserordentlich erfolgreich, zumal im Laufe der Konferenz jeder seinen eigenen „Einflussbereich“ entwickelte und wir dadurch, dass wir immer wieder auf die gleichen Personen zuzugingen, sehr schnell als „die Guatemala-Delegation“ bekannt wurden. Dass wir beide jeweils nicht nur für unsere eigenen, sondern auch für die Resolutionen des anderen warben und dabei auch des Öfteren über den eigenen „Einflussbereich“ hinausgingen, war für uns selbstverständlich. Schließlich ging es uns darum,

geschlossen und als Team aufzutreten und nicht als Einzelpersonen. Die grundlegende Arbeitsteilung war nichtsdestotrotz sehr hilfreich und kann stark empfohlen werden.

Überraschend war für uns - wie für einige andere Delegierte wohl auch - das im Komitee herrschende Arbeitsklima. Zum Teil war es konstruktiv und angenehm, zum Teil aber auch überhaupt nicht. Sehr störend war, dass es einige Teilnehmer gab, bei denen man den Eindruck hatte, sie wären zu der Konferenz gekommen um ihre vorher auswendig gelernten Monologe möglichst häufig herunterzuleiern und die gar nicht mitbekommen zu haben schienen, dass es bei der Konferenz vor allem auch um die Kunst des Verhandeln, um das Überzeugen von Anderen und in bestimmten Situationen eben auch um das Ausbalancieren von Interessen ging. Erfreulich zu beobachten war, dass diese Leute sich mit ihren Presselufthammerstrategien schnell selber ins Abseits beförderten. Nach anfänglichen Kooperationsversuchen, bei denen sich herausstellte, dass der Wille zur Zusammenarbeit in einigen Fällen schlichtweg nicht vorhanden zu sein schien, wurden sie bald kaum mehr von jemandem ernst genommen. Die entsprechenden, quasi im Alleingang produzierten Resolutionen, wurden dann am Ende natürlich auch nicht verabschiedet.



Als Repräsentanten von Guatemala sind wir eine andere Strategie gefahren. Der Besuch in der guatemaltekischen Botschaft in New York am Mittwoch hatte uns in unserer generellen Einschätzung zur Position Guatemalas noch einmal bestätigt. Demnach konnte es uns in der CHR nicht darum gehen, irgendeine radikale Position einzunehmen und diese um jeden Preis durchzuboxen. Dies wäre angesichts der angreifbaren Menschenrechtssituation in Guatemala, vor allem aber auch wegen unserer großen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit, mit Sicherheit nicht in unserem Interesse gewesen. Vielmehr mussten wir dafür eintreten, dass die allgemeinen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Anliegen Guatemalas in den Resolutionen möglichst stark berücksichtigt werden, und dass ihnen auf gar keinen Fall zuwidergehandelt wird. Hinsichtlich unseres Auftretens mussten wir darauf achten, dass wir stets unseren Willen zur Kooperation betonen und diesen auch unter Beweis stellen, etwa indem wir uns nicht zu strikt auf bestimmte Einzelforderungen oder Formulierungen festnageln. Uns in den kleinen Dingen kompromissbereit zu zeigen, aber an den großen, wesentlichen Dingen festzuhalten, das gehörte zu unserer Strategie.

Obwohl drei Themenbereiche als Tagesordnungspunkte für unser Komitee vorgesehen waren, wurde letzten Endes nur ein Einziger besprochen. Hierbei ging es um Flüchtlinge und intern Vertriebene. Wie konnte der Menschenrechtsschutz für diese Gruppen optimiert werden? Im *Position Paper* hatten wir uns schwerpunktmäßig mit dem Schutz von intern Vertriebenen befasst, u.a. auch deswegen, weil klar war, dass dieses Thema von größter internationaler Aktualität ist und sich damit hervorragend von unseren internen Menschenrechtsproblemen ablenken lässt. Natürlich haben wir das so nicht gesagt. Aber wenn man

nicht negative Aufmerksamkeit auf sich ziehen will, dann hebt man sich am besten mit einflussreichen internationalen Initiativen positiv hervor. Also traten wir, in Übereinstimmung mit den von Guatemala unterstützten *Guiding Principles for Internal Displacement*, dafür ein, dass die internationale Gemeinschaft neue und verbesserte Schutzmechanismen für intern Vertriebene entwickelt, die alle drei Phasen der Vertreibung umfassen – die Phasen vor, während und nach der Vertreibung. Da wir merkten, dass die Resolutionen, um aussagekräftig zu sein, doch sehr ins Detail gehen mussten, unterstützten wir auf der einen Seite die lateinamerikanischen Staaten bei ihrer Arbeit an einer Resolution, die sich auf die erste Phase konzentrierte und hier einen starken Schwerpunkt auf Armut als einer der zentralen Ursachen von Gewalt und Vertreibung legte. Auf der anderen Seite arbeiteten wir selber an einer zweiten Resolution zusammen mit Staaten wie Großbritannien und Deutschland, die sich mit verbessertem Schutz in der akuten Phase der Vertreibung sowie mit der dritten Phase – nämlich Rückkehr und Reintegration – befasste. In beiden Resolutionen konnten wir eine Reihe unserer nationalen Prioritäten durchsetzen, wie z.B. die Erhöhung der internationalen Finanzhilfe, die Verstärkung der internationalen und regionalen Zusammenarbeit, die Verbesserung von Bildungschancen, den Schutz von Frauen- und Kinderrechten etc. Wichtig für uns war ein weiterer Punkt, nämlich die Wahrung der nationalen Souveränität. Guatemala hat in seinem Landesinneren selber ein Problem mit intern Vertriebenen, das es zwar leugnet, das aber dennoch existiert. Um uns mit unseren Resolutionen nicht selber ungewollt unter Zugzwang zu setzen, mussten wir deswegen dafür eintreten, dass das Prinzip der nationalen Souveränität in den Resolutionen explizit erwähnt wird und den Staaten garantiert bleibt. Auch dies konnten wir erfolgreich durchsetzen und beide genannten Resolutionen wurden am Ende mit großer Mehrheit verabschiedet. Die anfangs erwähnte, von uns initiierte grundlegende Resolution wurde sogar einstimmig beschlossen. Insgesamt konnten wir also mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein.

6.5. Guatemala im Forum für Indigene Völker (UNPFII)

vertreten durch Carmen Dege

Das Forum für Indigene Völker ist vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen im Jahr 2000 gegründet worden, um ein Bewusstsein über indigene Themen zu schaffen und dem System der Vereinten Nationen Expertenwissen zur Verfügung zu stellen, insbesondere was die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Kultur, Umwelt, Bildung, Gesundheit und Menschenrechte der indigenen Völker anbelangt. Das Komitee besteht aus 16 Mitgliedern, wovon jeweils acht von Regierungen und acht von indigenen Völkern nominiert werden. Zwischen den Mitgliedern besteht kein Unterschied, da alle Experten darstellen und bei jeder Entscheidung mit Konsens abgestimmt wird. Die Republik Guatemala hat Otilia Lux de Coti nominiert und ihr Mandat 2005 erneuert.

Zu Beginn des National Model United Nations schlug die provisorische Agenda drei Themen vor: (1) Beteiligung indigener Völker an Regierungen und Politischen Prozessen, (2) Entwicklungsbarrieren und (3) Regionale Kooperation und Landrechte. Otilia Lux befürwortete die Agenda und setzte sich dafür ein, mit dem Thema Entwicklungsbarrieren zu beginnen, dabei vor allem nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, Bildung und Gesundheit zu diskutieren, um schließlich kulturelle Rechte und Landrechte als Voraussetzung von Entwicklung zu debattieren. Da die Beteiligung von indigenen Völkern an politischen Prozessen bereits häufig besprochen wurde und in einigen internationalen Konventionen Eingang gefunden hat, ermutigten Guatemala und andere Mitgliedsstaaten die Betei-

ligten dazu, das Forum als ein Expertengremium zu nutzen, was vielmehr neue internationale Standards setzen und konkrete Aktionsplänen entwerfen kann. Mit acht Stimmen dafür und sieben dagegen wurde folgende Agenda angenommen: (1) Entwicklungsbarrieren, (2) Politische Beteiligung und (3) Regionale Kooperation und Landrechte.



Guatemala schlug vor, vier Arbeitsgruppen zu nachhaltiger Entwicklung, Menschenrechten, Gesundheit und Bildung zu gründen, was auf allgemeine Zustimmung stieß. Otilia Lux nahm an den ersten drei Arbeitsgruppen aktiv teil und reichte bei der vierten einen freundlichen Ergänzungsantrag ein. Die Republik Guatemala war Unterzeichnerstaat bei jedem Arbeitsgruppenpapier. Da Guatemala schon Erfahrungen damit gesammelt hatte, indigene Gemeinschaften zu integrieren und sich auf seine Friedensverträge zu indigenen Themen als ein modernes Modell einer multiethnischen Gesellschaft beziehen konnte, hatte seine Vertreterin eine klare Vorstellung, wie sie Probleme indigener Völker angehen wollte.

Was nachhaltige Entwicklung anbetraf, betrachtete Otilia Lux indigene Völker als weisungsgebend und daher als zentralen Bestandteil einer nationalen Entwicklung. Um das eigene Potenzial dieser Völker verwirklichen zu können, bedarf es insbesondere der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft und jedes Mitgliedsstaates, für den notwendigen wirtschaftlichen und politischen Rahmen zu sorgen. Otilia Lux sprach sich klar für Anreize aus, die sich an den indigenen Gemeinschaften orientieren, wie *Grassroots*-Projekte im Bereich der arbeitsintensiven Landwirtschaft und nicht-agrarischen Arbeit wie im Kunsthandwerk und *first-* oder *second-hand* Ausstattungen von kleinen Unternehmen. In dieser Hinsicht könnten indigene Völker von dem dieses Jahr erklärten Jahr des Mikrokredits profitieren. Guatemala konnte diese Vorschläge erfolgreich in das Arbeitspapier integrieren.

Das gesamte Forum setzte Bildung an die Spitze seiner Prioritätenliste und diskutierte die Einrichtung eines internationalen Fonds, um bilinguale und interkulturelle Entwicklungsprogramme und regionale Kooperationsprojekte zu finanzieren. Guatemalas Anliegen bestand hauptsächlich darin, sowohl spezifische Fähigkeiten zu fördern als auch an der Völkerverständigung zu arbeiten. Otilia Lux argumentierte, dass gegenseitiger Respekt eine wesentliche Voraussetzung für eine multiethnische Gesellschaft sei, die Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung bekämpfen können sollte.

Hinsichtlich der Verbesserung der Gesundheitsversorgung, stimmten alle Mitglieder der Idee von lokalen Gesundheitszentren zu, die am besten durch die Weltgesundheitsorganisation koordiniert werden sollten. Dennoch gab es eine lange Diskussion darüber, ob eine engere Zusammenarbeit zwischen eher westlicher Medizin und indigenen Gesundheitssystemen gefordert werden sollte.

Die Arbeitsgruppe zu Menschenrechten diskutierte aktiv die Frage, ob die Anerkennung indigener Völker als selbständige Völker, welche das Recht dazu haben, frei über ihre politische, sozioökonomische und kulturelle Entwicklung zu entscheiden, als erster operativer Satz in das Arbeitspapier eingehen sollte.

Das Forum beauftragte Otilia Lux damit, ein Arbeitspapier zu nachhaltiger Entwicklung und Menschenrechten zu formulieren. Norwegen brachte das Arbeitspapier zu Gesundheit ein und Peru erstellte ein Arbeitspapier zu Bildung. Nach zwei Tagen intensiven Diskutierens stimmte das Forum über drei Themen mit Akklamation und über das Thema nachhaltiger Entwicklung mit vierzehn Stimmen dafür und einer sich enthaltenden Stimme ab.

Otilia Lux hatte sich kurz zuvor auf die Rednerliste setzen lassen und konnte nun den Moment nach der Wahl dazu nutzen, jedem Mitgliedstaat für die gemeinsame Arbeit zu danken und die Mitglieder dazu zu ermutigen, das Forum als ein Instrument moralischer Macht zu gebrauchen. Sie lud jeden dazu ein, trotz fortgeschrittener Zeit daher auch das zweite Thema - politische Beteiligung - noch zu diskutieren. Auf diese Weise konnte das Forum die verbleibende Zeit nutzen und ein Arbeitspapier verfassen, das explizit das Recht indigener Völker auf Selbstbestimmung nennt und der internationalen Gemeinschaft empfiehlt, multiple Staatsbürgerschaften für indigene Nomadenstämme in Erwägung zu ziehen. Des Weiteren konnte Guatemala die Aufforderung an die Mitgliedsländer des Wirtschafts- und Sozialrats integrieren, das Mandat der Arbeitsgruppe zu verlängern, bis der Verabschiedungsprozess des Deklarationsentwurfes abgeschlossen ist.

Zusammengefasst, waren die drei Sitzungstage sehr produktiv. Das Forum für Indigene Völker bestand auf der Konferenz aus Delegationen, die ihr Land sehr gut vertreten konnten und auch grenzenübergreifend kooperierten. Die Republik Guatemala arbeitete hauptsächlich mit den Delegationen Norwegen, Peru, USA und Mexiko zusammen. Da die Anzahl an Mitgliedern so klein war, entstand eine sehr gute Arbeitsatmosphäre. Die Arbeit selbst war stark inhaltsorientiert. Otilia Lux schätzte es sehr, so häufig ihre Anliegen vor dem Forum deutlich gemacht und mit allen Mitgliedern in direktem Austausch gestanden zu haben. Die Redezeit bot mit drei Minuten ausreichend Zeit und Guatemala nutzte normalerweise die Gelegenheit, um zu dem Forum vier oder fünf Mal am Tag zu sprechen.

Problematisch war, dass von Seiten der Konferenzleitung das Forum für Indigene Völker zu einem Mitgliedstaaten-Komitee erklärt wurde, anstatt ein Forum von Experten zu sein. Daher war es sehr schwer, einerseits im Konsens zu entscheiden, andererseits Mitgliedstaaten wie China, Russland und afrikanische Staaten zu repräsentieren, die ihre Rolle merklich restriktiv auslegten. Vor dem Hintergrund von Guatemalas eigener Geschichte und seinen Friedensverträgen, bedauerte Otilia Lux, dass das Forum keine konkreteren und fortschrittlicheren Ideen entwickelte, die sicherlich dabei geholfen hätten, nationale Politiken umzusetzen und neue internationale Standards zu setzen.

6.6. Guatemala auf dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS)

vertreten durch Sabine Domke und Tine Vestergaard Jacobsen

Etwas nervös waren wir ja schon, als wir den riesigen Ballsaal betraten, in dem unser Komitee - das mit über vierhundert Delegierten drittgrößte der ganzen Konferenz - die nächsten Tage verbringen sollte. Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) ist eine neue Einrichtung der *International Telecommunication Union*, die sich erstmals im

Dezember 2003 in Genf traf. Die zweite Etappe wird in diesem Jahr in Tunis stattfinden. Er wurde eingerichtet, um die Probleme und Möglichkeiten des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien in der Welt zu diskutieren und dabei zu profitablen Lösungen für alle Länder zu gelangen. Das *Summit* sollte insbesondere als Ausdruck des Willens seitens der Weltgemeinschaft gesehen werden, neue Entwicklungsstrategien zur Erreichung der *Millenium Development Goals* zu entwickeln. Informations- und Kommunikationstechnologien werden als mögliches Schlüsselinstrument für nachhaltige und selbstdeterminierte Entwicklung angesehen. Auf allen Ebenen der Gesellschaft können diese Technologien zu *empowerment* eingesetzt werden.



Nachdem wir uns einen strategischen Platz im Blickfeld des Komiteeleiters gesichert hatten, ging die Sitzung auch schon bald los. Der Leiter – übrigens ein Wahlberliner – stellte sich dabei als sehr erfahren heraus, so dass schnell klar wurde, dass im weiteren Verlauf der Sitzungen wenig Unklarheiten bezüglich der Regeln zu erwarten wären. Fast die gesamte erste Sitzung fand im *caucus* statt, was bedeutete, dass alle Delegationen direkt von ihren Stühlen aufsprangen, um potentielle Verbündete ausfindig zu machen. Wir nutzten die Gelegenheit dazu, uns einen ersten Überblick zu verschaffen, mit welchen Delegationen wir als Partner in der nächsten Zeit wohl rechnen könnten. Eine Reihe von Studenten kam dabei aufgrund ihrer scheinbar guten Vorbereitungen, ihres Wissenstandes sowie der realen Machtpositionen ihres Landes oder auch aufgrund persönlicher Übereinstimmungen auf die Wunschliste der Verbündeten für künftige Verhandlungen.

Das erste Thema auf unserer Agenda war: Die Informations- und Kommunikationsgesellschaft - Verkleinerung des *Digital Divide*. Da die digitale Kluft vor allem die Diskrepanzen im Zugang zum Internet zwischen Entwicklungs- und Industrieländern beschreibt, konnten schnell alle Entwicklungsländer einen gemeinsamen Nenner finden. Auch die Gespräche mit den Industriestaaten, die aus der Sicht Guatemalas für die Finanzierung und auch Vermittlung der technischen Fähigkeiten für die Schließung der Lücke unabdingbar sind, verliefen erfreulich. Jedoch lag wie häufig der Teufel im Detail, so dass nach anfänglichem Konsens nun die härteren Verhandlungen folgten.

Unseren Schwerpunkt legten wir bei der Arbeit mit den anderen Delegationen auf die Finanzierung des Aufbaus einer geeigneten Infrastruktur für die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie unter Absicherung entsprechender Rahmenbedin-

gungen. Insbesondere ging es uns darum, einen Verteilungsmechanismus zu schaffen, der zivilgesellschaftlich schwachen Staaten zu Gunsten kommt.

Da das Thema „Nutzen von Informations- und Kommunikationstechnologien für den Aufbau von Post-Konflikt-Staaten“ aufgrund der Geschichte Guatemalas für uns von besonderer starker Bedeutung war, entschlossen wir uns, eine Arbeitsgruppe in diesem Bereich zu gründen. Auch diese wichtige Rolle von Informations- und Kommunikationstechnologien sollte in den Verhandlungen und Berichten erwähnt werden. Nach einem Tag konnten Partner - vor allem Staaten in ähnlicher historischer Situation - zur Mitarbeit an einem gemeinsamen Bericht bewegt werden. Eine dynamische und kreative Zusammenarbeit konnte nun entstehen.



Die Diskussionen über Finanzierungsmechanismen waren konstant durch harte Verhandlungen um Finanzierungszusagen durch die Industriestaaten bei gleichzeitiger Beibehaltung von Handlungsspielräumen für die Entwicklungsländer geprägt. Bereits bestehende Umsetzungspläne waren zu konkretisieren, neue Zusagen abzurufen. Dabei flossen die Interessen Guatemalas gut in den eingereichten Bericht ein, dessen einzelne Segmente alle bei der Abstimmung sowohl im

Komitee selbst, als auch bei der Generalversammlung akzeptiert wurden.

Am letzten Tag der Konferenz zeigte sich leider, dass Zeit und Ressourcen der Konferenzleitung zu knapp waren. Von den insgesamt 19 eingebrachten Resolutionsvorschlägen konnte unser Komitee nur über acht abstimmen. Die restlichen wurden aus Zeitgründen nicht zur Abstimmung zugelassen und damit auch nicht in den Abschlussreport aufgenommen. Dabei ging bedauerlicherweise viel Arbeit verloren, darunter auch das für Guatemala wichtige Papier zur Friedensbildung durch Informations- und Kommunikationstechnologien in Post-Konflikt Staaten. Das andere Segment von hoher Bedeutung für Guatemala konnte jedoch integriert werden.

Abschließend möchten wir betonen, dass wir in der kurzen Zeit sehr viel gelernt haben. Vielleicht weniger darüber, wie eine solche Konferenz tatsächlich abläuft, sondern eher über Verhandlungsgeschick und diplomatischen Umgang mit anderen. Viele Delegationen trafen hoch ambitioniert in New York ein. Ein wichtiges Element der Kommunikation auf der Konferenz war daher, Verletzungen der Eitelkeiten anderer Teilnehmer zu vermeiden. Hieran erlebten wir wohl ein authentisches Element von UN-Diplomatie.

6.7. Guatemala in der Weltgesundheitsorganisation (WHO)

vertreten durch Mareike Schüller und Sabine Wilke

Wie können wir sicherstellen, dass jeder Mensch sich die notwendigen Medikamente leisten kann? Was bedeutet es, eine Epidemie vollständig durch Impfungen auszurotten? Wo ist Geld am besten im Kampf gegen HIV/AIDS einzusetzen?

Diese Fragen dürfen nicht nur Ärzte und die Pharma-Industrie betreffen. Gesundheit bedeutet Leben und das Ziel einer sicheren, weltweiten Gesundheitsfürsorge ist eine der entscheidendsten Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb ist die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gerade kein Forum nur für medizinische Experten, sondern eine hochpolitische Arena, in der divergierende Interessen und eine Vielzahl an möglichen Lösungswegen in Einklang gebracht werden müssen. Das gemeinsame Ziel ist klar: Gesundheit für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind, um eine sichere Welt zu schaffen.



Die WHO ist die Gesundheitsbehörde der Vereinten Nationen. Sie wurde am 7. April 1948 gegründet und verfolgt seitdem das Ziel, globale Gesundheitsstandards zu setzen und den Schutz vor Krankheiten in der Welt zu verbessern. Dabei definiert die WHO Gesundheit im weiteren Sinne als „Zustand eines vollständigen physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens“ und beschränkt sich damit nicht nur auf die Definition *ex negativo* von Gesundheit als „Abwesenheit von Krankheit“. Besonderes Augenmerk legt die WHO auf Entwicklungs- und Transformationsländer und deren medizinische Versorgung. Das Hauptquartier der Organisation in Genf kontrolliert die weltweite Gesundheitspolitik der Vereinten Nationen und koordiniert die Arbeit der sechs Regionalbüros in Südasiens, dem östlichen Mittelmeerraum, Europa, Afrika, Amerika und dem westlichen Pazifik. Das höchste Gremium der WHO ist die Weltgesundheitsversammlung (*World Health Assembly*), deren 192 Abgeordnete die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen repräsentieren. Jeder Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen kann der WHO beitreten, indem er ihre Verfassung annimmt. Die Weltgesundheitsversammlung trifft sich einmal jährlich im Frühjahr. Ihre Hauptaufgaben sind die Kontrolle der WHO-Programme und Zielsetzungen sowie die Verwaltung des Haushaltes, der alle zwei Jahre neu verteilt wird. Zudem besteht die WHO aus einem 32-köpfigen Direktorenboard, dessen Mitglieder von der Versammlung gewählt werden. Für die Verwaltung ist das Sekretariat mit dem Generaldirektor und dem technischen und administrativen Personal zuständig. Der derzeitige Generaldirektor ist Dr. Lee Jong-wook aus Südkorea. Insgesamt arbeiten etwa 3500 Experten für die WHO im Hauptquartier und in den Regionalbüros.

Die Agenda der WHO für die NMUN-Konferenz 2005 spiegelte die Wechselwirkungen zwischen globaler Gesundheitspolitik und wirtschaftlicher Entwicklung wider: (1) Probleme der Polio-Ausrottung, (2) die Rolle von Generika in der Gesellschaft und (3) Ressour-

verteilung im Kampf gegen HIV/AIDS waren die drei zu behandelnden Themenkomplexe. Als Vertreter des Landes mit der höchsten Infektionsrate in Zentralamerika waren wir zufrieden, dass die Mehrheit der Delegationen HIV/AIDS als erstes zu besprechendes Thema wählte. Aufgrund der beschränkten Zeit konnten wir am Ende der Konferenz nur dieses Thema abschließen. Um die Problematik von nachhaltiger Prävention und effektiver Behandlung des Virus ergaben sich zahlreiche Blickwinkel und Lösungsvorschläge. Während der Konferenz bildeten sich mehr als 20 Arbeitsgruppen und im abschließenden Wahlverfahren wurden 15 Reportsegmente angenommen.

Generell vertraten wir als guatemalteckische Delegierte die Position, dass die Kosten-Nutzen-Abwägung zwischen Vorbeugung und Behandlung der Krankheit zum jetzigen Zeitpunkt kein sinnvoller Ansatz ist. Unser Hauptanliegen war die Betonung der Synergieeffekte beider Ansätze: ohne Aufklärung keine Senkung der Ansteckungsraten, ohne medizinische Versorgung keine Hoffnung auf Eindämmung der Krankheit. Als Entwicklungsland wollten wir jede Initiative der Industriestaaten unterstützen, die mehr Ressourcen für die medizinische Versorgung von AIDS-Patienten schafft. Gleichzeitig ist Bildung ein wichtiges Thema für Guatemala und wir betonten die Notwendigkeit, Aufklärungskampagnen besonders für ländliche Gebiete und indigene Bevölkerungsgruppen durchzuführen.

Die Einbeziehung der indigenen Gemeinschaften war unsere Priorität während der Verhandlungen. Guatemala hat einen staatlichen Strategieplan 1999-2004 entwickelt, der multisektorale Anstrengungen im Kampf gegen HIV/AIDS bündeln soll. Organisationen wie UNAIDS und *Global Fund to Fight HIV/AIDS, Tuberculosis and Malaria* sind wichtige Partner bei der Implementierung von Gesundheitsdiensten, Beratung und Testverfahren im gesamten Land. Zudem spielen große Nichtregierungsorganisationen wie *Ärzte ohne Grenzen* und lokale Organisationen eine wichtige Rolle.

Im Hinblick auf die Größe des Komitees - es waren mehr als 200 Delegationen vertreten - formten wir eine strategische Koalition mit unseren zentralamerikanischen Nachbarn und luden jede Delegation dazu ein, die ebenfalls an einer Miteinbeziehung indigener Interessen in den Report interessiert war. So arbeiteten wir schließlich mit Honduras, El Salvador, Ecuador, Mexiko und Benin als Vertreter des westafrikanischen Blockes zusammen. Das von uns erarbeitete Segment konzentrierte sich auf die Bedeutung maßgeschneiderter und kreativer Bildungsprogramme und Informationsaustausch auf regionaler Basis. Die zentralamerikanische Initiative betonte die wichtige Rolle von Führern indigener Gemeinschaften, die als die Hüter kultureller Werte angesehen werden und somit die Gefahren von HIV/AIDS mit Rücksicht auf kulturelle Besonderheiten vermitteln können. Praktisch sollte die Zusammenarbeit von Agenturen der Vereinten Nationen, regionalen Organisationen, den Geberländern und den indigenen Führern angeregt werden, um Bildungsprogramme, die Kultur und Glauben indigener Gruppen berücksichtigen, zu entwickeln und zu implementieren.

Unsere Arbeitsgruppe entschied sich schließlich, diese Ideen mit einem anderen Arbeitspapier zu kulturellen Fragen im Allgemeinen zu verbinden. Dieser endgültige Entwurf, den Guatemala mitsponsorte, erhielt in der Endabstimmung eine große Mehrheit. Zusätzlich arbeiteten wir mit einer Gruppe von Nichtregierungsorganisationen und unterstützten einige europäische Initiativen. Schließlich waren wir neben unserem eigenen Entwurf Mitunterzeichner von fünf weiteren Papieren, die unter anderem neue Finanzierungsprogramme und verstärkte Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren vorschlugen.

6.8. Guatemala auf der Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD)

vertreten durch Lucienne Damm und Dominik Wehgartner

„Dieser Antrag ist eindeutig angenommen. Delegierte, Sie sind von nun an bis 22.30 Uhr in informeller Verhandlung.“ In diesem Moment wird die geschäftige Stille von unglaublichem Lärm abgelöst. Delegierte springen auf ihre Konferenztische, wedeln mit Schildern und schreien laut durch den Saal. Ist das nun diplomatisches Verhalten? Wir waren zumindest verblüfft. Doch nach einem tiefen Atemzug und einem kurzen Überblick über die Lage, fingen wir - Lucienne und Dominik - mit unserer Arbeit in der UNCTAD an, dem größten simulierten Komitee beim NMUN 2005.



Die *United Nations Conference on Trade and Development* (UNCTAD), die 1964 mit der Resolution GA/1995 der Generalversammlung gegründet wurde, ist das wesentliche Organ der Generalversammlung im Bereich Handel und Entwicklung. Besonders wichtig ist die Konferenz für die Entwicklungsländer, da in ihrem Rahmen Themen wie Handel, Finanzen, Technologie, Investment und nachhaltige Entwicklung mit den Entwicklungspolitiken sämtlicher Akteure der Vereinten Nationen verbunden werden. Hauptziele der UNCTAD sind die Maximierung der Handels-, Investments- und Entwicklungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer. Zudem sollen die Entwicklungsländer dabei unterstützt werden, mit den Herausforderungen der Globalisierung besser zurecht zu kommen und sich erfolgreich in die Weltökonomie zu integrieren. Gerechte und gleiche Voraussetzungen für alle sollen geschaffen werden.

Unser Gastredner im Komitee **Herr Harris Gleckman**, Direktor des New Yorker Büros der UNCTAD, bezeichnete UNCTAD als den „Junior der Welthandelsorganisation“ (WTO). Die Konferenz sei ein ungezwungener Ort der Konsensbildung, in dem all die Diskussionen ihren Platz finden könnten, die diesen nicht im Rahmen der WTO bekämen.

In diesem Jahr standen folgende drei Themen zur Diskussion auf der Agenda der UNCTAD: (1) Förderung der Gleichberechtigung von Frauen im Entwicklungsprozess, (2) Armutsbekämpfung und (3) Diskussion über die Erstellung eines Verhaltenskodex für transnationale Konzerne. In der ersten Sitzung am Dienstag Abend wurde die Reihenfolge der Agenda diskutiert, verhandelt und schließlich nach den Vorstellungen fast aller Entwicklungsländer auf die folgende Reihenfolge festgelegt: (2), (1) und (3). Dies entsprach exakt unserer Präferenz, da es während der Konferenz fast immer zur Verhandlung von nur einem Thema kommt.

Das Arbeiten im UNCTAD-Komitee wurde wahrlich zu einer schwierigen Aufgabe für uns. Viele Delegationen wichen sehr stark von ihren repräsentierenden Rollen ab, entweder weil sie sich nicht sehr gründlich vorbereitet hatten oder weil sie während der Konferenz nur auf das Gewinnen eines *Awards* fixiert waren. Aber eigentlich war das nicht unser Hauptproblem. Dies lag vielmehr in der fehlenden Bereitschaft vieler Delegierter, eine effektive und produktive Kommunikation aufzubauen. Obwohl heiß diskutiert wurde, wurde nicht wirklich aufeinander eingegangen und miteinander gesprochen - viel mehr gegeneinander. Unter solchen Bedingungen war es schwer, substantiell zum Thema Armutsbekämpfung zu verhandeln. Die Komiteegröße machte diese Arbeit nicht einfacher. Mit 220 Delegationen und über 400 Delegierten war es fast unmöglich jede Delegation kennen zu lernen. Aufgrund der unheimlichen Bandbreite und des Querschnittscharakters des Themas musste jede Delegation genau entscheiden, wo sie ihre Prioritäten setzen sollte und an welchem Aspekt sie aktiv mitarbeiten wollte. Schon nach kurzer Zeit fingen die Delegierten an, sich in Arbeitsgruppen aufzuteilen. Da es unser fundamentales Anliegen war, dass tatsächlich alle Bereiche diskutiert werden würden, versuchten wir in unserer ersten Rede, die Koordination innerhalb des Komitees zu verbessern, um effektiv gegen Armut „kämpfen“ zu können. Zusammen mit OXFAM organisierten wir eine Stellwand, an der alle gerade aktuell diskutierten Themen angekündigt werden sollten. Zu jedem Thema wurde also eine Liste erstellt, auf der alle Länder und Nichtregierungsorganisationen eingetragen wurden, die an den jeweiligen Arbeitsgruppen teilnahmen.



Eine große Anzahl von Arbeitsgruppen wurde gebildet, die sich mit Themen wie Schuldenerleichterung, Infrastruktur, Agrarwirtschaft, Bildung, Mikrokredite und Mikrofinanzierung, Stärkung von lokalen Gemeinden und Strukturreformen der Entwicklungshilfe befassten. Trotz der oben beschriebenen Probleme hatten wir keine Schwierigkeiten mit kooperativen Delegierten ernsthaft zusammen zu arbeiten. In dem Verhandlungsverlauf spielten regionale Kriterien kaum eine Rolle. Unsere Strategie bestand darin, uns in zwei unterschiedlichen Arbeitsgruppen aufzuteilen, um unsere Mitwirkungsmöglichkeiten während der Konferenz so stark wie möglich auszuweiten. Lucienne arbeitete intensiv in einer Gruppe zu dem Thema Stärkung lokaler Gemeinden mit Delegierten aus Brasilien, Nepal, Sudan, Vietnam und Indonesien als Hauptinitiatoren. Die Diskussion stellte sich als sehr produktiv und fruchtbar heraus. Die Gruppe verfasste einen umfassenden Entwurfsreport, der die Notwendigkeit einer breiten Partizipation von lokalen Gemeinden in politischen und wirtschaftlichen Prozessen herausstrich, die damit verbundene Bedeutsamkeit der lokalen Selbstbestimmung und Dezentralisierung betonte, sowie sich mit der Frauengleichberechtigung und den Rechten der indigenen Bevölkerung auseinandersetzte. Dominiks wichtigste Verhandlungspartner waren die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich,

Peru und die Association of World Citizen. Diese Gruppe arbeitet konkrete Ideen aus, wie die internationalen und nationalen Aktivitäten zur Armutsbekämpfung umstrukturiert werden könnten und schlug neue Handlungsrahmen zur deutlichen Verbesserung der Effizienz bestehender Armutssenkungsprogrammen vor.

Bevor nun aber über die Berichtsentwürfe abgestimmt werden konnte, musste das Komitee der UNCTAD die unglaubliche Aufgabe bewältigen, sämtliche Papiere miteinander zu verbinden. Unsere beiden Arbeitsgruppen mussten Teile ihrer Berichte mit dritten Papieren zusammenbringen. Dies stellte sich als ein spannender und intensiver Prozess heraus, begleitet von extrem schwierigen Diskussionen. Am Ende waren wir darin erfolgreich zwei fusionierte Reportentwürfe mitzuerfassen, die die guatemalteckischen Interessen sehr umfangreich reflektierten. Als wir in die Abstimmungsprozedur übergingen, hatte die Komiteeleitung neun verschiedene Reportentwürfe akzeptiert. Erstaunlicherweise wurden alle Entwürfe angenommen und zu einem finalen Report zusammengefügt. Nun war die Konferenz vorbei. Jemand beantragte, die Sitzung auf nächstes Jahr zu vertagen; dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir waren sehr glücklich mit unseren Ergebnissen. Unsere Aufteilung in die verschiedenen Arbeitsgruppen hat sich sehr gut bewährt – nichts geht über Teamarbeit! Während der vier Tage brachten wir es immer fertig die Kommunikation und die gegenseitige Unterstützung untereinander aufrecht zu erhalten. Schlussendlich können wir sagen: Wir haben den Erfolg der Mission nicht gefährdet - ¡Vamos Guatemala!

6.9. Guatemala in der Organisation für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO)

vertreten durch Catherine Dubreuil und Laura Grünewald

Die *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation* (UNESCO) existiert seit 1945. Als eine Spezialorganisation der Vereinten Nationen soll sie den Dialog zwischen verschiedenen Zivilisationen und Kulturen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur fördern. Im Laufe ihrer Geschichte erlitt die Organisation mehrmals Rückschläge aufgrund des temporären Austritts einiger Mitgliedsstaaten: Im Jahr 1984 traten die USA aus Unzufriedenheit über die Arbeitsweise und Organisationsstrukturen aus. Erst ihr Wiedereintritt im



Jahr 2004 konnte eine neue Welle der Zuversicht innerhalb der UNESCO auslösen, welche unter anderem in etlichen Reformbestrebungen sichtbar wurde.

Die Arbeit der guatemalteckischen Delegation in der UNESCO verlief im Großen und Ganzen recht erfolgreich. Mit 58 Mitgliedsstaaten und 12 Nicht-regierungsorganisationen waren wir eines der mittelgroßen Komitees, was sich schnell in den Arbeitsabläufen bemerkbar machte: Zwar konnte man im Laufe der Zeit mit fast allen Delegierten ein paar Worte wechseln. Eine vorteilhafte Platzierung auf der Rednerliste war allerdings sehr schwer zu erreichen. Durch Glück schafften wir es trotzdem, insgesamt dreimal auf der Rednerliste platziert zu werden und auch zwei Reden zu halten. Leider geschah dies nicht immer zum idealen Zeitpunkt.

Tagesordnungspunkte der UNESCO für das National Model United Nations 2005 waren: (1) Die *United Nations Literacy Decade* (2003 – 2012), (2) Der Schutz kultureller Besitztümer in bewaffneten Konflikten und (3) Afghanistan: Wiederaufbau, Bildung und Nachhaltigkeit. Als guatemalteckische Delegation waren für uns vor allem die ersten beiden Themen von immanenter Bedeutung: Guatemala hat selbst mit einer Analphabetenrate von 37% zu kämpfen. Diese ist hauptsächlich zurückzuführen auf die sprachlichen und kulturellen Barrieren zwischen den *Ladinos* und der indigener Bevölkerung sowie auf ein mangelhaftes Bildungsangebot in den ländlichen Gebieten. Nationale Programme wie Guatemalas nationale Strategie zur Armutsbekämpfung ähneln den Programmen der *United Nations Literacy Decade* und könnten als Modell für andere Staaten dienen. Auch der Schutz kultureller Besitztümer in bewaffneten Konflikten ist ein Thema, welches Guatemala nach einem langjährigen Bürgerkrieg besonders betrifft. Lediglich der dritte Tagesordnungspunkt, der Wiederaufbau Afghanistans, stellte nicht unbedingt eine unserer nationalen Prioritäten dar.

Umso intensiver begannen wir also am ersten Abend, Koalitionen zu bilden, um eines der beiden ersten Themen - bevorzugt die *Literacy Decade* - auf Platz eins der Tagesordnung zu bringen. Hier stellte sich schon nach kurzer Zeit heraus, dass unser Plan, alle südamerikanischen Staaten zu versammeln und eine gemeinsame Position zu formulieren, schwer durchsetzbar war. Die in der UNESCO vertretenen lateinamerikanischen Staaten (Brasilien, Ecuador, Uruguay und Venezuela) vertraten allesamt sehr unterschiedliche Positionen. Nach der ersten erfolglosen Abstimmung über das erste Thema änderten wir unsere Strategie und beschlossen, nun so viele Länder wie möglich dazu zu bewegen, das zweite Thema an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen. Schließlich - und für uns vollkommen überraschend - siegte das internationale Interesse an Afghanistan; die anderen beiden Themen rückten an die zeitlich unerreichbaren Plätze zwei und drei.

Nach einer kurzen Phase der absoluten Resignation ob dieser frühzeitigen Enttäuschung beschlossen wir, das Beste aus der Situation zu machen: Anstatt nun vier Tage tatenlos herumsitzen und auf einen neuen Tagesordnungspunkt zu warten, entschieden wir uns, konzentriert an den jeweiligen Resolutionen mitzuarbeiten und diese so schnell wie möglich zum Abschluss zu bringen, um zum nächsten Thema zu gelangen. Darüber hinaus überlegten wir uns, dass es wohl am Sinnvollsten sei, in den Gruppen mitzuarbeiten, die auch für Guatemala relevante Themen abdeckten. Aus diesen Gründen teilten wir uns zu Beginn des zweiten Tages auf. Catherine arbeitete gemeinsam mit der Tschechischen Republik, Algerien und Deutschland zum Thema Drogenbekämpfung. Ziel dieser Arbeitsgruppe war es, eine nachhaltige Lösung für Afghanistan zu finden; beispielsweise durch ein Samensubstitutionsprogramm, welches bei Erfolg auch in anderen betroffenen Ländern verwendet werden könnte. Laura hingegen nahm Kontakt zu den Delegationen aus Ecuador, Venezuela und Uruguay auf. Wie sich schnell herausstellte, lag unser Interesse vor allem in einem schnellen und geregelten Truppenabzug aus Afghanistan und der möglichst weitgehenden Souveränität des Landes. Indem wir diese Aufforderung mit der These verknüpften, nur eine autonome Regierung Afghanistans könne eigenständige, kulturspezifische Bildungsprogramme für die Bevölkerung anbieten, wollten wir dieses Thema zu einem Anliegen der UNESCO machen. Diese Strategie hatte Erfolg: Unsere fordernde Resolution stieß schon bald auf die Unterstützung zahlreicher afrikanischer und arabischer Staaten. Lediglich die USA, Großbritannien und der Sudan waren mit den gewagten Forderungen nicht einverstanden, was unsere Gruppe jedoch nicht abschreckte.

Bemerkenswert im Prozess der Entstehung der Resolution waren vor allem zwei Faktoren: Zum einen die intensive und sehr kompetente Mitarbeit der Nichtregierungsorganisationen, die über ein enormes Potential an Expertise verfügten. Ihre umfangreichen Materialien, die sie uns bereitwillig zur Verfügung stellten, waren eine wichtige Unterstützung. Sie führten zu einem späteren Zeitpunkt allerdings auch dazu, dass die Nichtregierungsorganisationen einen weitreichenden Einfluss auf den Inhalt der Resolutionen nahmen. Zum anderen war es beeindruckend zu beobachten, dass ein Laptop bei einer NMUN-



Konferenz die Delegierten magisch anzieht! Ein eigener Computer wirkte auf der Konferenz wie eine Wunderwaffe. Er verlieh seinem Besitzer die „Verfassungshoheit“ über die zu erarbeitende Resolution und machte ihn damit automatisch zu einem wichtigen Verhandlungspartner für alle anderen Delegierten.

Spätestens bei der Abstimmung mussten wir feststellen, dass etliche Resolutionen entweder

durch immer wieder vorgenommene Wortverbesserungen oder durch einfaches Streichen von Phrasen inhaltlich sehr „verwässert“ worden waren und am Ende kaum Aussagekraft besaßen. Darüber hinaus war wie bereits erwähnt der Einfluss der Nichtregierungsorganisationen frappierend, die stellenweise fast den Rang einer stellvertretenden neuen Regierung Afghanistans einnehmen wollten. Die weitreichenste Resolution dieser Art konnten wir allerdings erfolgreich mit den Gegenstimmen aller lateinamerikanischen Staaten abwehren.

Insgesamt waren die vier Tage der Konferenz sehr anstrengend und arbeitsintensiv, aber auch unglaublich informativ. Unsere anfängliche Enttäuschung über die unvorteilhafte Tagesordnung wich schnell einer allgemeinen Euphorie, welche sich auch in den Arbeitsergebnissen niederschlug: Beide unserer Resolutionen wurden verabschiedet, die zweite sogar mit Akklamation, obwohl es in beiden Resolutionen einige kontroverse Punkte gab. Unangenehm fielen uns lediglich die hektische und unfundierte Arbeit einiger US-amerikanischer Delegationen sowie die leichte Überforderung des *Chairs* zum Ende der Konferenz hin auf. Durch die Teilnahme an der Konferenz lernten wir am eigenen Leibe wie langwierig und schwierig sich politische Entscheidungsprozesse gestalten können und wie undeutlich und unverbindlich dagegen die am Ende entstandenen Resolutionen wirken. Diese Erfahrungen rücken politische Entscheidungen auf internationaler Ebene für uns in ein neues Licht. Insgesamt war die National Model United Nations Konferenz für uns eine großartige Erfahrung, die wir auf keinen Fall missen möchten!

6.10. Guatemala in der Interparlamentarischen Union (IPU)

vertreten durch Timo Mahn und Kevin Radev

Nachdem wir einige Tage das New Yorker Leben in vollen Zügen genossen und schließlich auch noch das unvergleichliche Privileg hatten, im Rahmen einer dreitägigen Study-

Tour das Wesen der Vereinten Nationen in direkter Anschauung zu erfahren, waren wir begierig darauf, dass die Konferenz endlich anfinge!

Unsere Aufgabe war es, Guatemala in der bereits 1889 gegründete *Inter-Parliamentary Union* (IPU) zu repräsentieren. An und für sich ist die IPU kein Gremium der Familie der Vereinten Nationen. Sie verfolgt jedoch als Hauptanliegen die Förderung von internationaler Kooperation und nachhaltigem Frieden durch die Bereitstellung eines Forums für globalen parlamentarischen Austausch, der Stellungnahme zu politischen und sozialen Fragestellungen von internationalem Rang und dem Aussprechen von Empfehlungen an die Parlamente der 141 Mitgliedsstaaten. 1996 hat die IPU ein Kooperationsabkommen mit den Vereinten Nationen abgeschlossen und verfügt seitdem über einen offiziellen Beobachterstatus und damit auch über einen ständigen (Beobachter-) Sitz in der Generalversammlung.



Auf der Agenda für die NMUN-Konferenz standen: (1) Parlamentarische Handlungsmöglichkeiten zur Korruptionsbekämpfung, (2) Die Schulden von Entwicklungsländern und ihre Auswirkungen auf die Integration in das internationale System und (3) Beschäftigung in einer immer globaler werdenden Welt. Alle drei Punkte sind eigentlich keine ausgewiesenen Prioritäten Guatemalas. Die Schuldenfrage etwa ist es deshalb nicht, weil Guatemala im Jahr 2003 eine Schuldenstandsquote von 19,5 % des BIP aufwies und damit die meisten EU-Staaten vor Neid erblassen lassen würde. Da die seit 2003 amtierende Regierung Berger Korruptionsbekämpfung zu einer ihrer Prioritäten erhoben hatte, entschieden wir uns, bei der Abstimmung über die Tagesordnung am ersten Abend auf eine Beibehaltung der vorläufig festgesetzten Reihenfolge hinzuwirken. Uns war klar, dass angesichts der Größe des Komitees nur ein Thema im Rahmen der Konferenz besprochen werden würde, und wir hofften somit (und planten auch, unseren Teil dazu beizutragen), dass es bis zum Ende der Debatte nach zwei Stunden zu keiner Abstimmung kommen würde. So nahmen wir zunächst auch gelassen hin, dass die Stimmung unter den anderen Delegationen dazu tendierte, die Schuldenfrage als ersten Tagesordnungspunkt festzusetzen.

Zu unserer großen Überraschung nahm der Vorsitzende jedoch sofort nach Eröffnung der Debatte und ohne auch nur einen einzigen Redner zu hören, Anträge zur Änderung der Tagesordnung an und stellte sie sofort zur Wahl. Unserer Auffassung nach entsprach dieses Verfahren, ohne Beschluss des Gremiums zum Abstimmungsverfahren überzugehen und sofort über substantielle Fragen zu beschließen, nicht den Verfahrensregeln. Es blieb jedoch ungeahndet. Die Folge war, dass wir unverrichteter Dinge die Behandlung der Schuldenfrage als ersten (und damit einzigen) Tagesordnungspunkt hinnehmen mussten. Gleich zu Beginn der Konferenz lernten wir so schmerzlich, dass das Prozedere bei NMUN oft anderen Regeln unterliegt, als den festgelegten.

Dennoch waren wir fest entschlossen, das Beste aus der Situation zu machen und beschloßen deshalb, für die nächsten Konferenztage an Resolutionen zu arbeiten, die die Bedeutung von Korruptionsbekämpfung als Voraussetzung für jegliche realistischen Schuldenerlassstrategien einschließen sollte. So arbeitete Kevin am zweiten Konferenztag in einer kleinen Gruppe an einer Resolution, die ausschließlich diesen Punkt zum Inhalt hatte und die später mit einer spezifisch die Schuldenproblematik behandelnden Resolution verschmolzen werden sollte, um einen möglichst umfassenden Ansatz zur Schuldenbekämpfung zu gewährleisten. Timo bemühte sich derweil, den Block der lateinamerikanischen Staaten zu einer gemeinsamen und umfassenden Resolution zu versammeln und anzuregen. Eine Reihe von Staaten zeigte sich jedoch leider wenig kooperationsbereit und uneinsichtig in die Notwendigkeit der Herstellung eines größtmöglichen Konsenses und werkelte lieber in kleinen Gruppierungen. Sie vergaßen darüber die wichtige Aufgabe der Mehrheitsbeschaffung, wie sich im Ergebnis später zeigte. Damit war, im Gegensatz zu vielen anderen Weltregionen, der lateinamerikanische Block wenig geeint, obschon die enorme Menge an Gemeinsamkeiten dies in unserem Fall durchaus als sinnvolle Strategie aufgezeigt hätte. In der Folge verlegte sich Timo darauf, den zweiten wichtigen Interessensschwerpunkt Guatemalas neben der Korruptionsbekämpfung in einer anderen Resolution in den Vordergrund zu stellen, nämlich die verstärkte Befähigung verschuldeter Staaten zum Schuldenabbau *aus eigener Kraft* aufgrund von Verbesserungen ihrer Handels- und Wirtschaftskraft.



Noch am Abend bot sich die Gelegenheit, die Resolution, die ausschließlich für die Schuldenbekämpfung relevante Aspekte der Korruptionsbekämpfung zum Inhalt hatte, mit einer anderen hervorragenden und von etlichen - vor allem afrikanischen Staaten - ausgearbeiteten Resolution zu verschmelzen. Auch die zweite guatemaltekische Resolution wurde zwecks Mehrheitsbeschaffung mit weiteren Resolutionen verbunden. Der dritte Tag der Konferenz bestand deshalb weitgehend aus einem 14-stündigen Verhandlungsmarathon. In zähem Ringen mit allen Co-Sponsoren musste die eigenen Positionen verteidigt werden, was weitgehend gelang. Als die Resolution mit dem Schwerpunkt der Korruptionsbekämpfung am Donnerstagabend endlich beim Präsidium eingebracht werden konnte, zeichneten sich insgesamt 27 Sponsoren dafür verantwortlich, was das Ausmaß an Koordinations- und Diskussionsanstrengungen zur Beibehaltung der spezifisch guatemaltekischen Handschrift erahnen lässt. Insgesamt war die Arbeit an dieser Resolution unglaublich interessant und mit einem gewaltigen Lerneffekt verbunden, was vor allem auf die herausragende Intelligenz, Kompetenz und Konsensfähigkeit der daran maßgeblich mitwirkenden Delegierten zurückzuführen ist.

Als am Morgen des letzten Konferenztages schließlich auch die zweite guatemaltekische Resolution nach einem weiteren Verhandlungsmarathon eingebracht werden konnte, konzentrierten wir uns darauf, für das bevorstehende Abstimmungsverfahren eine breite Unter-

stützung für beide Resolutionen einzuwerben. Hierbei waren wir offensichtlich erfolgreich. Beide Entwürfe, die alle für Guatemala relevanten Punkte enthielten, wurden mit überzeugender Mehrheit angenommen. Insgesamt wurden von den 12 zur Abstimmung eingebrachten und vom Präsidium zugelassenen Resolutionsentwürfen 11 angenommen.

Auch wenn dieses Planspiel teilweise eine gewisse Realitätsferne aufwies, war die NMUN-Konferenz für uns eine bereichernde Erfahrung. Durch unsere umfassende und detaillierte Vorbereitung wurde sie zu einem durchschlagenden Erfolg und fand bei der Abschlusszeremonie durch die uns verliehene Auszeichnung ihren krönenden Abschluss.

6.11. Guatemala in der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS)

vertreten durch Ann-Kristin Otto



Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) umfasst 34 Mitglieder und gehörte somit zu den kleineren Komitees auf der NMUN-Konferenz. Gerade für kleinere Staaten bot sie die Chance, sich präsent zu zeigen und eine dominante Rolle zu spielen. Die Mitgliedschaft Guatemalas in der OAS wurde von uns also hauptsächlich als Möglichkeit gesehen, guatemaltekeische Interessen deutlich zu artikulieren und gezielt durchzusetzen.

Als regionale Organisation hat die 1948 gegründete OAS die Hauptaufgabe, sich für spezifische regionale Interessen einzusetzen, gemeinsame Initiativen und Projekte zu koordinieren und zugleich ein Forum des Dialogs und der Verhandlungen für amerikanische Staaten zu bieten. Die drei Themen auf der Agenda der OAS in New York waren: (1) Soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den amerikanischen Staaten, (2) Anti-Korruptionsmaßnahmen in OAS-Mitgliedsstaaten und (3) Bekämpfung von Drogenhandel und Drogenproduktion. Hiermit waren klassische Themen für die amerikanische Regionalorganisation gewählt worden, welche die Mitgliedsstaaten unterschiedlich stark betreffen. In der Debatte um die Aufstellung der Agenda wurde entschieden, zunächst Drogenhandel und – Produktion zu diskutieren und soziale und wirtschaftliche Entwicklung als zweites Thema zur Debatte zu stellen. Das dritte Thema – und damit relativ aussichtslos noch behandelt zu werden – war der Kampf gegen Korruption. Zwar hatte sich Guatemala dafür eingesetzt, das Thema der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung als erstes zu behandeln, aber auch mit der verabschiedeten Agenda konnte man zufrieden sein.

Die Strategie Guatemalas in der OAS war, von Anfang an eine aktive, auch federführende Rolle zu übernehmen. Man konnte hier offen auf die regionale Dominanz in Zentralameri-

ka hinweisen und war somit auch legitimiert, diese aktive Rolle „*in character*“ zu spielen. Hier galt es an erster Stelle die zentralamerikanischen Staaten für eine enge Kooperation zu gewinnen und eine führende Rolle Guatemalas vorauszusetzen. Dieses Ziel wurde in den ersten *Caucus*-Runden aktiv verfolgt und positiv von den zentralamerikanischen Ländern aufgenommen. Man schmiedete also eine Art „Zentralamerikanische Union“ und setzte sich gemeinsam zum Ziel, zu den jeweiligen Themen eine gemeinsame Position zu entwickeln und diese dann in einer Resolution zu artikulieren. Diese Taktik erwies sich für Guatemala als sehr erfolgreich und man konnte sich als führende Stimme Zentralamerikas in der OAS behaupten.

Beim Thema Bekämpfung von Drogenhandel und Drogenproduktion traten die zentralamerikanischen Staaten geschlossen auf, schließlich hatte man als *in-between-countries* zwischen den drogenproduzierenden Ländern im Süden einerseits und den konsumierenden Regionen im Norden andererseits ein einheitliches Interesse an der Eindämmung des Drogenhandels. Hier war es besonders wichtig, den Ruf nach finanzieller und technischer Unterstützung zur Bekämpfung des Drogenhandels und nach Verbesserung von Grenzsicherheit mit Nachdruck zu äußern. Guatemala verfasste zusammen mit den zentralamerikanischen Ländern und Haiti eine Resolution, welche später sehr erfolgreich mit einer anderen Resolution der karibischen Staaten „verschmolzen“ wurde. Diese Resolution wurde mit nur einer Gegenstimme verabschiedet.

Das zweite Thema war für Guatemala von herausragender Bedeutung und schon während der Vorbereitungszeit als oberstes nationales Interesse definiert worden. Aus der Überzeugung heraus, dass eine wirtschaftliche Revitalisierung und ein ökonomischer Aufschwung in Guatemala auch soziale Probleme und politische Instabilität bekämpft, hatten sich starke nationale Interessen in Bezug auf die internationale Wirtschaftspolitik entwickelt. Die drei Hauptanliegen Guatemalas waren hier (1) das Vorantreiben internationaler Freihandelsabkommen mit Rücksichtnahme auf die Probleme kleinerer Volkswirtschaften, (2) der generell unbeschränkte Zugang zu internationalen Märkten und (3) die weitgehende Erhöhung und Verbesserung internationaler Hilfe für Wirtschaften, die sich in Transformationsprozessen befinden.

Starkes *lobbying* für die eigenen Interessen (die dann ebenfalls wieder als zentralamerikanisch definiert wurden) und das Zurückgreifen auf die schon bestehenden Koalitionen (vor allem mit Haiti, Trinidad und Tobago, Bahamas und Argentinien) machten es Guatemala möglich, eine führende Rolle im Entwickeln von Resolutionen zu spielen. Man hatte bereits zu Beginn mehrere Arbeitsgruppen gebildet, von denen Guatemala die Arbeitsgruppe „Wirtschaftliche Entwicklung“ anführte. In mehrstündigen Verhandlungen entstand eine fünfseitige Resolution, die von der überragenden Mehrheit der Mitglieder der OAS mitgetragen wurde. Der größte Erfolg Guatemalas war dabei sicherlich, eine von zentralamerikanischen Interessen bestimmte Resolution zu entwickeln, die dann in trilateralen Gesprächen mit Brasilien und den USA sogar die Zustimmung der zwei größten Kontrahenten innerhalb der OAS bekam.

Leider konnte über die Resolution aus Zeitmangel nicht mehr abgestimmt werden, allerdings konnte man sich einer sehr breiten Zustimmung der OAS Mitgliedsstaaten sicher sein. Trotz der großen Enttäuschung über die nicht abgestimmte Resolution war somit die Arbeit Guatemalas in der OAS von Erfolg gekrönt und hat nicht zuletzt sehr viel Spaß gemacht.

Committee: OAS**Subject: Accelerating Social and Economic Development in the Americas**

The Organization of the American States:

Acknowledging that among other factors economic growth is essential in overcoming poverty, resolving political instability, eliminating discrimination and social exclusion, and enhancing the quality of life,

Recalling that “Member States agree, that the quality of opportunity, the elimination of extreme poverty, equitable distribution of wealth and income, and the full participation of their peoples in decisions relating to their own development are, among others, basic objectives of integral development,” as mentioned in Chapter VII Article 34 of the charter of the Organisation of American States,

Recognizing that the access to international markets is the most important tool to development and therefore needs to be guaranteed, especially for developing countries,

Believing that regional organizations such as the OAS should be guaranteed an enhanced role in trade negotiations, due to their extensive experience in trade negotiations, consensus building and their ability to define common regional interests,

Affirming the commitment of OAS Member States to respond to the trade capacity-building needs identified by countries, particularly by the smaller economies, under the *FTAA Hemispheric Cooperation Program* as well as under other cooperation processes associated with trade and integration agreements in the Americas, as stated in AG/RES.2014 (XXXIV-0/04) of the 2004 *Quito Declaration*,

Reiterating the importance of the *Monterrey Consensus* and the implementation of its measures, in order to further coordinate international efforts with an emphasis on utilizing the aspects of good governance in mobilizing resources for sustainable economic development and for combating poverty and hunger in all countries of the Hemisphere,

Bearing in mind that each country has the primary responsibility for its own economic and social development through sound policies, good governance and the rule of law, but that there also is a link of interdependence between domestic economies and the international economic system as stated in the *Declaration of Nuevo León*,

Welcoming the upcoming Fourth Summit of the Americas hosted by Argentina, to deal with the strategic creation of sustainable jobs in the Americas,

Reaffirming the need to face the problem of external debt within the American region,

Fully aware of the work realized by the Highly-Indebted Poor Countries (HIPC) initiatives,

Taking note that funds used to pay off external debt and interest on loans should be considered under certain conditions to be used for social and economic development in Member States,

Deeply concerned by the persistent inequalities between the developed and the developing world, especially the lack of access by a vast majority of the inhabitants of developing countries to important sources of information, education, health and nutrition,

Concerned with the impact of non-governmental entities, such as multinational corporations and organizations that are not working in concurrence with the economic concerns of Member States, with respect to their economic sovereignty,

Recognizing the particular stakes some landlocked countries and small island developing states face in economic development due to higher transportation costs for all imported and exported goods and lower attractiveness for foreign direct investment,

Noting with deep concern the wide-spread emigration of the intellectual elite of Latin American

countries, referred to as the “brain drain” phenomenon,

Noting further the initiatives sponsored by the *Plan of Lima* and the need to stress its further implementation, in order to promote the incorporation of science, technology, engineering and innovation as leading elements of a social and economic development strategy,

Stressing the importance of the work of the Inter-American Development Bank (IDB) in the process of creating sustainable economic development,

Acknowledging the new challenges and opportunities created by the process of continually increasing economic globalization, and the fact that free trade tied to economic reforms has helped a considerable amount of people to improve their economic situations,

Bearing in mind the crucial role of the environment, both economically and scientifically, and stressing the dire importance that the environment has for the American nations and the region in general,

Desiring the indisputable respect and active protection of human rights in the process of economic development and in the implementation and execution of the following measures,

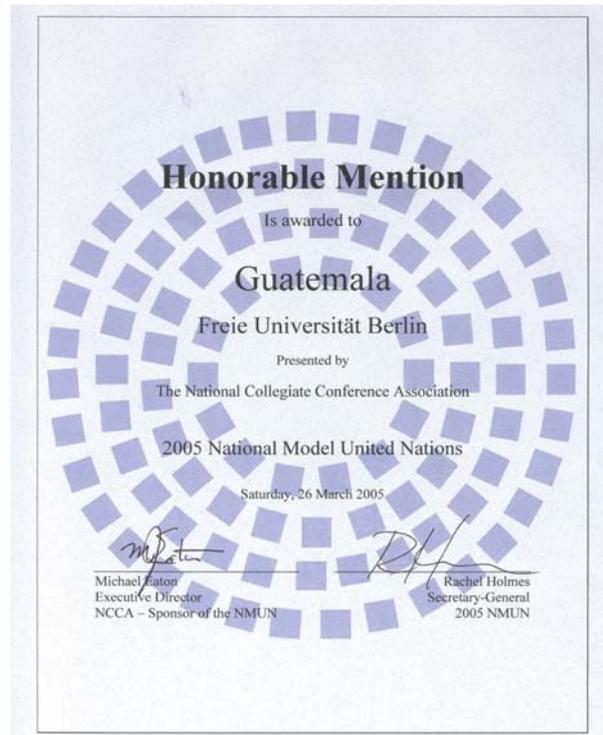
1. Encourages Member States to intensify their efforts to reach an enduring, comprehensive, fair and just Free Trade Agreement of the Americas (FTAA) in accordance with the established time table, respecting explicitly the needs of smaller economies;
2. Calls upon all Member States to actively contribute to the process of economic integration through trade facilitation by measures including, but not limited to,
 - a. The reduction of trade barriers and tariffs, especially on agricultural products of the region that directly contribute to the economic stability of all Member States,
 - b. The introduction of measures to facilitate transnational trade through allowances of transportation of goods while simultaneously maintaining the highest level of security at national borders,
 - c. The assistance of countries with access to major harbours and trading points to landlocked countries facing difficulties in trading due to their geographical disadvantage,
 - d. The further assistance of all Member States to those landlocked countries in fostering their attractiveness in order to increase foreign direct investment,
 - e. The mutual respect between countries regarding the major export goods and the recognition of the importance of these goods for the entire economic stability;
3. Further reminds Member States that the problem of high external debt in individual countries, can pose a threat to the stability of the entire region, therefore, measures should be taken including, but not limited to,
 - a. Initiatives of countries capable of offering debt reduction based on development performances, in order to narrow the gap between those countries deemed industrialized and those considered to be in the developing process,
 - b. Further collaboration of the OAS and especially the IDB with countries defined under the HIPC and Least Developed Countries (LDC), in order to increase the awareness of the needs of highly indebted countries,
 - c. The promotion of active cooperation and coordination of highly indebted countries with the respective organs of the OAS and other affected states,
 - d. The promotion of the further usage of regional currencies for credit disbursement through the IDB,
4. Further emphasizes that creditors and debtors have responsibilities to the international

community and share in the servicing and reduction of external debt in the countries with the greatest need for assistance, and that the degree of reciprocity between creditor and debtor nations will promote adherence to the ideals of good governance, transparency, and human rights;

5. Endorses that any measures of debt reduction should be accompanied by continuing disbursement of development aid from the international community, hereby assuring that any aid is used effectively in the promotion of sustainable development programs;
6. Urges all organs of the OAS to mobilize donor states in increasing their investment in Smaller Manufacturing Enterprises (SMEs) within developing countries, as a means to promote economic development and diversifications in the economies of developing countries enabling them to become fully integrated into the global market;
7. Promotes the utilization of micro-credit, especially in light of the International Year of Micro-Credit, for the purpose of attracting investment and creating a fertile atmosphere for innovation in countries in the region;
8. Further invites the Member States to develop initiatives on the creation of sustainable jobs within the countries and the region in general, especially in the industrial sector and in accordance with the protection of rural and agricultural development, as the upcoming Summit of the Americas of 2005 hosted by Argentina will explicitly address this issue;
9. Urges nations to promote internal development of industries rooted in information technology, research, and other methods of higher education, including, but not limited to:
 - a. Encouraging nations to adhere to the *Plan of Action of Lima* (2004), including creating unique measures to address the specific problem of emigration of the intellectual elite of countries in the region,
 - b. Diverting funds to particular industries built by such individuals in order to encourage growth in information sectors,
 - c. Calling upon Member States to create, promote and foster favourable investment conditions by providing tax incentives,
 - d. Encouraging domestic corporations to invest, both in resources and human capital, in local industries,
 - e. Encouraging the donation of used computers and other hardware and software to developing countries, especially to populations within remote areas;
10. Calls for the establishment of codes of conduct, especially for transnational corporations, in order to guarantee basic human rights and environmental standards concerning the usage of natural and human resources within affected countries;
11. Encourages all Member States to actively promote the protection of environment and the ecosystem while fostering economic growth through, but not limited to,
 - a. Case-sensitive and eco-friendly approaches to economic development and physical expansion programs,
 - b. The clear definition and setting of environmental borders for rain forest territories beyond which industrial expansion may not occur,
 - c. Efforts to preserve the cleanliness of water and air resources to ensure the health and well-being of populations as well as the productivity of ecotourism and the preservation of natural resources in general,
 - d. The creation of an environmental oversight board, the Committee for Development in an Eco-friendly Environment (CDEE), which works under the auspices of the OAS, comprised of members representing each nation of the OAS,

- i. The CDEE will work as an intermediary between industries and the concerned nations in cases of environmental violations;
12. Invites regional actors to collaborate on the establishment of effective regional peer review mechanisms to ensure the harmonization of regional policies addressing corruption in order to facilitate favourable conditions which are conducive to foreign direct investments;
13. Encourages all Member States to ensure just and expedient closures of land claims cases, specifically with regard to indigenous peoples and victims of war,
 - a. Provides for funding by national governments to resolve the aforementioned issues,
 - b. Stresses the provision of funding for agricultural and economic development projects, that would provide a smooth transition to the tenants of these newly distributed lands in developing an adequate economically viable social community;
14. Urges all Member States to promote transparency and good governance, including the continued advancement of anti-corruption measures as a prerequisite for sustainable economic development using, but not limited to:
 - a. The ideals and recommendations set down by the *Monterrey Consensus* of 2002 with specific regard to the role of governments in civil society and extensive stress on positive fiscal measures to promote development,
 - b. The strengthening of democratic governance through dialogue among all sectors of society,
 - c. Fostering a culture of democracy and development based on pluralism and the acceptance of social and cultural diversity, as stated in the *Declaration of Nuevo León*;
15. Encourages regional trade organizations to strengthen their relationship with the UN and ECOSOC as requested in A/RES/58/230 in order for social and economic development programs to be supported, encouraging dialogue between key groups at, for example, the upcoming Summit of the Americas;
16. Calls on Member States to sustain or expand their contributions to the Inter-American Development Bank (IDB) while at the same time paying their debt payments to IDB;
17. Requests the IDB to develop policies regarding the facilitation of the integration of indigenous peoples into the labour market to be applied in nations that would benefit from such policies,
 - a. Encourages cultural sensitivity as a primary concern in the involvement with indigenous peoples,
 - b. Urges for the preservation of languages and cultures, as factors to long-term social, economic and political stability;
18. Strongly recommends the Member States to promote structural reforms of macro-economic conditions in strict accordance with IDB lines, especially those nations heavily relying on raw materials;
19. Calls upon all governments to promote decentralization strategies within their countries to strengthen local governments, broaden community participation, enhance transparency, target investment, expand the service infrastructure, and create conditions leading to productive employment;
20. Decides to actively remain seized on the matter.

7. Die Berliner Delegation gewinnt die Auszeichnung „Honorable Mention“



Die NMUN-Konferenz hat seit ihrer Gründung als das weltweit am internationalsten ausgerichtete MUN einen erzieherischen Hintergrund: Es gilt, den Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus aller Welt Grundlagen der Diplomatie zu vermitteln, ebenso wie Toleranz und Aufgeschlossenheit. Dazu schafft das NMUN Bedingungen, unter denen die Teilnehmer lernen, in ihren Komitees zu arbeiten und schließlich Resolutionen oder einen Report zu verabschieden. Zum Ende der NMUN-Konferenz wird jedes Jahr eine kleine Anzahl der Delegationen für herausragende Leistungen ausgezeichnet. Die *Awards* werden in drei Kategorien vergeben und orientieren sich an der Qualität der Positionspapiere und an besonders überzeugender Repräsentation des zu vertretenden Landes bzw. der zu vertretenden Nichtregierungsorganisation unter Berücksichtigung der politischen, geopolitischen, sozialen und ökonomischen Besonderheiten. Weitere Kriterien für eine Auszeichnung sind die konstruktive Beteiligung der Delegierten in den Komitees und eine adäquate Anwendung der Verfahrensregeln. Die Berliner Delegation wurde am Anschluss an das NMUN 2005 mit einem „*honorable mention*“-Award ausgezeichnet.

Max Büge



8. Pressespiegel

8.1. Diplomaten auf Probe

Die Delegation der Freien Universität Berlin in den UN-Headquarters

Studenten aus aller Welt simulieren jedes Jahr die Vereinten Nationen beim National Model United Nations. Die Berliner Freie Universität vertritt in diesem Jahr Guatemala. DW-WORLD sprach mit der Studentin Sabine Wilke.

DW-WORLD: *Vom 22. bis 26. März findet in New York das "National Model United Nations" (NMUN) der Vereinten Nationen (UN) statt. Jede teilnehmende Hochschule vertritt die Interessen eines UN-Mitgliedstaates oder einer Nichtregierungsorganisation. Sie repräsentieren mit Ihrer Gruppe Guatemala. Was ist ihre Motivation, an dem Planspiel teilzunehmen?*

Sabine Wilke: Ehemalige Teilnehmer haben sich im Vorfeld sehr positiv über das Planspiel geäußert. Mich und die anderen Studenten der Freien Universität (FU) Berlin lockt vor allem die Tatsache, dass wir uns in den tatsächlichen Hauptquartieren der UN in New York aufhalten werden. Besonders reizt uns auch, ein Land zu repräsentieren und dessen Interessen zu vertreten, die oftmals konträr zu unseren persönlichen Meinungen sein werden.

(...)

Mussten Sie einen harten Bewerbungsprozess durchlaufen, um an dem Model teilnehmen zu können?

In der Tat. Es haben sich natürlich sehr viel mehr Studenten beworben, als mitgenommen werden konnten. Aus diesem Grund haben Auswahlgespräche stattgefunden, und wir mussten eine Minisimulation durchführen.

Wen schickt die FU Berlin nun nach New York?

Wir sind überwiegend Politikwissenschaftler und Juristen. Ein Mathematiker ist auch dabei. Die meisten von uns haben bereits Auslandserfahrungen gesammelt. Wir sind eine sehr motivierte Gruppe und haben uns trotz der Probleme des Landes sehr mit Guatemala angefreundet. Unser Motto lautet "*Vamos Guatemala*" - in Anlehnung an eine Politik der Regierung mit gleichem Namen.

Wie haben Sie sich auf New York vorbereitet?

Wir haben uns seit Monaten sehr intensiv mit Guatemala auseinandergesetzt und ein wirkliches Interesse für das Land entwickelt. Zudem haben wir bereits an mehreren kleineren Simulationen teilgenommen. Dabei konnten wir feststellen, dass in den Sitzungen knallharte Verhandlungen geführt werden. Man fühlt sich nicht mehr als Student, sondern als Diplomat.

(...)

Konnten Sie im Vorfeld bereits Kontakte zu Mitarbeitern der Vereinten Nationen aufnehmen?

Wir haben in Berlin die Botschaft Guatemalas besucht, mit den zuständigen Ländereferenten im Auswärtigen Amt gesprochen und mit Amnesty International Kontakt aufgenom-

men. Mitarbeiter der Vereinten Nationen haben wir in den vergangenen Tagen in New York kennen gelernt. Unsere Gruppe hatte das Glück, eine *Study Tour* unternemen und mit hochrangigen Diplomaten der UN sprechen zu können.

Worüber haben Sie mit den Diplomaten gesprochen?

Unsere Betreuerin Peggy Wittke hat für uns Treffen mit Experten aus sehr unterschiedlichen Bereichen vereinbart. Gefragt haben wir sie nach ihrem Karriereweg, und wir haben mit ihnen über Themen wie Terrorismus und ökonomische Entwicklung gesprochen. Einige von uns konnten auch die Möglichkeit nutzen, um Beziehungen zu knüpfen. So haben viele der Diplomaten einst selber an dem Planspiel teilgenommen und sind nun tatsächlich Mitarbeiter der UN.

Am Dienstag, 22. März, beginnt das eigentliche Model. In welchen Komitees arbeitet die Gruppe aus Berlin mit?

Wir verteilen uns auf elf Komitees. Darunter sind die Generalversammlung, die *United Nations Commission on Human Rights* (UNCHR), die *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* (UNESCO) und die *World Health Organization* (WHO). In manchen Gremien sitzt nur ein Student von uns, in anderen sind wir zu mehreren vertreten. Die Aufteilung richtet sich nach der realen Teilnahme Guatemalas an den Komitees.

Was genau wird Ihre Aufgabe in den verschiedenen Gremien sein?

In allen Komitees stehen jeweils drei Themen auf der Agenda, z.B. das Thema AIDS in der WHO, die bereits seit langer Zeit feststehen. Jede Ländervertretung musste im Vorfeld ein Positionspapier vorlegen. In den Sitzungen geht es darum, zu diskutieren und die Interessen des eigenen Landes durchzusetzen. Dies geschieht selbstverständlich in Anlehnung an die Meinungen, die Guatemala auch in Wirklichkeit vertritt. Im Idealfall wird vom Plenum eine Resolution verabschiedet, die auch die eigenen Interessen berücksichtigt. Am Ende werden die Ergebnisse jeder Gruppe evaluiert.

Wünschen Sie sich, nach Ihrem Studium bei den Vereinten Nationen arbeiten zu können?

Ja, die Arbeit bei den Vereinten Nationen ist für mich ein Traumberuf. Ist stelle mir die Tätigkeit sehr spannend vor, auch wenn Entscheidungsprozesse manchmal mühsam und langwierig sind.

*das Interview führte Anika Busch am 23.03.2005
erschieden unter: www.dw-world.de
Druck autorisiert durch DW-World*

DW-WORLD.DE
DEUTSCHE WELLE

8.2. Die Vereinten Nationen zwischen Macht und Ohnmacht

Planet Wissen

Fernsehsendung vom 02.05.2005

Studiogast: u.A. Edgar Krassowski (*Head Delegate* der Berliner Delegation)

Sendetermine Montag 02.05.2005:

SWR 14.00 – 15.00 Uhr, WDR 15.00 – 16.00 Uhr, BR-alpha 16.15 – 17.15 Uhr

Wiederholungstermine Dienstag 03.05.2005:

WDR 7.30 – 8.30 Uhr, BR-alpha 6.15 – 7.15 Uhr, RBB 14.00 – 15.00 Uhr

weitere Informationen über die Sendung unter: www.planet-wissen.de

8.3. Vom Hörsaal in die UN-Vollversammlung

Vamos Guatemala!

Als Ann-Kristin klar wurde, dass die Gäste schon alle gegangen waren, schaute sie sich die Gesichter auf der Tanzfläche etwas genauer an: Nur noch der Haufen ausgelassener New-York-Fahrer schwang selig die Hüften zu den aus den Boxen dröhnenden *All Time Classics*. Die Barkeeper des gemieteten Clubs blickten gegen fünf etwas genervt auf die Uhr. Bier war heute Abend nicht viel über die Theke gegangen, dafür umso mehr Cocktails – handgemacht von Ann-Kristin und ihren neuen Freunden, mit denen sie bald verreisen sollte. In sechs Wochen würden sie alle in den echten Gebäuden der Vereinten Nationen sitzen und sich in die Weltpolitik einmischen – bei einem der größten UNO-Planspiele der Welt, dem „National Model United Nations“ (NMUN). Der Delegation der Freien Universität Berlin waren kurzfristig Zuschüsse gestrichen worden und auf einmal musste aus anderen Quellen Geld her für die 20 Politik-begeisterten Studenten. Deshalb stieg also im März die Charity-Party „*Guatemala City meets New York*“. Der Abend und die Party-Vorbereitung brachten nicht nur Geld, sondern zum ersten Mal auch ein vages Gruppengefühl. Im Auswahlverfahren für NMUN hatte man sich noch gegenseitig ausstechen müssen und die anfängliche Skepsis innerhalb der Gruppe wurde erst jetzt endlich überwunden.

Eifer mit Auszeichnung

Sechs Wochen später nimmt Edgar, als "*Head Delegate*" der Häuptling der Gruppe, nach dem erfolgreichen Planspiel einen *Award* für die Berliner Jungs und Mädels entgegen: die Auszeichnung *Honorable Mention* für eine besonders realistische Darstellung des von ihnen vertretenen Landes. Die sechs langen Tage in New York haben sich also gelohnt und der Titel wird der Delegation nächstes Jahr bei der Suche nach Sponsoren sicherlich zu Gute kommen. Ein ganzes Semester haben die Berliner damit zugebracht, sich Guatemalas Position in der Weltpolitik einzuprägen, immer wieder wurden die Position Papers überarbeitet und verfeinert: NMUN ist zwar ein Spiel aber eben kein Scherz. (...)

Same procedure as every year

Ann-Kristin saß während des Planspiels in der OAS, der *Organization of American States*, einem der kleineren Gremien. Die Topics auf der Agenda: Soziale und wirtschaftliche Entwicklung, illegaler Drogenhandel und Korruption. Doch nicht nur Inhalte zählen, auch die *Rules of Procedure* müssen einstudiert sein: Wer darf wann reden, wie spricht man mit seinem Sitznachbarn aus Chile, was tragen die jungen Diplomaten während der Sitzungen... Auch wenn der offizielle Teil abends um elf nach 15 Stunden harter Arbeit vorbei ist, bleibt man der Einfachheit halber in seinen Rollen und spricht sich lieber mit "*Honorable Delegate of...*" an, weil man den richtigen Namen seines Gegenübers meist gar nicht weiß. Wieder zurück in Berlin mag man sich nicht voneinander trennen, schließlich ging es doch im letzten halben Jahr immer irgendwie um NMUN. Nächste Woche gehen die 20 Fast-Guatemalteken zusammen ins Kino und werden beim Anblick der Dolmetscherin Kidman in der UNO sicherlich etwas wehmütig werden.

Autorin: Ricarda Lynn Otte
Projekt P, 27.04.2005

vollständig abgedruckt unter: www.projekt-p.de



*NMUN 2005 Delegation
Phototermin mit Team T-Shirts*



**Teilnahme der Freien Universität Berlin an der
National Model United Nations Konferenz 1995 - 2005**

Republik Litauen (1995)
Arabische Republik Syrien (1996)
Königreich Norwegen (1997)
Republik Südafrika (1998), Auszeichnung "Honorable Mention"
Volksrepublik Bangladesch (1999)
Republik Türkei (2000), Auszeichnung "Honorable Mention"
Republik Argentinien (2001)
Republik Polen (2002)
The International Council on Social Welfare (2004)
Republik Guatemala (2005), Auszeichnung „Honorable Mention“

Weitere Informationen bei:

Peggy Wittke
Model United Nations
Lehrstuhl Univ.-Prof. Dr. Philip Kunig
Freie Universität Berlin
Boltzmannstraße 3
14195 Berlin
Tel.: +49 - 30 - 838 54705
Email: peg@zedat.fu-berlin.de
[http://www.cms.fu-berlin.de/FB09/3Verwaltung/Dekanat/Veranstaltungen/
Modellveranstaltungen/NMUN/index.html](http://www.cms.fu-berlin.de/FB09/3Verwaltung/Dekanat/Veranstaltungen/Modellveranstaltungen/NMUN/index.html)

ISBN: 3-927 192-25-2